



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Städte in den Alpen -

Nachhaltigkeitsstrategien am Beispiel der Initiative „Alpenstadt des Jahres“
als Umsetzungsschiene der Alpenkonvention

Verfasserin

Sabrina BUCHL

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 17. Juni 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 454

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Raumforschung und Raumordnung

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Ing. Dr. Norbert WEIXLBAUMER

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 17.06.2010

Unterschrift

Für Mama - meinem größten Vorbild

Zusammenfassung

Globalisierung, Klimawandel, Wirtschaftskrise – drei Schlagwörter, die seit geraumer Zeit abwechselnd Medien und Alltagsgespräche dominieren. Zehn Milliarden Menschen werden die Welt um 2050 bevölkern – und dies bei schwindenden Ressourcen. „Immer mehr, immer besser und immer schneller wird die Welt, solange nur der Wohlstand steigt“ lautet das Credo schon zu lange, zu welchem Preis fragt jedoch niemand. Die Alpen gehören diesbezüglich auf globaler Ebene zwar nicht zu den größten Verlierern, dennoch sind die Negativeffekte und Auswirkungen weder zu übersehen noch zu leugnen.

Hauptschwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt auf kleinen und mittelgroßen Städten im Alpenraum. Ihnen kommt eine besondere Rolle zu, da sie wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Dreh- und Angelpunkt der sie umgebenden Regionen sind, gleichzeitig jedoch die fortwährenden Entwicklungen stark zu spüren bekommen.

Untersucht wird in diesem Kontext die Initiative „Alpenstadt des Jahres“, welche 1995 ins Leben gerufen wurde und jährlich einer Alpenstadt mit besonderem Bezug zur Nachhaltigkeit diesen Titel verleiht. Neben dem völkerrechtlichen Vertragswerk der Alpenkonvention als Entscheidungsbasis sollen die fünf Vereinsziele *Alpenbewusstsein stärken, Bevölkerung beteiligen, Brücken zu Regionen festigen, Zukunft nachhaltig gestalten* und *Zusammenarbeit ausbauen* in Form von Projekten umgesetzt werden.

Nach einigen Begriffserläuterungen zu Beginn der Arbeit wird konkret auf Probleme und Entwicklungstrends von Städten in den Alpen eingegangen, wobei letztendlich der Schwerpunkt auf den fünf untersuchten Alpenstädten Villach (A), Trient (I), Brig-Glis (CH), Sonthofen (D) und Bozen (I) liegt. Es werden Projektbeispiele angeführt und stets Meinungen und Ansichten von betroffenen Akteuren unterschiedlicher Ebenen einfließen.

Am Ende wird ein Ausblick auf die Zukunft der Alpen sowie ihrer Städte gegeben und mit konkreten Handlungsanweisungen beziehungsweise Anhaltspunkten für eine nachhaltige Entwicklung abgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	9
2.	Formulierung der Forschungsfragen	10
3.	Nachhaltigkeit.....	11
3.1	Einführung	11
3.2	Die Karriere eines Begriffs	11
3.3	Definitionsversuche.....	14
3.4	Operationalisierung des Begriffs	15
3.5	Exkurs: Nachhaltigkeit in der Geographie	16
3.6	Die Säulenmodelle der Nachhaltigkeit	17
3.7	Neue Ansätze – Der technische Weg	19
3.8	Nachhaltigkeit im Alpenraum – mission impossible?	20
3.8.1	Stadt versus Land – Wo lebt es sich nachhaltiger?	21
3.8.2	Des Rätsels Lösung?	21
3.9	Fazit – viele Fragen und kaum Antworten	22
4.	Regionalentwicklung	24
4.1	Einführung	24
4.2	Begriffsdefinitionen.....	24
4.2.1	Die Region.....	24
4.2.2	Regionalentwicklung	24
4.3	Die Funktionsfähigkeit ländlicher Räume.....	25
4.3.1	Governance als Grundlage für die Funktionsfähigkeit ländlicher Räume	26
4.4	Historische und aktuelle Entwicklungen im Alpenraum	26
4.5	Regionstypen in den Alpen und ihre Probleme.....	27
4.6	Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung	29
4.6.1	Der Faktor „Geld“	30
4.6.2	Der Faktor „Identität“	31
4.6.3	Der Faktor „Wirtschaft“	31

4.6.4	Der Faktor „Netzwerke und Kooperationen“	32
4.7	Der neueste Ansatz: Systemische Regionalentwicklung	33
4.8	Fazit – Synergieeffekte nutzen	34
5.	Nachhaltige Stadtentwicklung in Kleinstädten	36
5.1	Probleme und Lösungsansätze	36
5.1.1	Mögliche Gegenmaßnahmen – regional, biologisch, authentisch, entschleunigt	37
5.2	Städte im Alpenraum	39
5.2.1	Entweder Alpen oder Stadt?	39
5.2.2	Beispiele aus der alpinen Stadtplanung	41
5.3	Fazit – Alpine Städte zwischen lokaler Verankerung und globaler Vernetzung	42
6.	Die Alpenkonvention	44
6.1	Anwendungsbereich	44
6.2	Politische Rahmenbedingungen	46
6.2.1	Die Rolle der Europäischen Union	47
6.3	Historischer Abriss	47
6.4	Wozu eine Alpenkonvention?	48
6.5	Die Umsetzungsschienen der Alpenkonvention	50
6.6	Interne Organisation der Alpenkonvention	51
6.7	Fachliche Inhalte	52
6.7.1	Rahmenkonvention	52
6.7.2	Durchführungsprotokolle	53
6.7.3	Ministerdeklarationen	56
6.8	Exkurs – Das ewige Problemkind Verkehr	57
6.9	Fazit – Die Alpenkonvention als „Papiertiger ohne Biss“?	58
7.	Die Initiative „Alpenstadt des Jahres“	60
7.1	Gründungsidee	60
7.2	Entstehungsgeschichte	60
7.3	Die Alpenschutzkommission „CIPRA“	61

7.4	Organisation des Vereins „Alpenstadt des Jahres“	62
7.4.1	Der Vorstand	62
7.4.2	Die Jury	62
7.4.3	Die Geschäftsstelle	63
7.5	Inhalte und Ziele des Vereins	63
7.6	Der Weg zur „Alpenstadt des Jahres“	64
8.	Betrachtung von fünf „Alpenstädten des Jahres“	66
8.1	Villach – Alpenstadt der Jahre 1997 und 1998.....	67
8.1.2	Projekte im Alpenstadtjahr	68
8.2	Trient – Alpenstadt des Jahres 2004	71
8.2.1	Hauptprojekt im Alpenstadtjahr	72
8.3	Sonthofen – Alpenstadt des Jahres 2005	73
8.3.1	Projekte im Alpenstadtjahr	73
8.4	Brig-Glis – Alpenstadt des Jahres 2008	76
8.4.1	Projekte im Alpenstadtjahr	77
8.5	Bozen – Alpenstadt des Jahres 2009	79
8.5.1	Hauptprojekt im Alpenstadtjahr	79
9.	Fazit	82
9.1	Die Zukunft der Alpen	82
9.2	Die Zukunft der Alpenstädte	83
9.3	Beantwortung der Forschungsfragen.....	85
9.4	Allgemeine Handlungsanweisungen für Kleinstädte.....	89
9.5	Handlungsanweisungen für die Initiative „Alpenstadt des Jahres“	89
10.	Schlusswort	91
11.	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	92
12.	Quellenverzeichnis	94
12.1	Interviewpartner	94
12.2	Verwendete Literatur	94

12.3	Internetquellen.....	98
------	----------------------	----

1. Einleitung

Die Alpen – sieben Länder, acht Sprachen und tausend Täler in Westeuropa.

Seit mittlerweile zwei Jahrhunderten fasziniert dieses ausgedehnte europäische Gebirge die Menschen. Sie sind jedoch nicht nur Reiseziel für Abenteurer und naturhungrige Städter, sondern auch Lebens- und Wirtschaftsraum von über dreizehn Millionen Menschen.

Als Gebirgsregion sind die Alpen jedoch in vielerlei Hinsicht benachteiligt, liegen die wirtschaftlichen Ballungszentren beziehungsweise die Hauptsitze großer Konzerne und Tourismusunternehmen in den Metropolen am Alpenrand. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 12)

Zwei Drittel der Alpenbevölkerung leben in verstädterten Regionen. Zu diesen Regionen zählen jedoch nur etwa 34% der Gesamtfläche der Alpen, weshalb den Alpenstädten gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Vor allem Kleinstädte bekommen viele Nachteile einer globalisierten Welt empfindlich zu spüren, obwohl gerade sie besondere Orte mit eigener Identität sein können, die ihren Bewohnern ein lebendiges und soziales Leben ermöglichen. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 11)

Hier versucht der Verein „Alpenstadt des Jahres“ als Umsetzungsschiene der Alpenkonvention einzugreifen und verleiht diesen Titel seit dem Jahr 1997 jährlich einer Alpenstadt für besondere Projekte und Vorhaben, die im Sinne der Nachhaltigkeit durchgeführt werden.

Die Alpenkonvention mit ihren Durchführungsprotokollen bildet als völkerrechtlich verbindlicher Rahmenvertrag für alle Alpenstaaten die Basis, auf welcher Zielsetzungen festgelegt und Entscheidungen getroffen werden sollen. Die Protokolle sowie all ihre Vertreter und Umsetzungsinitiativen sind bemüht, die Alpen als Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum bestmöglich und nachhaltig zu gestalten.

Die vorliegende Arbeit ist als Diplomarbeit der Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung entstanden, unter der Betreuung von Ao. Univ.-Prof. Ing. Dr. Norbert WEIXLBAUMER.

2. Formulierung der Forschungsfragen

In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, ob die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ als Umsetzungsschiene der Alpenkonvention ein geeignetes Werkzeug für die Regionalentwicklung darstellt und somit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung im europäischen Alpenraum leisten kann.

Das theoretische Grundgerüst bilden die drei zentralen Konzepte „Nachhaltigkeit“, „Regionalentwicklung“ und „nachhaltige Stadtentwicklung“. Für die Analyse sozialer Phänomene erachte ich es als wichtig, die grundlegenden Begrifflichkeiten zu erläutern, wie sie in dieser Arbeit Verwendung finden. In den nächsten Kapiteln sollen die drei oben genannten Aspekte näher analysiert werden.

Mithilfe qualitativer Interviews, ausführlicher Literatur- und Textrecherche, einem Besuch im CIPRA Hauptquartier in Schaan (FL) sowie der Auftaktveranstaltung zur „Alpenstadt des Jahres 2010“ in Bad Aussee (AUT) sollen folgende Fragestellungen behandelt werden:

- **Was sind die Schlüsselfaktoren für eine effiziente Regionalentwicklung speziell bei länderübergreifenden Initiativen?**
- **Lässt sich ein Nachhaltigkeitsmodell beschreiben, welches auf alle Alpenstädte angewendet werden kann?**
- **Werden die Protokolle der Alpenkonvention im Rahmen der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ tatsächlich umgesetzt?**
- **Welche Handlungsempfehlungen können im Hinblick auf künftige Nachhaltigkeitsstrategien im Alpenraum gegeben werden?**

Nebst Begriffserklärungen und Behandlung der oben genannten Fragestellungen, sollen am Ende ein Fazit sowie Handlungsanweisungen für künftige Entwicklungen im Alpenraum gegeben werden.

3. Nachhaltigkeit

3.1 Einführung

Einer der am häufigsten verwendeten Begriffe in Zusammenhang mit städtischer oder ländlicher Entwicklung beziehungsweise bei der Formulierung ökologischer Ziele für die Zukunft ist heutzutage wohl „Nachhaltigkeit“. Aufgrund der oft irreführenden und uneinheitlichen Verwendung des Wortes, sollen nun einige Begriffserläuterungen gegenübergestellt werden, um ein wenig Klarheit in diese komplexe Thematik zu bringen.

3.2 Die Karriere eines Begriffs

Ursprünglich stammt das Wort „Nachhaltigkeit“ aus der Forstwirtschaft, wo eine spezielle Nutzungsform als „nachhaltig“ bezeichnet wurde. Es darf dem Wald nur so viel Holz entnommen werden wie nachwächst, der Waldbestand darf durch Nutzung weder reduziert noch in seiner Zusammensetzung verändert werden. (vgl. GLAUSER u. SIEGRIST 1997: 182)

„Viele Wissenschaftler hatten sich schon bemüht, die Erwartungen an den Begriff Nachhaltigkeit zu begrenzen und seine Verwendung wieder auf den ursprünglich sehr beschränkten Verwendungszusammenhang zu reduzieren. Durch die Etablierung konkurrierender Übersetzungen, vor allem durch die Einführung des Begriffs der Zukunftsfähigkeit waren diese Bemühungen jedoch zum Scheitern verurteilt. Die Begriffe führen ein Eigenleben, weil sie hohe Erwartungen wecken. Sie sind eindeutig positiv besetzt, erlauben aber einen weiten Interpretationsspielraum. Damit können sie leicht zu einer Art Beschwörungsformel degenerieren, die je nach Interessenslage und politischen Intentionen mit den verschiedensten Bedeutungen angefüllt werden kann.“
(DIEFENBACHER, 2001: 58)

Eine der ersten Verwendungen im 20. Jahrhundert und den eigentlichen „Karrierebeginn“ erfuhr der Begriff im Jahr 1987 nach der Veröffentlichung des „Brundtland-Berichts“. Unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland wurden von der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung diverse Handlungsempfehlungen ausgearbeitet. In dem veröffentlichten Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ heißt es unter anderem:

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

(HAUFF, 1987: 46)¹

Bis heute dient der gesamte Bericht als globales Entwicklungsleitbild. Er gilt als Grundlage für die Einigung der Staatengemeinschaft auf das Entwicklungsziel „Sustainable Development“ bei der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992, bei welcher der Begriff „Nachhaltigkeit“ in jedem Dokument vorkam. Ein weiterer Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung erfolgte im Jahr 2002 in Johannesburg, wo neue Ziele und Umsetzungsprogramme beschlossen wurden. (vgl. GOLIAS, 2008: 18)

Paul MESSERLI (1994) sieht im Brundtland-Bericht jedoch bloß eine global kommunizierbare Konsensformel und die Konkretisierung dieser Formel eher als problematisch, da sie nur Gewinner und keine Verlierer beinhaltet. Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung ist sie kaum einlösbar, oder anders formuliert:

„Es gibt kein nachhaltiges Wachstum in einer Welt endlicher Ressourcen.“

(MESSERLI in BÄTZING und WANNER, 1994: 141)

Nachhaltigkeit und Wachstum sind also laut MESSERLI (1994) ein Widerspruch in sich. Dies begründet er damit, dass eine dauerhafte Effizienzsteigerung bezüglich Energie und Material nicht möglich ist und Technik beziehungsweise Kapital am Ende in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. Seiner Ansicht nach ist die Natur nicht nur Materialursache, sondern immer auch Wirkursache, sie steht also sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite. Der Mensch kann aber bei dem stattfindenden bevölkerungsmäßigen Wachstum ohne Veränderung der Natur mittels Technik und Kapital nicht überleben oder seine wachsenden Bedürfnisse befriedigen, geschweige denn werden dies künftige Generationen können. (vgl. MESSERLI in BÄTZING und WANNER, 1994: 141)

Das sozialmarktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell der Nachkriegsära versprach die Lösung, stetes Wachstum mit gerechter Verteilung des Wohlstandes zu verbinden. Und tatsächlich sicherte der Gesellschaftsvertrag zwischen Kapital, Staat und Arbeit nach dem zweiten Weltkrieg einen enormen Wohlstandsgewinn und politische Stabilität.

Heute steht die westliche Gesellschaft vor einem ähnlichen Problem, allerdings um eine Dimension erweitert, da zur Verteilungsfrage des Wohlstandes innerhalb und zwischen Völkern und Staaten noch die ökologische Frage des reproduktiven Umgangs mit der Natur hinzu kommt. Er sieht eine große Notwen-

¹ Die übliche Übersetzung des englischen Begriffs „sustainable development“, wie sie im Brundtland-Bericht steht, ist „nachhaltige Entwicklung“. Fälschlicherweise werden die beiden Begriffe „dauerhaft“ und „nachhaltig“ oft synonym verwendet.

digkeit in einem neuen und karrierefähigen Gesellschaftsmodell, welches generalisierbare und exportfähige Antworten für das Dilemma liefert. MESSERLI (1994) macht anhand der Aussage

„The freedom of the commons brings ruin to all. “

(zit. nach HARDIN aus Science, Nr. 162/1968)

deutlich, warum bei kollektiven Gütern die grundsätzliche Gefahr der Übernutzung und Zerstörung besteht. Seiner Ansicht nach müssen einst freie Naturgüter ebenso wie die anderen einem Rationierungsprinzip unterworfen werden. (vgl. MESSERLI in BÄTZING und WANNER, 1994: 141)

Auch BINSWANGER leitet die gesamte Nachhaltigkeitsdebatte auf eine ökonomische Sicht und die zentrale Fragestellung, ob sich Wirtschaftswachstum mit nachhaltiger Entwicklung vereinbaren lässt beziehungsweise ob es ein nachhaltiges Wachstum überhaupt geben kann. Seiner Ansicht nach war dies bislang nicht möglich, er schließt es aber künftig nicht aus. Staatliche Maßnahmen müssten eine solche Entwicklung einleiten, Energiesteuern und andere ökologische Korrektoren des Marktpreissystems können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. (vgl. BINSWANGER in BÄTZING und WANNER, 1994: 81)

Josef RADERMACHER (2010) formuliert seinen Standpunkt zur Wachstumsdebatte wie folgt:

„Vom Mathematisch-Ökonomischen her liegt überhaupt kein Problem darin, eine Welt ohne Wachstum zu haben. Man würde sich allerdings wünschen, dass diese Welt reich ist und ausgeglichen. In einer Welt, in der Milliarden Menschen richtig arm sind, ist die Vorstellung, kein Wachstum zu haben ein Horror.“

(SZENE ALPEN, 93/2010: 16)

Laut RADERMACHER (2010) müssen die Menschen letztendlich lernen, mit weniger auszukommen, wobei sich die Situation der Bevölkerung in ländlichen Regionen relativ gesehen nicht so sehr verschlechtert wie die der Großstadtbewohner. Dies liegt daran, dass die Leute in ländlichen Gebieten näher an der Originalproduktion sind, was unter einem ökologischen Aspekt eine positive Botschaft für die Alpen ist, da die Naturräume bei zunehmender Armut besser geschützt sind. Er fordert aber gleichzeitig zu einer kritischen Selbstbetrachtung auf sowie zur Übernahme von Verantwortung:

„Wir sind ausgeliefert, aber wir sind auch Akteure. (...) Das Problem kennt jeder auf der Autobahn: Der Stau sind wir.“

(SZENE ALPEN, 93/2010: 16)

Das jüngste Treffen in punkto Klima und Nachhaltigkeit war die UN-Konferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen. Delegierte aus 190 Ländern der ganzen Welt diskutierten die relevanten Fragestellungen zum Schutz des Weltklimas. Bis zum Ende der Konferenz sollte ein gemeinsames Konzept stehen – ein ambitioniertes, gerechtes und bindendes Klimaschutzabkommen, welches ab 2012 das Kyoto-Protokoll erweitern würde. Zwar besteht eine globale Akzeptanz der Entwicklungslinien und Forderungen, jedoch überwiegen die Kontroversen über geeignete Maßnahmen und Schritte. Kopenhagen wird von allen Seiten als Schritt in die richtige Richtung betrachtet, insgesamt allerdings trotzdem als erfolglos bewertet. Ärmere Länder wie etwa China fordern beispielsweise eine CO²-Reduktion aller Industrieländer, da sie die Hauptverantwortlichen für die derzeitigen Folgen seien. Reichere Staaten wie die USA berufen sich wiederum auf die Tatsache, dass bevölkerungsstarke Staaten wie China und Indien weiter wachsen und sie die Hauptverursacher für die Emissionen der Zukunft sein werden und spielen den Ball somit zurück. Auch die Europäische Union befindet sich diesbezüglich in einem Konflikt. Ärmere EU-Länder wie etwa Polen fordern eine Art „Vermögensprüfung“, nach welcher reichere Nationen wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland mehr Anteil tragen, weniger wohlhabende Staaten, überwiegend in Zentral- und Osteuropa, müssten weniger zahlen.

Der Minimalkonsens, die Erderwärmung auf weniger als 2° C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen wurde zwar erreicht, wie dieses Ziel umgesetzt werden kann, bleibt aber weiterhin ungeklärt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Staaten nur auf „Minimallösungen“ einigen konnten, doch selbst der kleinste gemeinsame Nenner scheint zu groß zu sein.

3.3 Definitionsversuche

Nachhaltigkeit wird oftmals als „Konzept“ oder „Zustand“ umschrieben, dann wieder als „Situation“ oder „System“. Welche Bezeichnung stimmt nun, welcher ist sein Bezugsgegenstand?

Versuche, eine geeignete Definition zu finden, gibt es genügend:

„Eine Gesellschaft ist dann nachhaltig, wenn sie so strukturiert ist, dass sie über alle Generationen existenzfähig bleibt.“

(MEADOWS, 1992 in NINCK, 1997: 51)

„Mit dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ ist ein Wirtschaftsprozess gemeint, der langfristig aufrechterhalten werden kann, ohne das Ökosystem Erde zu überlasten.“

(SCHMIDHEINY, 1992 in NINCK, 1997: 51)

„Nachhaltigkeit heißt schlicht gesagt: Es darf den Folgegenerationen nicht wesentlich schlechter gehen als den jetzigen!“

(KÜNG, 1996 in NINCK, 1997: 53)

Dies war ein minimaler Auszug an Erklärungsversuchen, die definitorische Vielfalt kennt keine Grenzen. Alle Definitionen unterscheiden sich in ihrem Erscheinungsbild, ihrer Ausführlichkeit, der Perspektive, welche der Autor einnimmt sowie in ihrer Präzision.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Nachhaltigkeitsbegriff von willkürlichen Gruppen- und Lobbyinteressen sicherlich oft missbraucht wird, nichts desto trotz hat er aber zu einem globalen Kurswechsel geführt, hin zu einer umfassenden und synthetisierten Sichtweise von Natur, Wirtschaft und Umwelt. (vgl. NINCK, 1997: 66)

3.4 Operationalisierung des Begriffs

Um die Abstraktheit des Begriffs „Nachhaltigkeit“ ein wenig zu lindern ist es sinnvoll, ihn zu operationalisieren, sprich ihn „arbeitstauglich“ zu machen. Dazu ist zu klären, welche Bereiche bei solch einer Operationalisierung angesprochen werden müssen. Hier zeigt sich eine äußerst große Spannbreite hinsichtlich der Frage, auf welche Gegenstandsbereiche sich der Begriff beziehen soll.

Laut BÄTZING (1994) geht es bei der Operationalisierung nicht darum, die ohnehin nicht untersuchbare Totalität des Begriffs zu erläutern, sondern einzelne, empirisch behandelbare Teilbereiche zu bilden.

Eine rein sektorale Gliederung in die Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft würde hier aber bei weitem nicht dem interdisziplinären Gedanken und Stellenwert des Begriffs gerecht werden. Die wechselseitigen Interaktionen der einzelnen Teilbereiche könnten wissenschaftlich nicht analysiert werden und die jeweils ausgeprägte Eigendynamik beziehungsweise Eigengesetzlichkeit der Begriffe blieben ohne Berücksichtigung.

Daher ist es nach BÄTZING (1994) sinnvoll, die allgemeine Frage der Nachhaltigkeit in drei Teilfragen zu zerlegen, die sektorale und integrative Gesichtspunkte miteinander verbinden. Ähnlich dem Drei-Säulen-Modell (vgl. Kap. 3.6) werden hier die Grundfragen auf Basis der drei oben genannten Nachhaltigkeitsprinzipien gestellt:

→ **„Ökonomische Nachhaltigkeit:** *Garantiert die Natur für die wirtschaftliche Aktivität die materielle Lebensgrundlage für den Menschen?*

- **Ökologische Nachhaltigkeit:** *Führt die Nutzung der Natur durch den Menschen und ihre Veränderung zu Störungen der natürlichen Prozesse, die sich mittel- oder langfristig für den Menschen kontraproduktiv oder selbstzerstörerisch auswirken?*
- **Gesellschaftliche Nachhaltigkeit:** *Sind die sozialen und politischen Verhältnisse und die kulturellen Normen und Werte dazu geeignet, dem Leben der Menschen einen Sinn zu geben und ein gemeinsames verantwortliches Handeln in Bezug auf die Umwelt zu gewährleisten?“*
(BÄTZING in FRANZ, 1994: 16f)

Diesem Ansatz folgend, kann Nachhaltigkeit nur erreicht werden, wenn alle drei Fragen positiv beantwortet werden können. Die geographisch-integrative Leitfrage müsste laut BÄTZING (1994) darum lauten:

- *„Wie ist in einem gegebenen Raum die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Naturnutzung zu gestalten, damit die menschlich veränderte Natur den dort lebenden Menschen langfristig eine verlässliche Lebensgrundlage und Heimat sein kann?“*

Im folgenden Exkurs soll die „Nachhaltigkeit“ ein wenig im Spiegel der Geographie betrachtet werden, die aufgrund ihres interdisziplinären Charakters sehr gut dafür geeignet ist, ganzheitliche Antworten und Lösungsansätze zu bieten.

3.5 Exkurs: Nachhaltigkeit in der Geographie

Als politischer Begriff versucht die „Nachhaltigkeit“ die beiden entgegen gesetzten Welten des unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums und des sehr wohl Grenzen setzenden Umweltschutzes miteinander zu versöhnen. Darüber hinaus sollen die Interessen der Industrieländer und der Entwicklungsländer auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Der Begriff zeichnet sich durch eine ausgesprochene Globalität auf der einen und eine geringe inhaltliche Begriffsschärfe auf der anderen Seite aus.

Die Geographie kann auf die Frage nach der "zuständigen" Fachwissenschaft für die Nachhaltigkeit aber wesentliche Antworten beisteuern und einen interaktiven Beitrag leisten. (vgl. BÄTZING in FRANZ, 1994: 15)

„Sie befasst sich in Verbindung mit natur-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Ansätzen mit der Frage, welche Formen der Naturnutzung menschliche Gruppen und Gesellschaften unter bestimmten natürlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entwickeln und entwickelt haben und wie diese aus dem Blickwinkel der Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu bewerten sind. Damit steht sie der Kernfrage und großen Herausforderung der Umwelt- und Entwicklungspolitik besonders nahe. Die Suche nach Nutzungskonzeptionen, die den regionalen

Besonderheiten Rechnung tragen und langfristig tragfähig sind, ermöglicht der Geographie, ihre wissenschaftliche Erfahrung und ihr interdisziplinäres Potential in den Dienst einer gesellschafts-politische äußerst wichtigen Problemlösung zu stellen.“

(BÄTZING und WANNER, 1994: 150)

Da die Geographie als Schnittstelle zwischen Natur- und Humanwissenschaft gesehen werden kann und es ihr stets ein Anliegen ist diese beiden Bereiche zu vereinen, bietet sie der Nachhaltigkeitsdebatte somit einen angemessenen Diskussionsspielraum.

3.6 Die Säulenmodelle der Nachhaltigkeit

Eine Analyse des Nachhaltigkeitsbegriffs bedarf stets einer Erwähnung der ihn beschreibenden Säulenmodelle.

Ein „enges“ Verständnis ordnet den Begriff der „Nachhaltigkeit“ ausschließlich der Ökologie zu. Beim so genannten **Ein-Säulen-Modell** liegt der Schwerpunkt ausschließlich auf der ökologischen Sichtweise, wo Nachhaltigkeit gleichbedeutend mit „langfristig ökologisch verträglich“ ist. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 183)

Einige Autoren legen den Nachhaltigkeitsbegriff allerdings so aus, dass mehrere Gegenstandsbereiche hinzugenommen werden müssen. Eine der häufigsten und bis heute oft verwendeten Varianten ist das **Drei-Säulen-Modell** aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimension, bei der diese drei Bereiche als Zielsetzungen festgelegt werden. (vgl. DIEFENBACHER, 2001: 66)

- *Ökonomische Nachhaltigkeit* soll zu einer wirtschaftlichen Grundvoraussetzung beitragen, welche ausreichend Beschäftigung und Einkommen garantiert. Zentrale Bedeutung hat hier die regionale Wertschöpfung. Monostrukturen in der Wirtschaft wie etwa in der Tourismusbranche sind längerfristig gesehen nicht krisenfest, individuelle Stärken der Regionen und Gemeinden müssen gefördert werden. Eine gezielte Ausweitung in der Nischenproduktion sind zudem wichtige Schritte in Richtung einer eigenständigen regionalwirtschaftlichen Entwicklung. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 183)
- *Ökologische Nachhaltigkeit* legt die natürlichen Nutzungsgrenzen für die Gesellschaft fest, welche diese auch akzeptieren muss. Die Nutzung sollte sich vermehrt an den Gegebenheiten der kleinräumig strukturierten alpinen Kultur- und Naturlandschaft orientieren, wobei hier das Maß von Über- und Unternutzung eine entscheidende Rolle spielt. Es bedarf fortwährender Pflege- und Reperaturtätigkeiten, um die betroffenen Flächen zu stabilisieren. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 183)

→ *Soziale Nachhaltigkeit* braucht eine kulturelle Identität, welche laut GLAUSER und SIEGRIST (1997) gemeinsamer Interessen, demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und föderalistischer Strukturen als Grundvoraussetzungen bedarf. Einschränkungen und Pflichten sollen gleichsam mit Nutzen und Möglichkeiten sozial gerecht auf die Bevölkerung verteilt werden. Chancengleichheit beider Geschlechter, Bildungsperspektiven, kulturelle Entfaltungschancen, Respekt gegenüber Minderheiten sowie Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten sind weitere Notwendigkeiten für den Bereich der sozialen Nachhaltigkeit. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 183)

Die folgende Abbildung zeigt schemenhaft die Idee des Drei-Säulen-Modells.

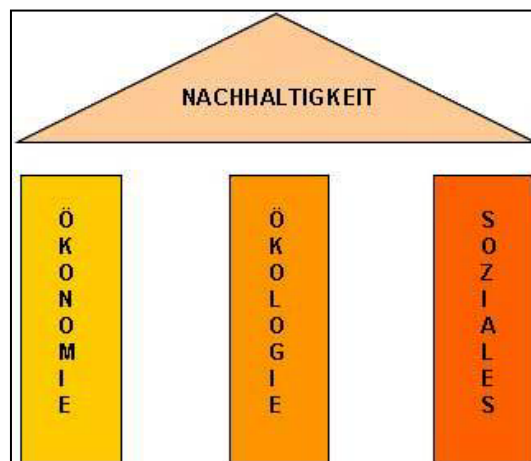


Abb. 1: Das Drei- Säulen- Modell

(Quelle: <http://www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/nachhaltigkeit/grundlagen/saeulenmodell/>)

„Mittlerweile mehrt sich jedoch die Kritik, dass das Drei-Säulen-Modell aufgrund der konzeptionellen Widersprüche mehr Probleme schafft, als es löst.“

(NINCK, 1997: 43)

In verschiedenen Institutionen, welche den Begriff nicht nur als Leitbild tragen, sondern ihn auch tatsächlich umsetzen beziehungsweise mit ihm arbeiten, gilt das Drei- Säulen- Modell aber immer noch als klarer Favorit. Die internationale Alpenschutzkommission CIPRA (vgl. Kap. 7.3) ist beispielsweise der Ansicht, dass Nachhaltigkeit nur dann erreicht werden kann, wenn alle drei Säulen gleichwertig behandelt werden und ineinander greifen, ein solistischen Ansatz, wo jeder Bereich für sich agiert, wird nicht als zielführend empfunden. (RAUZI, 2010)

Das beschriebene Drei-Säulen-Modell wird jedoch immer mehr von einer neuen Sichtweise verdrängt, bei der die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales nicht als Ziele sondern als Handlungsfelder betrachtet werden. Dieser neue Ansatz soll im folgenden Abschnitt erläutert werden.

3.7 Neue Ansätze – Der technische Weg

Die teils harsche Kritik an den Säulenmodellen und ihren inhaltlichen Ansätzen rief neue Nachhaltigkeitsprinzipien auf den Tagesplan, welche sich an der qualitativen Ausprägung wirtschaftlicher Prozesse und Resultate anlehnen. Die folgenden Aussagen orientieren sich an dem Text von Niko PAECH (2006), der in seinem Werk „Nachhaltigkeit jenseits des Drei-Säulen-Modells“ das Spannungsfeld zwischen alten und neuen Ansätzen deutlich formuliert.

Der so genannte „technische Weg“ stellt das vorherrschende Wachstumsparadigma nicht in Frage, sondern will dessen Negativeffekte über diverse Vorkehrungen abmildern, im besten Fall sogar vollkommen neutralisieren. Diese Vorkehrungen können technischer, prozessualer oder systemischer Natur sein, alleiniger Aktionsparameter ist hier die Optimierung und nicht das Ausmaß der Bedarfsbefriedigung. Eine hohe ökologische Verträglichkeit steht im Vordergrund, gefragt wird nicht nach dem „Wie viel“ oder „Warum“, sondern nur nach dem „Wie“.

Ansatzpunkte für die Umsetzung dieses neuen Weges sind hier vornehmlich die vier Nachhaltigkeitsprinzipien der Konsistenz, Effizienz, Risikominderung und Vermeidung, welche nun kurz beschrieben werden sollen.

- *Effizienz* zielt auf eine Minimierung des Material- und Energieeinsatzes ab, der zur Produktion einer Wertschöpfungseinheit oder zur Bereitstellung der nachgefragten Konsumfunktionen benötigt wird. Das Effizienzprinzip konzentriert sich auf Maßnahmen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität.
- *Konsistenz* beruht auf der Idee der geschlossenen Stoffkreisläufe nach dem Vorbild der Wirtschaftsweise der Biosphäre. Es geht nicht darum, das Wirtschaftswachstum durch Dematerialisierung von Stoffströmen abzukoppeln, sondern Letztere durch eine ökologische Einbettung zu neutralisieren.
- *Vermeidung* tritt oftmals noch vor das Prinzip der höheren Effizienz und sollte zumindest gleichberechtigt neben Handlungsalternativen wie Substitution oder Recycling gesetzt werden.
- *Risikominderung* sollte in einer stark technologisierten Gesellschaft mehr denn je Beachtung geschenkt werden. Die Innovationsdynamik moderner Marktwirtschaften bedingt eine tendenzielle Steigerung und Kumulation ökologischer Risiken, denn innovativ zu sein bedeutet immer auch, sich auf neue technische Wagnisse einzulassen. Wenn aber die Reichweite des Wissens nicht an die Reichweite der Handlungen herangeführt werden kann, verbleibt als einzige Lösung

nur der umgekehrte Weg, nämlich der Rückgriff auf Technologien mit kürzeren relevanten raum-zeitlichen Wirkungsketten.

(vgl. PAECH, 2006: 48f)

Nach den genannten Ausführungen soll nun spezifisch auf den Begriff der „Nachhaltigkeit“ im Hinblick auf den Alpenraum eingegangen werden.

3.8 Nachhaltigkeit im Alpenraum – mission impossible?

Das Hauptproblem, also die inhaltliche „Begriffsdiffusität“, sieht BÄTZING (2003) darin, dass die ursprünglich intendierte Bedeutung aus dem Bereich der Forstwirtschaft (vgl. Kap. 3.2) auf die damalige Agrargesellschaft überhaupt nicht gepasst hat. Ein Acker, eine Wiese, Getreidesorten oder Nutztiere sind nicht einfach „von Natur aus da“, sie vermehren sich und wachsen auch nicht wie ein Wald. Vielmehr sind sie bereits ein Kulturprodukt, vom Menschen gestaltet und verändert und eben dieses Kulturprodukt muss mit der Produktion selbst produziert und zugleich reproduziert werden. Man kann hierbei nicht bloß den jährlichen Zuwachs nutzen, sondern muss immer die Gesamtbalance des anthropogen überprägten Natursystems berücksichtigen.

Da also die grundsätzliche Idee der Nachhaltigkeit schon auf die Agrargesellschaft nicht passte, passt sie noch viel weniger auf die hoch arbeitsteilige und global verflochtene Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft von heute. BÄTZING (2003) sieht in dieser Kontroverse den Hauptgrund für die inhaltliche Unschärfe und Vielzahl der Vorstellungen und Konzeptionen des Begriffs.

Radikale Positionen sehen den Alpenraum heute generell als überflüssig. Als Freizeitraum sei er von Cyberraum und künstlichen Infrastrukturen in Stadtnähe überholt, als Wohnraum aufgrund der langen Pendelwege unökonomisch und als Transitraum durch neue Basis-Tunnels zu unterfahren. Lediglich die Funktion als europäischer Trinkwasserspeicher sei unersetzlich, dazu brauche man vor Ort aber weder wirtschaften noch wohnen. Die Natur werde großflächig entlastet und die hohe räumliche Konzentration aller menschlichen Aktivitäten sei wesentlich leichter umweltverträglich zu gestalten als die vorherrschende dezentrale.

Natürlich existiert hier auch die passende Gegenposition, welche von der völligen Entbehrung der Städte ausgeht, wo lediglich eine dezentrale Subsistenzwirtschaft ohne räumlichen Warentausch als umweltverträglich dargestellt wird und die Alpen als Lebens- und Wirtschaftsraum dienen sollen.

Obwohl in der Realität selten vertreten, machen die beiden radikalen Positionen auf die vorherrschende inhaltliche Spannung aufmerksam, um die es bei der Frage über die nachhaltige Zukunft der Alpen geht. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Auseinandersetzung nicht komplett außer Acht gelassen werden sollte, weil dabei die Grundsatzfragen nach dem Menschen, dem Mensch-Natur-Verhältnis, der

menschlichen Entwicklung und der menschlichen Gesellschaft überhaupt aufgeworfen werden. (vgl. BÄTZING, 2003: 327f)

Darüber, ob eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum ein unmögliches Unterfangen ist oder gar bleibt, scheiden sich die Geister. Fakt ist jedoch, dass allein die Diskussionen über den Begriff und seine Bedeutung, eine große Flut an Reaktionen und Kontroversen heraufbeschworen hat, die letzten Endes zu einer allseits erwünschten Sensibilisierung des Themas geführt haben und künftig sicher noch mehr führen werden.

3.8.1 Stadt versus Land – wo lebt es sich nachhaltiger?

Die oben genannten Fragestellungen beziehungsweise die beiden extremen Gegenpositionen laufen also auf die Frage hinaus, ob die Stadt oder das Land die nachhaltigere Version künftiger Entwicklungen darstellt. Aus historischen Erfahrungen kann man festhalten, dass die Subsistenzwirtschaft keineswegs die einzig mögliche Form nachhaltigen Wirtschaftens ist, auch städtische Entwicklungen, Spezialisierung und räumliche Arbeitsteilung können durchaus auf eine nachhaltige Art und Weise ausgestaltet werden.

Prinzipiell stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob die radikale Entgegensetzung von *entweder Stadt oder Land* nicht beide Male eine Verarmung darstellt. BÄTZING (2003) nennt als Beispiel die mittelalterlichen Agrargesellschaften, wo oftmals ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander von Stadt und Land für Wirtschaft, Kultur und das menschliche Leben insgesamt eine Bereicherung darstellte. Ein räumliches Nebeneinander mit wechselseitigem Austausch ermöglichte eine gewisse Offenheit in beiden Lebensräumen, erleichterte produktive Innovationen und erhöhte zudem die allgemeine Lebensqualität insgesamt. (vgl. BÄTZING 2003: 329f)

Die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Alpenstädte versuchen auf Basis der umzusetzenden Protokolle der Alpenkonvention der Stadt-Land-Kontroverse Einhalt zu gebieten und neben dem Erhalt ihres ländlichen Charakters trotzdem städtische Funktionen und Vorteile zu bieten. (vgl. Kap. 7)

3.8.2 Des Rätsels Lösung?

Die Ursache für die hohe Sensibilität der gesamten Thematik „Nachhaltigkeit im Alpenraum“ liegt vermutlich in der direkt ablaufenden Dynamik der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt in den Hochgebirgen. BÄTZING (2003) führt überspitzt das Beispiel an, dass sich Fehler des Menschen im Naturumgang oft schon beim nächsten Starkregen beziehungsweise spätestens nach der nächsten Schneeschmelze im kommenden Frühjahr bemerkbar machen und daher schwer zu übersehen und schlecht zu verdrängen sind. Dieser Ursache-Wirkungszusammenhang führt dazu, dass ökologische Zusammenhän-

ge unmittelbar sinnlich wahrnehmbar sind und nicht erst mühsam abstrakt-wissenschaftlich erarbeitet werden müssen.

Zudem sind die existenziellen Probleme des Alpenraums keine alpenspezifischen Probleme, sie spiegeln vielmehr die zentralen Grundprobleme unserer Dienstleistungsgesellschaft wieder, nur meistens früher und dramatischer als in anderen Regionen Europas.

Aber genau an diesem Punkt liegen die Hauptschwierigkeit und der Grund, warum die Realisierung einer nachhaltigen und dauerhaften Entwicklung so mühsam ist. Denn hier sind die Grundprinzipien der gegenwärtigen Wirtschaft und Gesellschaft betroffen und diese lassen sich nur sehr schwer verändern. (vgl. BÄTZING, 2003: 356f)

3.9 Fazit – viele Fragen und kaum Antworten

Die Literatur zum Thema Nachhaltigkeit ist unüberschaubar und es wäre vermessen, die Thematik in irgendeiner Hinsicht erschöpfend behandeln zu wollen. Zusammenfassend kann aber festgehalten werden, dass dem Begriff häufig Inhaltsleere vorgeworfen und er oftmals auch als „Worthülse“ bezeichnet wird. Er sei gegenstandsarm, magisch und leer, seinem Sprecher fehle jegliche Definitionsmacht und diene bloß zur Hebung des sozialen Prestiges seiner Benutzer. (vgl. PAECH, 1997: 49)

Diese Kritik mag in vielen Fällen berechtigt sein. Dennoch vollzog sich mit der aufkommenden Nachhaltigkeitsdebatte eine grundlegend veränderte Umweltdiskussion, was etwaige Begriffsschwierigkeiten wiederum rechtfertigt. Galt es in den 1970er Jahren noch als Leitidee, kaum bis gar kein menschlicher Eingriff sei der Umwelt am zuträglichsten, eröffnete die Nachhaltigkeitsdebatte neue Horizonte und legte den Schwerpunkt sinnvollerweise eher auf die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 182)

Möchte man Umwelt- und Nachhaltigkeitsdebatten sowie den Herausforderungen der Globalisierung begegnen, braucht es laut Josef RADERMACHER (2010) eine „Global Governance“, also eine globale Ordnungs- und Strukturpolitik. (vgl. Kap. 4.3.1) Denn Demokratie ist laut ihm

„... ein Konzept des kleinen Raumes. Je größer der Kontext, desto schwieriger ist es, Entscheidungen demokratisch zu fällen. Die Globalisierung der Ökonomie ohne Globalisierung der Politik ist ein Desaster. Ziel dieser multilateralen Politik ist es, globale Probleme auf Basis eines gemeinsamen Konsens zwischen nationalstaatlichen Organen und supranationale Organisationen zu lösen.“

(SZENE ALPEN, 93/2010: 15)

Abschließend zum Thema „Nachhaltigkeit im Alpenraum“ sei der Leser darauf hingewiesen, dass es keine allgemein gültige Lösung zu den genannten Problemstellungen gibt und es sie vermutlich auch nie geben wird. In einer schnelllebigen und höchst globalisierten Welt wie der heutigen werden zwar zukunftsfähige und langfristig ausgelegte Konzepte und Maßnahmen erarbeitet, diese können jedoch oft wegen personeller Fluktuationen, ungenügender Kompromissbereitschaft oder sich anderwärtig rasch ändernden Bedingungen nicht immer in ausreichendem Maße greifen.

4. Regionalentwicklung

4.1 Einführung

Das Thema „Regionalentwicklung“ und seine Anwendungsformen sind ähnlich umfangreich und komplex wie die „Nachhaltigkeit“, weshalb in diesem Kapitel einige Aspekte erläutert werden sollen.

4.2 Begriffsdefinitionen

4.2.1 Die Region

Dem Begriff der „Region“ eine Definition zuzuschreiben ist sehr schwierig, da er in vielen Zusammenhängen verwendet und verstanden wird, dennoch soll er an dieser Stelle untersucht werden.

„Gewöhnlich wird eine Region als ein abgegrenzter Raum unterhalb der nationalen Ebene verstanden. Die Grenzen werden einerseits kulturell begründet, also durch eine historisch gewachsene Regionalstruktur. Eine andere Möglichkeit ist eine naturgeographische Abgrenzung, vor allem in zentralistischen Staaten, in denen Regionen oft als eigene administrative Einheiten gelten.“ (IVANISIN, 2004: 25)

Im Vergleich dazu wählt die EU für die Abgrenzung von Regionen einen pragmatischen Ansatz, wonach Regionen den Nationalstaaten direkt untergeordnete Gebietskörperschaften sind. Der Zentralstaat umfasst das gesamte Staatsgebiet, teilt sich aber Zuständigkeiten, Befugnisse und Ressourcen mit nachgeordneten und regional abgegrenzten Einheiten. (vgl. BRASCHE, 2008: 215)

Ähnlich wie beim Begriff der Nachhaltigkeit sind hier Definitions- und Abgrenzungsversuche unerschöpflich, die genannten Beispiele sind nur zwei von vielen.

4.2.2 Regionalentwicklung

Eine Definition für „Regionalentwicklung“ könnte in etwa so lauten:

„Regionalentwicklung ist aus dem Überbegriff, unter dem alle Programme, Finanzierungen, Ressourceneinsätze und schließlich ihre Werkzeuge zu verstehen.“
(DAX und WIESINGER, 2008: 19)

Der Begriff „Regionalentwicklung“ fasst also sämtliche Entwicklungen zusammen, die innerhalb einer Region stattfinden. Ein so genanntes Regionalmanagement, welches sich als eigene Institution einer Region etablieren soll, besitzt hier die ureigentliche Aufgabe, eine Entwicklung auszulösen. Ob diese

erfolgreich ist hängt letztlich davon ab, ob und wie es gelingt, verschiedenste Faktoren für eine gemeinsame Sache wirken zu lassen. (vgl. DAX und WIESINGER, 2008: 19)

SEGERT und ZIERKE (2005) stellen zudem die These auf, dass räumlich ungleich verteilte Bedingungen sozialer, ökonomischer und ökologischer Natur eine wichtige Ausgangsbasis bilden, an denen Aktivitäten für eine nachhaltige Regionalentwicklung ansetzen können. Diese regionalen Ungleichheiten sind zwar als Defizite zu beurteilen, sie stellen aber gleichzeitig auch ein gewisses Entwicklungspotential als Ansatzpunkt dar. (vgl. SEGERT und ZIERKE, 2005: 7)

Wenn also in einer Region der Kern eines Problems erkannt wird, kann konkret und oft erfolgreich auf die Thematik eingegangen werden, was die Interviewpartner der „Alpenstädte des Jahres“ (vgl. Kap. 8) auch einstimmig bestätigen. In den folgenden beiden Abschnitten soll ein wenig auf die Begriffe „Funktionsfähigkeit“ und „Governance“ eingegangen werden, welche beide für die Regionalentwicklung wichtige Rollen spielen.

4.3 Die Funktionsfähigkeit ländlicher Räume

Der Begriff „Funktionsfähigkeit“ kann auf unterschiedliche Parameter bezogen und sehr widersprüchlich ausgelegt werden. Aus diesem Grund sind für die Bestimmung der Funktionsfähigkeit stets die gesellschaftlichen Ansprüche der einzelnen Räume zu betrachten. Zu den negativen Merkmalen können beispielsweise Betriebsschließungen, Abwanderung der Bevölkerung, Aufgabe der Flächenbewirtschaftung oder der Verfall baulicher Substanz gezählt werden. Im Gegensatz dazu sind die Rückkehr von Wildnis und verdrängter Arten der Fauna und Flora als positive Entwicklung der ökologischen Funktionsfähigkeit zu bewerten. Die Analyse der gesellschaftlichen Ziele bildet demnach die Grundlage für die Beschreibung von Kriterien zur Beurteilung. (vgl. FAVRY, 2006: 27)

Ob Lebensmittelgeschäfte, Kindergärten, Schulen, Post oder öffentliche Verkehrsmittel – all diese Dinge bilden eine oftmals selbstverständliche Grundlage für das Funktionieren unseres Alltags. Sowohl private Haushalte, als auch Betriebe benötigen diese Dienstleistungen für die Daseinsvorsorge, welche sich unterschiedlich im Raum verteilen und deren Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Leistungen sind wesentliche Kriterien für die Funktionsfähigkeit beziehungsweise die „Alltagstauglichkeit“ von Räumen.

Doch Angebot und Nachfrage durchlaufen einen steten Wandel. Die Privatisierung öffentlicher Leistungen, der technische Fortschritt, die Liberalisierung des Marktes oder ein verstärkter Wettbewerb innerhalb der letzten Jahre werfen die Frage auf, ob die Funktionsfähigkeit im ländlichen Raum gefährdet ist, beziehungsweise welche Politiken und Maßnahmen notwendig sind, eine Stärkung dieser Räume zu erzielen. Genau an diesem Punkt setzt die so genannte „Governance“ an, welche im folgenden Abschnitt erläutert werden soll. (vgl. FAVRY, 2006: 11)

4.3.1 Governance als Grundlage für Funktionsfähige ländliche Räume

Bei dem Begriff der "Governance" geht es zum einen um die Fragen, wer auf welcher Ebene Entscheidungen trifft und welche Leistungen von wem und für wen erbracht werden. Zum anderen geht es um die Optimierung von Dienstleistungen, wie diese möglichst effektiv und kosteneffizient erbracht werden können. Eine wesentliche Rolle spielt hier auch die Einbeziehung von Betroffenen in etwaige Entscheidungsprozesse sowie die Unterstützung privater Akteure bei der Leistungserbringung.

Eine einheitliche Definition für den Begriff der "Governance" gibt es nicht. Zusammenfassend geht es um die Koordination sozialer Beziehungen sowie alle Formen gesellschaftlicher und politischer Steuerung. Zentrale Bedeutung kommt dabei flexiblen, informellen Prozessen und Netzwerken zu. (vgl. PÜTZ, 2004 in FAVRY, 2006: 34)

Für die „Regionale Governance“ liegen nicht so eindeutige Definitionen vor.

„Netzwerkartige Beziehungen, die aus steuernden Tätigkeiten der politischen, administrativen und sozialen Akteure, innerhalb einer abgegrenzten räumlichen Einheit unter der nationalen und über der lokalen Ebene hervorgehen.“

(BÖRZEL, 2003 in LAFFERTY und NARODOSLAWSKY, 2003)

Die Leistungen der Daseinsvorsorge werden in hohem Ausmaß auf lokaler und regionaler Ebene angeboten und nachgefragt, weshalb die Regionale Governance einen wesentlichen Aspekt bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum darstellt. (vgl. FAVRY, 2006: 25)

Nähere Ausführungen, Regionale Governance oder Netzwerke und Kooperationen betreffend, finden sich in der Diplomarbeit von Michael BAUMGARTNER (2010), welcher ebenfalls das Projekt „Alpenstadt des Jahres“ untersucht und seine Arbeit parallel zu dieser durchgeführt hat.

4.4 Historische und aktuelle Entwicklungen im Alpenraum

Schon in der vorindustriellen Zeit waren die Alpen keineswegs ein autarker oder archaischer Lebensraum, abgeschottet von Europa und vom Menschen kaum beeinträchtigt. Dieses Alpenbild entstand erst spät in den europäischen Industriestädten und ist eigentlich ein Zerrbild der Alpen. Denn in Wirklichkeit war dieser europäische Gebirgsraum schon in vorindustrieller Zeit flächenhaft landwirtschaftlich genutzt. Diese teils intensive bäuerliche Nutzung hat die Alpen im Laufe der Zeit aus ökologischer Sicht tiefgreifend verändert, denn aus der zuvor fast vollständige bewaldeten Naturlandschaft wurde eine offene und von Menschenhand geprägte Kulturlandschaft.

„Mit dem Anschluss an das Eisenbahnnetz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewinnt der Alpenraum Anschluss an die europäischen Märkte, verliert gleichzeitig aber die Funktionsfähigkeit seiner traditionellen Wirtschaftsweise. Eine Folge davon war die Abwertung des Alpenraumes zur Peripherie innerhalb Europas. In den Alpen lagen die Gunststandorte der Agrargesellschaft in mittleren Höhenlagen. Die Gunststandorte der Industriegesellschaft sollten künftig anderswo liegen, nämlich dort, wo Rohstoffvorkommen und Verkehrssysteme zusammentreffen, was zumeist nicht in den Alpen war.“

(PERLIK, 1997: 39)

Auch wirtschaftlich gesehen waren die Alpen keine „Welt für sich“. Viele Wirtschaftsverflechtungen sowie der traditionelle Saumverkehr sorgten für eine enge Verbindung mit dem restlichen Europa. Einen rein „ländlichen Raum“ hat es damals wie heute nicht gegeben, Städte wie Bozen, Innsbruck oder Chur und die dortigen Hochkulturen mit ihren bereits ausgeprägten regionalen Identitäten gehörten schon damals zum traditionellen Leben in den Alpen dazu. (vgl. BÄTZING, 2010: 13)

Auch regionalpolitische Entwicklungen fanden im Alpenraum schon seit jeher statt, tatsächlich erfuhr der Begriff „Regionalentwicklung“ aber erst innerhalb der letzten Jahrzehnte eine konkrete Verwendung.

Heutzutage wird Europa beherrscht von einer weit vorangeschrittenen Industrialisierung und Tertiarisierung, also einer Verlagerung der Arbeitsprozesse in den Dienstleistungssektor. Aufgrund dessen ist es nicht mehr möglich, die alpine Wirtschaft auf vorindustrielle Nutzungsformen zu gründen oder zu konzentrieren. Ohne die exogene, also von außen kommende moderne Nutzung würde der Alpenraum ökonomisch zusammenbrechen. Bisher konnte jedoch weder die Industrie- noch die Dienstleistungsgesellschaft in Europa eine ökologische und sozio-kulturelle Reproduktion der modernen Alpennutzung gewährleisten, die moderne Alpenentwicklung ist demnach mit schwerwiegenden Problemen verbunden. Eine Lösung an dieser Stelle wäre, exogene – also von außen kommende – Nutzungsformen im Alpenraum so auf konkrete alpine Umwelt und Kultur zu beziehen und gestalten, dass ihre ökologische und sozio-kulturelle Reproduktion gewährleistet wird. (vgl. BÄTZING in FRANZ, 1994: 43)

4.5 Regionstypen in den Alpen und ihre Probleme

Zur Veranschaulichung und Operationalisierung des „Regionsbegriffs“ sowie der vielen verschiedenen Regionen im Alpenraum, hat BÄTZING (2003) vier Typen gebildet, welche jeweils typische Probleme und Nachteile aufweisen. Sie sollen nun auch hier kurz beschrieben werden.

→ *Zentren dominierte Regionen*

Das Hauptproblem dieser Regionen ist eine so genannte „Vervorstädterung“ der Alpenstädte, sprich eine zu hohe Siedlungs-, Verkehrs- und Nutzungsdichte in gut erreichbaren Tallagen. Den Alpenstädten kommt hier gleichsam die Rolle der Vorstadt zu, also der Wohnnutzung mit schlecht ausgebauter Infrastruktur. Diese müsste durch eine alpenspezifische Agglomerationspolitik gestärkt und qualitativ besser auf aktuelle Herausforderungen angepasst werden, weiters sollten Siedlungszunahme und Flächenverbrauch reduziert sowie der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden.

Des Weiteren ist laut BÄTZING (2003) eine Reurbanisierung anzustreben, Stadt- und Ortszentren müssen als multifunktionale Lebensräume wieder gezielt aufgewertet werden. All die genannten Maßnahmen sollten von einer Stärkung der Identität und Verantwortung für die alpine Umwelt begleitet sein. (vgl. BÄTZING, 2003: 343)

→ *Auspendlerregionen*

Bei den Auspendlerregionen liegt die Hauptproblematik im signifikanten Auseinanderfallen von Wohn- und Arbeitsort. Dieser Umstand führt jedoch zu einer großen Abhängigkeit von außen und letztlich zu einer fehlenden Umwelt- und Lebensraumverantwortung der Bevölkerung. Das Regionszentrum müsste hier gefestigt werden, womit konkret eine Aufwertung der zentralörtlichen Funktionen, eine kulturelle Stärkung sowie eine Ansiedelung von ubiquitären Arbeitsplätzen gemeint ist. Diese Regionen dürfen nicht zu so genannten Ergänzungsräumen degradieren, welche keine eigene Identität besitzen. BÄTZING (2003) sieht hier als Antwort dezentrale Nutzungsformen, für welche jedoch passende Bedingungen herrschen müssen, nämlich eine niedrige Höhenlage, gute Erreichbarkeit und eine große Zahl von potentiellen Kunden in der Nähe. Ein passender Ausweg wäre für solche Regionen eine typisch stadtnahe Landwirtschaft, welche sich besonders auf frische Regionalprodukte konzentriert sowie der Aufbau einer umweltverträglichen Naherholung, die mit der genannten stadtnahen Landwirtschaft zum wechselseitigen Vorteil eng vernetzt werden kann. Die Entwicklung einer regionalen Identität (vgl. Kap. 4.6.2) hat in diesen Gemeinden oberste Priorität. (vgl. BÄTZING, 2003: 343f)

→ *Ländliche Regionen*

Die Ausgangssituation solcher Regionen ist äußerst unterschiedlich. Zum einen gibt es ländliche Industrieregionen, welche vor der Herausforderung des abgelaufenen Strukturwandels stehen, wie beispielsweise die metallverarbeitenden Regionen der französischen Westalpen oder die Mur-Mürz-Furche in Österreich.

Ein anderer Typ dieser ländlichen Regionen sind jene, welche sich auf dem Weg touristischer Verstädterung befinden. Sie sollten das Hauptaugenmerk vom touristischen Schwerpunkt auf die ökologische Sanierung der Umwelt-, Siedlungs- und Verkehrsstruktur verlagern. Außerdem müssten sie gesteigerten Wert auf die Stärkung der kulturellen Identität sowie auf eine gezielte Diversifizierung ihrer Wirtschaftsstruktur legen. (vgl. BÄTZING, 2003: 344)

→ *Entsiedlungsregionen*

Die zentrale Problematik in so genannten Entsiedlungsregionen besteht im Zusammenbruch von Wirtschaft und Kultur und den damit verbundenen Bevölkerungsverlusten. Die bestehenden Institutionen reichen für eine Wiederaufwertung nicht aus. Solche Gebiete benötigen eine wirtschaftliche und kulturelle Aufwertung in Form eines Neuaufbaus vernetzter Strukturen, die aufgrund der schwachen Wirtschaftsbasis gezielt auf Erwerbskombination und Mehrfacheinkommen innerhalb der Bevölkerung setzen. Als Basis für eine Veränderung sollten hier die spezifischen Qualitäten der jeweiligen Regionen dienen, ergänzt von ubiquitären Arbeitsplätzen. Für solche Regionen ist es laut BÄTZING (2003) durchaus vorstellbar, dass ausgewählte Teilräume mit weit vorangeschrittener Verbuschung und Verwaldung zu Naturschutz- oder Wildnisgebieten umgewandelt werden. Dieser Schritt muss aber sowohl von der ansässigen Bevölkerung befürwortet werden und darf auch keine naturräumliche Gefährdung für andere Regionen ergeben. (vgl. BÄTZING, 2003: 344f)

Die Übergänge beziehungsweise die Grenzen zwischen den einzelnen Regionstypen verlaufen klarerweise nicht scharf, dennoch bieten sie eine gute Grundlage für die oft schwierige Differenzierung von Regionen.

Diese verschiedenen Typen verdeutlichen zudem wie schwierig es ist, eine strukturierte, langfristige und einheitliche Regionalpolitik zu betreiben. Probleme und Möglichkeiten sind in den jeweiligen Regionen so unterschiedlich, dass eine einzige alpenweite Strategie ins Leere laufen muss. Letztlich stellt jede Region aufgrund ihrer naturräumlichen Struktur, ihrer spezifischen Regionalgeschichte und ihrer aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation einen Einzelfall dar. Die genannte Typisierung ist bloß ein Hilfskonstrukt, letztlich sollte immer die Individualität und Besonderheit jeder einzelnen Region hervorgehoben werden. (vgl. BÄTZING, 2003: 345)

4.6 Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung

In diesem Abschnitt soll nun auf einige Erfolgsfaktoren innerhalb regionalpolitischer Prozesse eingegangen werden. In Kapitel 9.1 werden dann im Zuge der Beantwortung der Forschungsfragen (vgl. Kap. 2) weitere Erfolgsfaktoren präzise aufgelistet.

4.6.1 Der Faktor „Geld“

Ein wichtiger Motivations- beziehungsweise Erfolgsfaktor für die Durchführung regionsfördernder Projekte sind sicherlich finanzielle Mittel, wie sie beispielsweise aus dem Strukturfond EFRE (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) von der EU zur Verfügung gestellt werden.

Ein alpenspezifisches Beispiel hierfür wäre das INTERREG IIIB Programm „Alpine Space“ aus der Struktur-fondsperiode 2000 – 2006. Hier ging es unter anderem um die Etablierung des Alpenraums als leistungsfähiges Gebiet innerhalb eines Netzwerks europäischer Entwicklungsräume sowie den Schutz der Vielfalt des natürlichen und kulturellen Erbes im Alpenraum. Innovative Projekte und Netzwerke, basierend auf transnationalen Kooperation, sollen den europäischen Geist der Zusammenarbeit in diesem Programmraum stärken. (www.alpine-space.org)

Förderungsfonds der EU stehen jedoch nur bestimmten Ziel-Gebieten zur Verfügung. Fällt eine Region aus verschiedensten Gründen aus dem Ziel-Gebiet heraus, sei es durch Wirtschaftswachstum, politische Kursänderung oder Ähnlichem kann es passieren, dass das Gebiet finanziell plötzlich auf sich gestellt ist. Wenn sich eine Region aufgrund von Fördergeldern eine Zeit lang positiv entwickelte und sich dadurch Marktvorteile verschaffen konnte, dann aber mit einer Entwicklungsstagnation konfrontiert ist, hat dies oft langfristig negative Konsequenzen (z.B. Rückgang von Arbeitsplätzen, etc.). (vgl. IVANSIN, 2006: 16)

Hier stellt sich dann die Frage, wie viel Substanz und Potential tatsächlich hinter den Projekten stehen beziehungsweise wie nachhaltig und dauerhaft ein Projekt angelegt oder bis dahin geführt wurde. Prozesse, welche bereits vor Finanzierungsbeginn gelaufen sind, haben erfahrungsgemäß deutlich weniger Probleme mit einem Geldstopp wie jene, die erst durch die Finanzmittel zustande kamen. Kreativität und Flexibilität sind hier die Zauberwörter, so auch in den untersuchten Alpenstädten.

Auf die Frage, ob Projekte nach dem Ablauf des Alpenstadtjahres im Sinne der Nachhaltigkeit weitergeführt würden oder sie vollständig von der Finanzierung abhängig waren, antworteten die Beteiligten sehr positiv. Geld sei demnach nicht der alleinige Antrieb und da viele der durchgeführten Projekte mit einem hohen Aufwand an personellen und monetären Ressourcen verbunden waren, achtete man besonders darauf, keine unnötigen Investitionen getätigt zu haben. Natürlich hat jede „Alpenstadt des Jahres“ eine andere Ausgangsbasis, man ist sich jedoch einig, dass es stets kreativer Finanzierungsmodelle und origineller Ideen bedarf, um Projekte und Maßnahmen durchführen zu können.

Im Gegensatz zu dem oben genannten EU-Projekt „Alpine Space“ ist die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ nicht EU-finanziert. Schon mehrere Anträge wurden eingereicht, jedoch aufgrund zu großer Konkur-

renz und einer nicht ausreichenden Lobby dafür abgelehnt. Zumeist werden die Projekte, welche im Rahmen des Alpenstadtjahres laufen von verschiedenen Seiten finanziert, sei es von der Gemeinde oder privaten Sponsoren. (RAUZI, 2010)

4.6.2 Der Faktor „Identität“

Einen Bezug zu den Alpen gewinnt man nicht nur durch Zahlen, Daten und Fakten, sondern allen voran durch emotionale Bindungen der ansässigen Bevölkerung zu „ihrem“ Lebensraum. Dem Identifikationsgrad der Bewohner ist demnach eine hohe Bedeutung zuzumessen. Jedoch wird die teils extreme Vermarktung des Alpenraums trotz wirtschaftlicher Vorteile als störend empfunden, Heimatstolz, das Festhalten an Traditionen wird von Flachlandbewohnern oft mit einem Kopfschütteln beantwortet. (vgl. BORSDORF und LANGE, 2006: 11)

Diese fest verankerte Identifizierung als „unsere Heimat“ kann neben zur Verfügung stehenden Geldern aber sehr maßgeblich für das Entstehen regionsfördernder Projekte und Maßnahmen sein.

Auch IVANISIN (2004) sieht im Identitätsgedanken eine große Motivation für regionale Entwicklung. Er ist der Überzeugung, dass dieser Motivationsmechanismus direkt aus der Wahrnehmung der Region entspringen muss. Die Personen und Organisationen, welche diese Entwicklung austragen, sollten ihre Region als ein primäres und eventuell geschäftliches Interesse erleben. Die betroffenen Unternehmen sollen das Gefühl haben, ihr Bemühen präge die Region entscheidend mit, was ihnen wiederum überregionale Reputation einbringe. (vgl. IVANISIN, 2004: 29)

Der Verein „Alpenstadt des Jahres“ fördert den Ansatz der Identitätsbildung durch das Vereinsziel „Alpenbewusstsein stärken“, wie in Kapitel 7.5 erläutert. Da in den meisten Fällen der durchgeführten Projekte eine hohe Partizipation der Bevölkerung aller Altersstufen angestrebt wurde, konnte dieses Ziel in vielen Fällen erreicht werden.

Ein wichtiger Punkt wäre hier, im Alpenstadtjahr frühzeitig mit der Bekanntmachung und Vermarktung zu beginnen und die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass sie „Alpenstadt des Jahres“ werden, bestenfalls noch im Vorjahr. Dieser Vorgang muss als Prozess gesehen werden und ist sicherlich nicht mit einer Veranstaltung erledigt, sondern mit kontinuierlichem Austausch und einer ständigen Präsenz in Form von Schildern, Plakaten, dem Logo, etc.

4.6.3 Der Faktor „Wirtschaft“

Regionen werden nicht an der Börse gehandelt, gehen keine Fusionen ein und schlittern nicht in den Konkurs, selbst wenn dies mancherorts aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Fall zu sein scheint. Im Gegensatz zu Unternehmen verfügen Regionen in der Regel nicht über Stabstellen zur

Marktbeobachtung und auch über keine Controllingabteilung zu ihrer Steuerung. (vgl. DAX und WIESINGER, 2008: 23)

Dennoch kommt dem Thema „Wirtschaft“ in Verbindung mit regionalpolitischen Problemen eine zentrale Bedeutung zu. Sie muss in der Abhängigkeit von der alpinen Bevölkerung und Umwelt betrachtet werden und eine dauerhafte Entwicklungsperspektive darstellen. Dem von außen kommenden Druck zu Rationalisierung, Marktwirtschaft und Arbeitsteilung stehen die komplizierte räumliche Vielfalt der Alpen sowie der oftmals vorherrschende Konservatismus gegenüber. Orientierungslosigkeit und Unsicherheit über die laufenden Veränderungen, wie etwa der Verstädterung der Tallagen, dem Wachstum der Pendlergemeinden oder dem Niedergang der Kulturlandschaft sind innerhalb der Gemeinde oft die Folgen. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 41f)

Um diesen Problemen entgegen zu wirken muss in den Gemeinden das wirtschaftliche Potential voll genutzt werden. Eine ausgewogene Betriebsgrößenstruktur und ein möglichst hoher Branchenmix wären hier einer größeren Dynamik sehr zuträglich und machen die Region weniger krisenanfällig. (vgl. GASSNER, 2009)

Auch GLAUSER und SIEGRIST (1997) sehen in einer guten wirtschaftlichen Dynamik den Schlüssel zum Erfolg. Das Erfolgsrezept für die alpine Wirtschaft liegt nicht in einzelnen Bereichen, etwa der Landwirtschaft oder dem Tourismus, sondern in weit komplexeren und voneinander abhängigen Themenbereichen. Die zentrale Frage an dieser Stelle lautet, ob es den Alpenregionen gelingt, den weltweiten Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft alpenspezifisch zu gestalten. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 41f)

Die jeweiligen Projekte, die im Zuge der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ durchgeführt werden beziehungsweise wurden, sollen demnach ebenfalls die regionale Wirtschaft ankurbeln, sie aber auch dazu animieren, Ihre Tätigkeiten nicht nur profitträchtig und im Interesse des eigenen Unternehmens durchzuführen, sondern positive Auswirkungen auf alle Regionsbewohner zu erzielen.

4.6.4 Der Faktor „Netzwerke und Kooperationen“

Strategien einer nachhaltigen Entwicklung von Kleinstädten, sowohl im Alpenraum als auch außerhalb sollen sich auf die endogenen Faktoren des Ortes konzentrieren. Das Hauptaugenmerk ist demnach auf lokale Wettbewerbsvorteile, Ressourcen und Produkte eines Ortes zu legen. Laut KNOX und MAYER (2009) kann dieser Ansatz am besten verwirklicht werden, wenn zwischen den Kleinstädten Netzwerke geknüpft werden. Gemeint sind hier Kooperationen zwischen den Geschäftsleuten, Vereinen und Verwaltungen, die Informationen, Ideen und Erfahrungen austauschen.

Für Kleinstädte auf der ganzen Welt beinhaltet die Phrase „Nachhaltige Regionalentwicklung“ die Fähigkeit, sich dem wirtschaftlichen Wandel auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu stellen. Ein großer Nachteil von Kleinstädten besteht in dem Umstand, dass in der Arbeitswelt Spezialisten aller Fachgebiete fehlen, was wiederum zu einem Wettbewerbsnachteil führt. Teilweise tendieren auch einige Nachhaltigkeitsprogramme auf allen Ebenen dazu, Kleinstädte einfach zu übergehen. Für viele Städte hat das wirtschaftliche Überleben oberste Priorität und die Wirtschaftsförderung gleicht oftmals einer Jagd nach externen Investoren, was für Kleinstädte zumeist ein Nullsummenspiel ergibt. Gezielter Informationsaustausch und stabile Zusammenarbeit verschiedener Akteure einer Region könnten diese Problematik vermeiden oder zumindest lindern. Denn wo kein Austausch, da keine Information und keine Information bedeutet immer einen Verlust an Möglichkeiten. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 38)

Genau an diesem Punkt möchte die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ eingreifen und eine Plattform für Austausch und Kommunikation darstellen, die es allen Teilnehmern ermöglicht, aus „ihrer“ Alpenstadt das Beste herauszuholen. Auch das Vereinsziel „Stadt-Umland-Kooperationen ausbauen“ (vgl. Kap. 7.5) versucht den genannten Lösungsansätzen gerecht zu werden.

4.7 Der neueste Ansatz: Systemische Regionalentwicklung

So wie im vorangegangenen Kapitel über die „Nachhaltigkeit“ sollen auch hier neue Ansätze beschrieben werden. Im Bereich der Regionalentwicklung ist dies die so genannte „Systemische Regionalentwicklung“, eine bis dato noch nicht sehr bekannte aber durchaus zukunftssträchtige Anschauung.

Die folgenden Ausführungen wurden dem Bericht der ÖAR Regionalberatung GmbH aus dem Jahr 2002 entnommen, welche den Begriff der „Systemischen Regionalentwicklung“ erstmalig nannte und sehr ausführlich analysierte.

Lange Zeit zielten alle regionalpolitischen Ansätze auf quantitatives wirtschaftliches Wachstum, Abbau von Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien sowie Modernisierung und Industrialisierung entwicklungsschwacher Regionen ab. Die Förderungspolitik war auf die Beseitigung von Defiziten und Schwächen ausgerichtet, im Vordergrund standen die Verbesserung infrastruktureller Ausstattung sowie die Förderung von Unternehmen.

Es konnten zwar gewisse Ziele in Bezug auf den Abbau von Disparitäten erreicht, die strukturellen Probleme vieler Regionen aber dennoch nicht bekämpft werden. Seit Beginn der 1980er Jahre werden bis heute neue Ansätze verfolgt, die vermehrt auf die Stärkung des endogenen Potenzials der Regionen abzielen, so auch die „Systemische Regionalentwicklung“. Das Hauptaugenmerk liegt hier auf der Verbesserung regionaler Innovations- und Anpassungsfähigkeit, besonders durch „weiche“ Instrumente wie

etwa wirtschaftsnahen Infrastrukturen, verbesserten Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie qualifikations- und beschäftigungsorientierten Maßnahmen.

Um effiziente Ergebnisse im Bereich der Regionalentwicklung zu erzielen, ist es nach dem systemischen Ansatz unerlässlich, mit der Komplexität sozialer Systeme umgehen zu lernen und sie als zentrale Herausforderung in der Wirtschafts- und Regionalpolitik anzuerkennen. Diese Komplexität ist durch das Vorhandensein vieler verschiedener Elemente wie einer starken Vernetztheit, veränderlicher Wirkungsverläufe, einer beschränkten Lenkbarkeit oder einer erschwerten Analysierbarkeit gekennzeichnet. All diese Umstände bewirken, dass die Veränderung eines einzigen Elements nicht isoliert bleibt, sondern immer verschiedenste Folgewirkungen hat und sich stets auf andere Teile auswirkt.

Es geht im systemischen Ansatz jedoch nicht darum, auf Fehlersuche im System zu gehen, sondern sich der Tatsache bewusst zu werden, dass die Realität nicht als einfaches Input-Output-Modell betrachtet werden darf. Jede einzelne Einwirkung geht Hand in Hand mit mindestens einer Auswirkung, die jedoch im Vorhinein nicht immer gleich abschätzbar ist. Soziale und politische Systeme sind keine Maschinen, wo durch einen direkten Eingriff Fehlerbehebung betrieben werden kann. Es müssen vielmehr die interaktiven Elemente, ihre Beziehungen zur Umwelt beziehungsweise die Strukturen des gesamten Systems verändert werden.

Ein solches Umdenken erfordert letztendlich auch neue Methoden und Instrumente, die dem Umgang mit den vorherrschenden komplexen Systemen gerecht werden. Solche Instrumente wurden in den unterschiedlichsten Bereichen entwickelt, sei es in der Unternehmensberatung, der Managementtheorie und -praxis, der Entwicklungszusammenarbeit oder auch der Psychotherapie.

(vgl. HUMMELBRUNNER et al., 2002: 1ff)

All diese Denkansätze und Methoden sind noch nicht ausreichend bekannt und werden nur begrenzt eingesetzt. Im Sinne einer innovativen und dauerhaften Regionalentwicklung wäre es jedoch wünschenswert, dass sich dieser Zustand bald ändert.

4.8 Fazit – Synergieeffekte nutzen

Dem Motto „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“ entsprechend funktioniert eine holistische Regionalentwicklung am besten, wenn all die genannten Motivations- und Erfolgsfaktoren vorhanden sind und ineinander greifen. Auch laut GLAUSER und SIEGRIST (1997) gelingt eine erfolgreiche, alpen-spezifische Regionalentwicklung am ehesten, wenn folgende zusammenspielende Aspekte berücksichtigt werden und synergetisch ablaufen.

Zum einen müssen sich Tourismus und Landwirtschaft ergänzen. Die Alpen haben wirtschaftlich nur dann eine Zukunft, wenn Tourismus und Landwirtschaft ihre gegenseitige Abhängigkeit erkennen und eine gemeinsame „Wirtschaftsmoral“ entwickeln. Der Alpenbevölkerung müssen wirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsmöglichkeiten eröffnet werden und diese touristische Wertschöpfung muss weiter in die Landwirtschaft fließen. Eine gegenseitige Offenheit ist demnach von großer Bedeutung.

Des Weiteren müssen Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie gleichwertig sein, wobei einige wirtschaftliche und politische Abläufe zugunsten von ökologischen und sozialen Werten umgestaltet werden sollten. Die Bevölkerung, welche abgelegen und unter erschwerten Bedingungen lebt und wirtschaftet, wird diesen Umstand nur in Kauf nehmen, sofern die gesellschaftlichen und ökologischen Komponenten stimmen.

Zudem ist eine einseitige Wirtschaftsstruktur nicht konkurrenzfähig, eine Monostruktur führt längerfristig zu Sachzwängen und somit in eine wirtschaftliche und soziale Sackgasse. Ein vielfältiges Wirtschaftsgeflecht ist eine essenzielle Voraussetzung für einen flächenhaft besiedelten Lebensraum in den Alpen.

Einen weiteren wichtigen Punkt im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung sehen GLAUSER und SIEGRIST (1997) in der Tatsache, dass Innovationen vom Alpenraum selbst ausgehen müssen. GASSNER (2009) benennt diesen Faktor „endogenes Potential“. Dazu ist eine innovative Regionalpolitik notwendig, welche langfristige Ziele und Projekte unterstützt. Natürlich ist hier neben wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch eine kulturelle und gesellschaftliche Öffnung bei der Bevölkerung unabdingbar.

Als letzten Punkt sehen GLAUSER und SIEGRIST (1997) die Notwendigkeit klarer Zielvorgaben für die Wirtschaft in den sehr unterschiedlichen alpinen Räumen. Der freie Markt allein genüge nicht, den Alpenraum als Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten. Es braucht Vereinbarungen, Konventionen, Gesetze und Maßnahmen, wie etwa die Alpenkonvention, welche dafür Sorge tragen, dass in diesen sensiblen Regionen zum Wohle aller Entscheidungen getroffen werden und gewirtschaftet wird. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 41f)

In Kapitel 9.4 werden einige Schlüsselfaktoren innerhalb der Regionalentwicklung nochmals übersichtlich und zusammengefasst dargestellt.

5. Nachhaltige Stadtentwicklung in Kleinstädten

Das dritte zentrale Konzept und theoretische Gerüst für die durchgeführten Untersuchungen im Rahmen dieser Diplomarbeit ist das Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung“. Da sich die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ mit kleinen bis mittelgroßen Städten von Einwohnerzahlen zwischen 5 000 und knapp über 100 000 befasst, werden nun einige Aspekte bezüglich Kleinstädten und ihr Zugang zur Nachhaltigkeit betrachtet. Das vorliegende Kapitel stützt sich stark auf das Werk „Kleinstädte und Nachhaltigkeit“ von KNOX und MAYER (2009), denen es außerordentlich gut gelungen ist, Kleinstädte mit all ihren Facetten und die Vielzahl der damit verbundenen Problematiken aufzuzeigen.

5.1 Probleme und Lösungsansätze

„Grundsätzlich ist der Alpenbogen städtearm. Die größeren urbanen Zentren und die Metropolen Wien, Graz, Salzburg, Maribor, Ljubljana, Verona, Brescia, Mailand, Turin, Bern, Zürich und München liegen entweder am Rand oder im Vorland der Alpen. Innerhalb des Gebirges befinden sich nur sechs Stadtregionen mit mehr als 200 000 Einwohnern: Grenoble, Annecy-Chambéry, Klagenfurt-Villach, Innsbruck, Trient und Bozen.

Von 1960 bis 1995 nahm die Zahl der Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern von 138 auf 132 ab, die der Gemeinden zwischen 5 000 und 10 000 Einwohnern sank von 254 auf 247.“

(PSENNER und LACKNER, 2006: 84; zit. nach PERLIK, 2001: 78)

Trotz „alpiner Städtearmut“ haben Kleinstädte einen bedeutenden Anteil an der Gesamtbevölkerung in vielen Regionen Europas und werden von rund einem Fünftel der Gesamtbevölkerung bewohnt. Der Prozess der Globalisierung untergräbt jedoch immer mehr die Besonderheiten kleinstädtischer Orte und bedroht deren Vitalität und Kultur. (vgl. KNOX und MAYER 2009: 11)

Fast alle Kleinstädte der Industrieländer sind aus der traditionellen Marktstadt hervorgegangen – trotzdem sind ihre Geschichte, ihr Erscheinungsbild und ihre Wirtschaft sehr unterschiedlich. Manche der inmitten der Alpen gelegenen Städte sind aufgrund ihrer zumeist peripheren Lage benachteiligt und klein geblieben, weil sie fernab von den Transportsystemen und Wirtschaftsräumen der Industrialisierung lagen. Die meisten von ihnen blieben nach der Technologisierung nicht konkurrenzfähig, da sie ab dem Zeitalter der fordistischen Massenproduktion Mitte des 20. Jahrhunderts keine nennenswerten Standortvorteile aufwiesen. Auch in der „jüngsten“ Epoche der Globalisierung mit zunehmender internationaler Arbeitsteilung können sie kaum mithalten.

Aufgrund der überproportionalen Abwanderung der jungen und am besten ausgebildeten Bevölkerungsgruppe bleiben oft ältere Menschen zurück. In Folge dessen kommt es kaum zu einer dynamischen

oder innovativen Entwicklung von Gemeinden. Wenn gleichzeitig die Wirtschaftskraft schwächer wird und Umbrüche beziehungsweise Veränderungen zu bewältigen sind, können Probleme wie Umweltschäden oder soziale Missstände chronisch werden. Zusätzlich führen Rationalisierung und Globalisierung zu einem unaufhaltsamen Rückgang lokaler Betriebe. Damit gehen auch der Verlust regionaler Besonderheiten und Eigenschaften sowie die regionale Identität verloren. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 12)

5.1.1 Mögliche Gegenmaßnahmen – regional, biologisch, authentisch, entschleunigt

Eine Grundlage, damit kleine und mittelgroße Städte überhaupt bestehen können, ist ein gesellschaftlich-politischer Konsens für den Erhalt ihrer vielfältigen Strukturen und Funktionen. Zudem müssen die betroffenen Städte stets bemüht bleiben, ihre relative Eigenständigkeit zu wahren und weiter zu entwickeln beziehungsweise versuchen, ihre Innovationsfähigkeit langfristig zu sichern. Es soll zudem eine Komplementarität von Stadt und Land entstehen, welche sich laut PERLIK (1999) in einer flächenhaften Bewirtschaftung widerspiegelt. Monofunktionale Nutzungen, hohe räumliche Wertschöpfungsunterschiede sowie eine punktuell immer stärker polarisierte Raumnutzung sind dem Nachhaltigkeitsgedanken nicht zuträglich. (vgl. PERLIK, 1999: 24)

Grundsätzlich wird der Globalisierungsprozess samt all seinen Konsequenzen in den unterschiedlichen Teilen der Welt verschiedenartig angenommen – entweder akzeptiert, modifiziert oder abgelehnt. Laut KNOX und MAYER (2009) hat ein wachsendes Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Lebensqualität die Konsumenten zu wichtigen Trägern des Wandels gemacht. Marktforscher haben diesen Trend erkannt und die betroffenen Personen zu einer Gruppe mit dem Namen LOHAS identifiziert.

„LOHAS steht für „Lifestyle Of Health And Sustainability“ und wird denjenigen zugeschrieben, die aufgrund sozialer und kultureller Werte bewusste Einkaufs- und Investitionsentscheidungen treffen. Ihr Interesse erschließt sich auf die verschiedensten Produkte auf dem Markt. Hierzu gehören beispielsweise ökologische Baumaterialien und Energiesysteme, alternative Medizin, Fitnessprodukte, Biolebensmittel, Mittel zur Persönlichkeitsentwicklung, Öko-Tourismus, sozial verantwortliche Investitionen und „grüne Aktien“.“

(KNOX und MAYER, 2009: 29)

Auch einige Projekte, die im Zuge der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ durchgeführt wurden, bestätigen solche Trends. Hierzu zählen zum Beispiel die Errichtung von alternativen Energieanlagen oder die vermehrte Nutzung und Befürwortung zum Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

Trotz der genannten Probleme, von denen manche der Kleinstädte betroffen sein können, ziehen diese weiterhin Menschen und Investitionen an. In den meisten hochverstäderten Regionen der entwickelten Welt wandern Arbeitsplätze als auch Haushalte aus Großstadtregionen in Kleinstädte ab. Der Grund hierfür ist die seit den 1970er Jahren verbesserte ländliche Infrastruktur und Wasserversorgung, sowohl inner- als auch auöeralpin.

Auch für Unternehmen und Einzelpersonen sind Kleinstädte und ländliche Räume gleichermaßen attraktiv. Dies beruht auf zweierlei Gründen: der Reorganisation und der Dezentralisierung von Unternehmen. Neben der verbesserten Infrastruktur und Erreichbarkeit gab es in peripheren Gebieten vergleichsweise günstiges Land sowie flexiblere Arbeitskräfte als in den Großstädten.

Ein weiteres Potential von Kleinstädten ist oftmals die Attraktivität für PensionistInnen, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen und auf der Suche nach einem alternativen Lebensstil in kleinstädtischen Ferien- oder Kurorten ihren Lebensabend verbringen wollen. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 12)

Zusammenfassend geht es hier also um das Erkennen von Vielfalt und Potential von Kleinstädten und den richtigen Umgang damit. Auch die Alpenstädte können hier aufwarten, da sie oft besondere Qualitäten besitzen, welche aber zumeist unterschätzt oder gar unentdeckt bleiben.

Bad Aussee (AUT), „Alpenstadt des Jahres 2010“ liegt beispielsweise in der äußerst attraktiven Landschaft des österreichischen Salzkammerguts, Sonthofen (D), „Alpenstadt des Jahres 2005“ und Brig-Glis (CH), „Alpenstadt des Jahres 2008“ zeichnen sich beide durch ihre besonders hochwertige Luftqualität aus.

5.2 Städte im Alpenraum

Aus wissenschaftlicher Sicht ist die „alpine Stadt“ ein relativ unerforschtes Gebiet. Die Disziplin der „Stadtgeographie“ befasst sich hauptsächlich mit Großstädten, da größere Agglomerationsräume eine besondere Dynamik aufweisen und daher ein spannendes Betätigungsfeld sein können. Mittlerweile sind die Klein- und Mittelstädte des Alpenbogens jedoch sehr wohl in das Zentrum des Interesses gerückt, da sie aufgrund einer Vielzahl an Besonderheiten es allemal wert sind, spezifisch untersucht und erforscht zu werden. (vgl. BORSDORF und PAAL, 2000: 9ff)

Von Millionenmetropolen bis hin zu Agglomerationsräumen von mehreren hunderttausend Bewohnern, unterliegen auch die Alpenstädte einem fortlaufenden Wandel. Neue Technologien und die Wirksamkeit globaler Leitbilder und Wirtschaftsprozesse haben das oftmals traditionelle Bild alpiner Städte geprägt und stark verändert.

„Diese Veränderungen sind äußerst vielfältiger Natur und reichen von raumfremden Baumaterialien, Gebäuden in „Allerweltsarchitektur“ bis hin zum Einzug fremdartiger Pflanzen in öffentlichen Parks und privaten Gärten.“

(zit. nach WERLEN, 1995)

Manfred PERLIK (1999) hält zudem fest, dass alpine Städte vor denselben Problemen und Herausforderungen stehen wie außeralpine Städte. Globalisierung und Rationalisierung sind beiderseits verantwortlich für eine zunehmende Zentralisierung, welche eine Schwächung von kleineren bis mittleren Städten mit sich bringt. Er betont demnach, dass eine Ausweitung der gesamten Alpenstadt-Thematik auf vergleichbare europäische Städte und Regionen eher zu einer Lösung führt, als eine solistische Sichtweise. Soll eine Wiederaufwertung peripherer Regionen gegenüber den Städten stattfinden, bedarf es zwangsläufig Innovationsdynamiken, wie sie eher in urbanen Milieus vorkommen. (vgl. PERLIK, 1999: 24)

All diese Tatsachen betrachtend verwundert es umso mehr, dass den alpinen Städten forschungstechnisch gesehen so wenig Beachtung geschenkt wurde, sind sie doch ein wichtiger Fremdenverkehrsraum und die oft idyllischen Vorstellungen der Touristen decken sich kaum noch mit der Realität.

In ihrem Forschungsbericht des Instituts für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bemerken BORSDORF und PAAL (2000) einleitend:

„Eines der auffälligsten Merkmale der Alpenstädte ist ihre Lage im ohnehin limitierten Dauersiedlungsraum des Hochgebirges. Siedlungsexpansion und Suburbanisierung treffen im Gegensatz zum Stadtwachstum in flacheren Regionen auf völlig andere naturräumliche Gegebenheiten. Die Entwicklung der Kulturlandschaft wird hier besonders stark durch den Naturraum determiniert.“

(BORSDORF und PAAL, 2000: 10)

Mit diesem Zitat wird eine der Kernfragen der vorliegenden Arbeit bekräftigt, nämlich ob und wie eine sinnvolle und nachhaltige Entwicklung der Städte in den Alpen möglich ist. Antworten und Handlungsanweisungen dazu folgen in Kapitel 9.

5.2.1 Entweder Alpen oder Stadt?

Nach eingehender Beschäftigung mit dem Alpenraum auf der einen, sowie stadtgeographischen Aspekten auf der anderen Seite liegt irgendwann die Frage nahe, ob diese beiden Phänomene überhaupt miteinander zu vereinbaren sind. Ein wichtiger Aspekt bei der Betrachtung alpiner Städte ist nämlich die Tatsache, dass sie von vielen Seiten gar nicht als „städtisch“ wahrgenommen werden. Die „Stadt“

kommt auch im Vertragswerk der Alpenkonvention (vgl. Kap. 6) nicht vor, noch ist sie ein zentrales Thema bei den diversen alpinen Umweltschutzorganisationen.

Im Journal of Alpine Research (2010) werden diesbezüglich einige signifikante Dichotomien hervorgehoben, die einen wesentlichen und vorwiegend negativen Einfluss auf die Städte im Alpenraum beziehungsweise ihr Image hatten. Beispielsweise stehen die beiden Adjektive „urban“ und „alpin“ in den Köpfen vieler Menschen in einem krassen Widerspruch zueinander. Das eine gesehen als hektisch und verschmutzt aber mit viel menschlicher Kreativität im Hintergrund und das andere als friedvoll, traditionell und auf Freizeit ausgerichtet. Zu wenig wurde dieser Blickwinkel bisher verändert, auch die Begriffe „Beständigkeit“ und „Veränderung“ werden allzu oft schubladenhaft zugewiesen, das Land als gefestigt und unveränderlich, die Stadt als dynamisch und veränderbar. Auch „Dominanz“ und „Abhängigkeit“ werden den beiden Typen gerne zugeordnet, wobei eindeutig die Stadt mit der wirtschaftlich stärkeren Position immer über der sie umgebenden Region steht.

BÄTZING (2005) beschreibt überhaupt ein Verschwinden der Räume und eine Auflösung von Stadt und Land. Sei es aufgrund neuer Verkehrsmittel oder dem Internet – die Distanz zwischen zwei Orten werde immer geringer und der Globalisierungsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft führe zu einer Auflösung aller Grenzen sowie zu einer „Enträumlichung“ der Welt:

„Wir leben nicht mehr an einem Ort, sondern in Programmsegmenten der virtuellen Welt und sind jetzt immer und überall erreichbar, ohne irgendwo konkret da sein zu müssen.“

(BÄTZING, 2005: 199)

Dieses „Verschwinden des Raumes“ ist laut ihm ein äußerst komplexes Phänomen. Einerseits findet nämlich eine Homogenisierung des Raumes statt und die Distanzen werden tatsächlich radikal verkürzt, andererseits entstehen genau dadurch wiederum neue räumliche Disparitäten und qualitative Unterschiede zwischen Orten werden noch mehr betont und bewertet.

„Es verschwindet nicht „der Raum“, sondern lediglich die Raumstruktur der Industriegesellschaft mit ihren klaren Grenzen zwischen Stadt und Land (...).“

(BÄTZING, 2005: 220)

Es wird zudem von allen Seiten nur zögerlich anerkannt, dass Alpenstädte viele Eigenschaften mit außeralpinen Städten gemeinsam haben, welche in der Vergangenheit aber kaum beachtet oder herausgearbeitet wurden. Oftmals sollen Städte die Probleme ihres Umlandes lösen und sehen sich in diesem selbst eher als „Fremdkörper“ inmitten eines ländlichen Umfelds, was auf die oben beschriebene Dicho-

tomie weist. Es muss stets ein Mittelweg angestrebt werden, bei dem die Alpenstädte nicht nur auf ihr ländliches Hinterland reduziert werden dürfen, sondern eine vorausschauende Stadtentwicklung unter Einbezug des alpinen Elements betrieben werden kann. (vgl. KÜBLER und PERLIK, 1998: 82)

Die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ soll diese Lücke schließen und das „Städtische“ im Alpenraum konkretisieren und ihm sozusagen eine Stimme geben. Es ist auch vollkommen unerheblich, ob Regionen ländlich geprägt oder stark verstädtert sind, ob die Geschichte rückblickend betrachtet wird oder eher künftige Entwicklungen im Zentrum stehen. Fakt ist, dass die alpinen Städte eine große Rolle in der Nachhaltigkeitsdebatte spielen und es ist notwendig, dass diese Tatsache sowohl von politischen Akteuren als auch von der Bevölkerung anerkannt wird.

5.2.2 Beispiele aus der alpinen Stadtplanung

Kleinstädten, die historisch stark in der Landwirtschaft verwurzelt sind, steht oft eine ungewisse Zukunft bevor, da ihre traditionell geprägte Ausrichtung nicht mehr in das veränderte Wirtschaftssystem passt. Solche Städte müssen Mittel und Wege finden, ihr soziales und ökonomisches Überleben zu gewährleisten, während sie gleichzeitig auch die Umwelt nachhaltig schützen müssen. Ein weiteres Erfolgsrezept für eine nachhaltige Entwicklung von Kleinstädten liegt laut KNOX und MAYER (2009) in der Konzeption einer ökologisch sensiblen Raumplanung.

Eine strategisch durchdachte Planung trägt entscheidend zur Nachhaltigkeit von Kleinstädten bei, da sie Orte ästhetisch oder funktional aufwerten und somit Identität und Lebensqualität im Ort selbst steigern kann. Sowohl Planer als auch politische Akteure in Kleinstädten müssen der unkontrollierten Zersiedelung auf der „grünen Wiese“ entgegenwirken. Städte, die zu schrumpfen drohen sollten Vorgehensweisen entwickeln, um ihre Baulücken zu schließen und durch Umnutzungen ihre Stadtzentren lebendig erhalten. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 62; 87)

Villach, „Alpenstadt der Jahre 1997/1998“ hat beispielsweise in seinem Stadtentwicklungskonzept einige Grundsätze festgehalten, welche den angesprochenen Problemen entgegenwirken sollen. Der Flächenverbrauch sollte stets auf ein Minimum reduziert und mittels einer sozialen Durchmischung von Wohnen und Arbeiten den Entwicklungstendenzen entgegen gewirkt werden. Ein wesentlicher Schritt der Stadt in diesem Zusammenhang war die Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten von einem Großteil des Stadtgebiets. (vgl. PERLIK und KÜBLER, 1998: 20)

Stadtplanung bedeutet jedoch nicht nur Form und Formgebung, sondern umfasst auch das Stadtbild, den Kontext und die Möglichkeit, soziales Miteinander und Dynamiken zu fördern. Beliebte und belebte Orte bieten viele Gelegenheiten zu ungezwungenen Treffen, man nennt sie auch „dritte Orte“. Zu ihnen zählen beispielsweise Straßenmärkte und andere Plätze zum Verweilen, Warten und Beobachten. Sie

alle vermitteln das Gefühl von Identität, Zugehörigkeit, Authentizität und Dynamik. Viele Kleinstädte haben den Vorteil, all diese Qualitäten aufgrund ihres Bestehens als Marktstädte seit dem Mittelalter bereits zu besitzen und somit gilt für die heutige Stadtplanung, diese besonderen ererbten Eigenschaften und Vorzüge zu schützen und zu nützen, bestenfalls zu verstärken. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 94) Ein geeignetes Beispiel an dieser Stelle ist die französische Stadt Gap, „Alpenstadt des Jahres 2002“. Das aktuelle Stadtbild der Innenstadt entspricht noch annäherungsweise dem des Mittelalters, auch das Rathaus aus dem 18. Jahrhundert und die Kathedrale aus dem 19. Jahrhundert sind unter Denkmalschutz gestellt. Dies verleiht der Kleinstadt ihr besonderes Flair und im Zuge des Alpenstadtjahres wurde auf Schutz, Erhalt und Aufwertung dieser historischen Besonderheiten viel Wert gelegt.

Auch Villach hat 2005 drei Naturdenkmäler mitten in der Stadt ausgewiesen und damit unter Schutz gestellt. Unterschiedliche Pflegekonzepte, Untersuchungen und Maßnahmen wurden ausgearbeitet und umgesetzt, um neben dem derzeitigen Schutzstatus weitere nachhaltige Verbesserungen betreffend Artenreichtum und Lebensqualität in diesen Gebieten, also mitten in der Stadt Villach, erzielen zu können. (<http://www.alpenstaedte.org/de/infoservice/downloads/handbuch-de>)

5.3 Fazit - Alpine Städte zwischen lokaler Verankerung und globaler Vernetzung

Mit dem Einsetzen der Globalisierung ab Mitte der 1970er Jahre kommt es im Alpenraum zu erheblich veränderten Rahmenbedingungen, die auch an den Alpenstädten nicht spurlos vorübergehen.

BÄTZING (2010) sieht bei der Betrachtung der Alpenstädte tendenziell einen Strukturwandel von „Zentralen Orten“ hin zu Vorstädten europäischer Metropolen, welche mit der Zeit ihre Eigenständigkeit als Versorgungszentren für ihre alpinen Einzugsbereiche verlieren könnten. In weiterer Folge würden sie Teil der großstädtischen Metropolen werden, deren Zentren sich jedoch außerhalb des Alpenbogens befinden.

„Urbanisierte Räume verlieren dabei sowohl formal und funktional ihren Charakter, auch der Charakter der „alpinen Stadt“ droht damit verloren zu gehen. Stattdessen prägen überregionale und globalisierte Trends zunehmend nicht nur die Architektur- und Städtebaustile, sondern auch die Lebensstile der Bevölkerung und die ökonomische Struktur und Funktion.“

(PSENNER und LACKNER, 2006: 84)

Genau dieser Problematik versucht die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ mit ihren fünf Zielen (vgl. Kap. 7.5) entgegenzuwirken, allen voran mit der Herausbildung und Stärkung der eigenen „Alpenidentität“.

Grundsätzlich unterscheiden sich die genannten Entwicklungen wenig von denen anderer ländlicher Räume Europas. Ländliche Gebiete erfahren überall eine Entwertung, es kommt zu einer peripheren Verstädterung, da sich die Bevölkerung verstärkt auf die Regionalstädte im ländlichen Raum zu konzentrieren beginnt. (vgl. BÄTZING, 2010)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Stadtentwicklung immer im regionalen Kontext betrachtet und gehandhabt werden muss. Es sind nicht allein die Städte, welche miteinander in Beziehung oder Konkurrenz stehen, sondern stets auch ihr Umland beziehungsweise die sie umgebenden Regionen. (vgl. KÜBLER und PERLIK, 1998: 138)

6. Die Alpenkonvention

Die Alpenkonvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen acht Alpenstaaten mit dem Ziel, den Alpenraum zu schützen und eine nachhaltige Entwicklung langfristig zu gewährleisten.

Im folgenden Abschnitt werden einige Aspekte bezüglich Entwicklung, Inhalte und Organisation der Alpenkonvention aufgezeigt, die zum besseren Verständnis dieses Vertrages beitragen sollen.

6.1 Anwendungsbereich

Der geographische Anwendungsbereich der Alpenkonvention erstreckt sich über die Länder Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Italien, Slowenien und Monaco. Als zusätzlicher Vertragspartner kommt überdies noch die Europäische Union hinzu.

Die nachstehende Tabelle zeigt die prozentuellen Anteile der Alpenstaaten sowohl an der Fläche als auch der Bevölkerung des gesamten Einzugsgebietes der Alpenkonvention.

Land	Fläche der AK	Bevölkerung im EZG der AK
	190 568 km ²	13,9 Mio.
	% - Anteil im Anwendungsgebiet	
Italien	26,90%	30,20%
Österreich	28,70%	23,30%
Frankreich	21,40%	7,60%
Schweiz	13,00%	13,10%
Deutschland	5,80%	10,60%
Slowenien	4,10%	4,70%
Monaco	0,001%	0,20%
Liechtenstein	0,08%	0,20%

Tabelle 1: Flächen- und Bevölkerungsanteil im Einzugsgebiet der Alpenkonvention

(Quelle: Alpenzustandsbericht 2007)

Die folgende Karte bildet den gesamten Alpenbogen mit dem rot umrahmten Anwendungsbereich der Alpenkonvention ab.

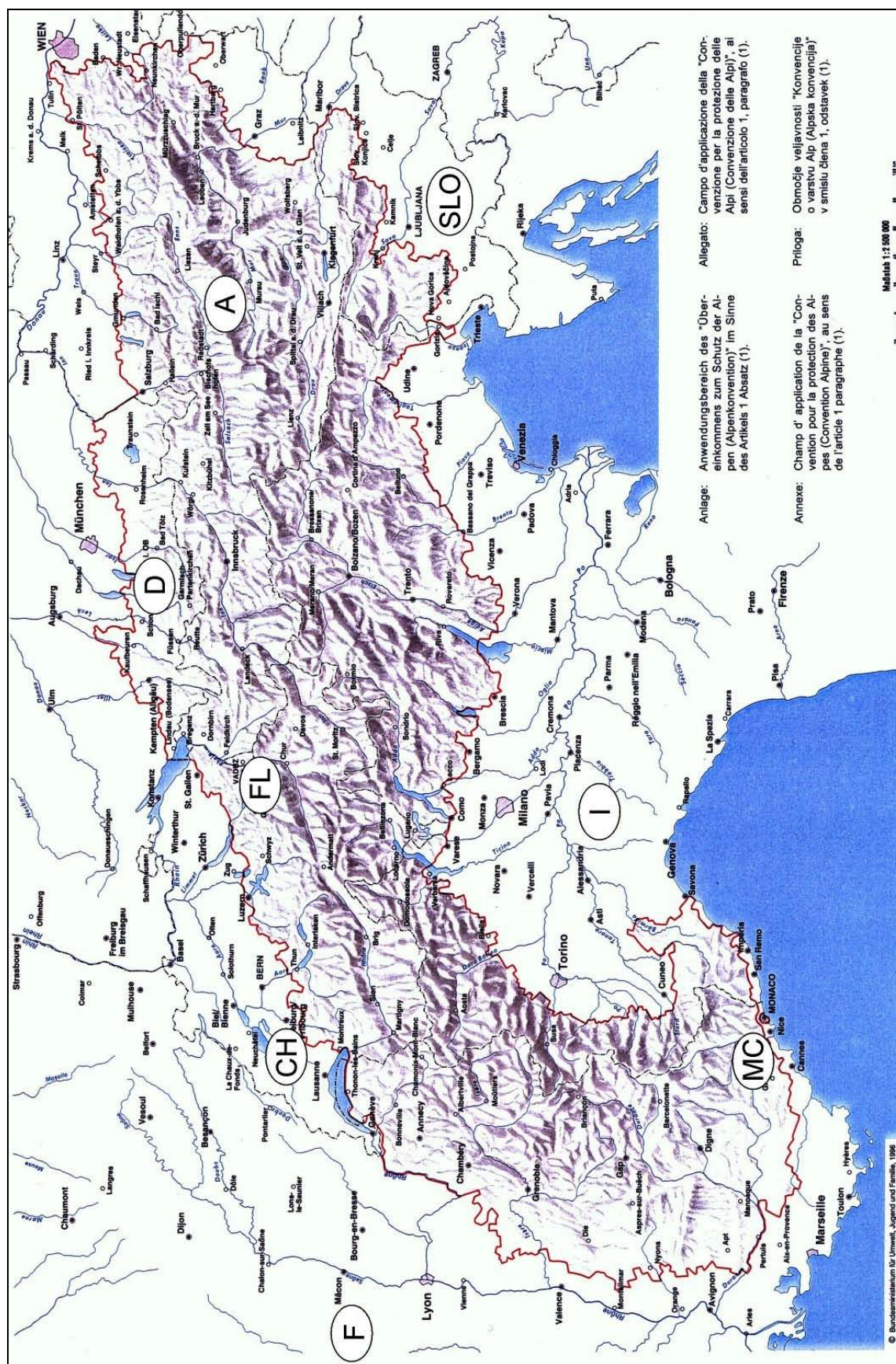


Abb. 2: Alpenbogen mit dem Einzugsgebiet der Alpenkonvention

(Quelle: <http://www.alpenverein.at/naturschutz/Alpenkonvention/img/alpenkonventionsabgrenzung.jpg>)

6.2 Politische Rahmenbedingungen

Aufgrund der kulturellen Vielfalt sowie der sehr unterschiedlich abgelaufenen Strukturwandelprozesse der Alpen nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in den einzelnen Staaten sehr verschiedene politische Strukturen herauskristallisiert. (vgl. BÄTZING, 2003: 299ff)

Österreich, Deutschland und die Schweiz zählen zu den **föderalistischen Staaten**. Ihnen ist gemein, dass ihre peripheren Regionen vergleichsweise gut in die staatliche Entwicklung integriert und die öffentlichen Infrastrukturen den spezifischen Anforderungen und Problemen im Alpenraum gut angepasst sind.

Frankreich und Italien sind **zentralistische Staaten**, die ihre zentralistischen Strukturen in den 1970er Jahren mittels „Dezentralisierung“ beziehungsweise „Regionalisierung“ abschwächen konnten, sich jedoch immer noch maßgeblich von föderalistischen Staaten unterscheiden. Dieser Zentralismus manifestiert sich bis heute vor allem in den Mentalitäten, welche eine systematische Bevorteilung der Hauptstädte Paris und Rom beziehungsweise der Hauptstadtregionen und eine Benachteiligung aller übrigen Gebiete mit sich bringt. In peripheren Regionen führt dieser Umstand zu einer unzureichenden Infrastrukturausstattung sowie einer Benachteiligung sprachlicher und ethnischer Minderheiten.

Slowenien bildet mit den tiefgreifendsten politischen Veränderungen im Alpenraum des 20. Jahrhunderts einen **Sonderfall**. Bis 1919 gehörten die slowenischen Alpen zum Habsburger Reich, von 1919 bis 1945 zum Königreich Jugoslawien, nach 1945 zur Sozialistischen Republik Jugoslawien und ab 1989 zur Republik Slowenien. Bis zum Jahre 1919 verlief die Entwicklung somit nach österreichischem Muster, in weiterer Folge und vor allem nach dem zweiten Weltkrieg kam es jedoch zu einer signifikanten Kursänderung. Die touristische Entwicklung wurde vollends blockiert und die slowenischen Alpen dezentral-flächenhaft industrialisiert. Zwar endete diese Entwicklungslinie im Jahr 1989, aber noch heute wird eine nachhaltige Entwicklung beeinträchtigt oder gar behindert, da aufgrund der lang anhaltenden sozialistischen Entwicklung langjährige Traditionen abrissen beziehungsweise die slowenische Landbevölkerung über wenig Grundbesitz und Eigentum verfügt. (BÄTZING, 2003: 304)

Zwei weitere Mitglieder des völkerrechtlichen Vertrages der Alpenkonvention sind die **Zwergstaaten** Liechtenstein und Monaco.

„Die beiden Fürstentümer Liechtenstein und Monaco werden oft als Zwergstaaten bezeichnet, besitzen in Europa aber erhebliche Bedeutung, die weit über ihre Größe hinaus geht.“

(BÄTZING, 2003: 305)

Aufgrund spezifischer Rahmenbedingungen sind sie in der Lage, bestimmte europäische Wirtschaftsfunktionen an sich zu ziehen und somit als neutrale Vermittler zwischen den „großen“ Staaten erheblichen politischen Einfluss zu besitzen. Dies gilt somit auch für die Alpenpolitik und die Alpenkonvention. (vgl. BÄTZING, 2003: 305)

6.2.1 Die Rolle der Europäischen Union

Die Europäische Union verhält sich in Bezug zur Alpenkonvention eher zurückhaltend, obwohl viele EU-Politikbereiche von der Alpenkonvention betroffen sind. Sie nimmt an keinerlei Alpenkonventionsgremien teil und hat seit 1994 kein Durchführungsprotokoll mehr unterzeichnet, was die Protokolle Verkehr, Bergwald, Tourismus, Energie und Bodenschutz betrifft. Zwar betont die Kommission die Bedeutung der Alpenkonvention, erklärt aber die mangelnde aktive Beteiligung mit knappen Ressourcen und dem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip sowie eine begrenzte Gemeinschaftszuständigkeit in vielen der Alpenkonvention unterliegenden Bereichen. Weiters wird hervorgehoben, dass einige in der Alpenkonvention angepeilten Ziele bereits in verschiedensten Formen zur Umsetzung gebracht werden, wie etwa der Habitat- und Vogelschutzrichtlinie. (vgl. NORER, 2002: 29)

Kommt es auf Staatsebene zu einem Konflikt zwischen der völkerrechtlich gebotenen Maßnahme der Alpenkonvention und EG-Recht, liegt ein Kollisionsfall zwischen Völkerrecht und supranationalem Recht vor. Die Alpenkonvention siegt, jedoch nur in jenen Ländern, wo die einzelnen Protokolle ratifiziert sind. In den übrigen zählt die Konvention nicht, obwohl sie als internationaler rechtlicher Vertrag von allen ratifiziert worden ist.

6.3 Historischer Abriss

Die erste Konferenz der Alpenstaaten erfolgte von 9. bis 11. Oktober 1989, wo die Minister ein Abkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen ausarbeiteten. Dieses Dokument, als „Alpenkonvention“ bezeichnet, wurde am 7. November 1991 in Salzburg von Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz sowie der Europäischen Union unterzeichnet. Wenig später folgten Slowenien und das Fürstentum Monaco.

Die Konvention trat am 6. März 1995 in Kraft und ist weltweit das erste völkerrechtlich verbindliche Übereinkommen zum Schutz einer Bergregion. Sie dient mittlerweile auch als Vorbild für die inzwischen gegründete Karpatenkonvention. Es blicken zudem auch verschiedene andere Gebiete weltweit mit Interesse auf die Alpenkonvention und ihre Erfahrungen, wie etwa der Kaukasus, Zentralasien oder die Anden. (www.alpenkonvention.org)

6.4 Wozu eine Alpenkonvention?

Die nicht mehr zu leugnende Klimaerwärmung sowie die immer größer werdende Bedrohung der Artenvielfalt haben Landschafts- und Naturschutzgesetze der europäischen Staaten innerhalb der letzten Jahre stark verschärft. Man könnte sich demnach die Frage stellen, wozu eine Alpenkonvention überhaupt gut sei, beziehungsweise ob auf Staatenebene nicht schon genug unternommen wird.

Etwas zynisch formuliert haben die Alpen aus Sicht der europäischen Staaten vor allem drei Zwecke: Sie sind Wasserschloss, Durchhaus und Dachgarten Europas. Sie liefern genügend Strom für den Verbraucher sowie Trinkwasser in höchster Qualität, sind aufgrund ihrer Lage in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen für den Transitverkehr durchlässig und dienen nicht zuletzt Millionen Menschen als Freizeit- und Erholungsraum. Aber nicht nur in diesen drei Bereichen werden die Alpen der Exploitation preisgegeben, ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Natur und der dort ansässigen Bevölkerung. Jahrzehnte lang hat niemand danach gefragt, ob die stattfindende Nutzung nachhaltig sei, bis sich nach und nach Umweltschäden zeigten beziehungsweise Umweltkatastrophen ereigneten, die nicht mehr übersehen werden konnten.

Die ökologische Forschung hat längst nachgewiesen, dass die Ökosysteme der Erde mit zunehmender Höhe fragiler werden und dass selbst in optimalen Lagen die Reproduktionsfähigkeit der Natur begrenzt ist. Kenner dieser Situation sowie die in den Alpen ansässigen Bewohner verlangen daher eine Nutzung nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, vor allem unter dem wachsenden Nachdruck, dass sich Naturkatastrophen häufen und die ökologischen Gleichgewichte immer mehr gestört werden. (vgl. FRANZ, 1994: 5)

Nach BÄTZING (2003) haben sich die Alpen unter dem Konventionsvertrag auf politischer Ebene als gemeinsamer Raum in Europa konstituiert. Sie müssen einheitlich und gemeinsam auftreten um nicht als bloßer Ergänzungsraum angesehen und behandelt zu werden und weiters klarstellen, dass europaweite, homogene Nutzungsrichtlinien für den Alpenraum ungeeignet sind und daher modifiziert werden müssen. Am auffälligsten ist dies beim Transitverkehr (vgl. Kap. 6.8). (vgl. BÄTZING, 2003: 340)

Es ist von größter Bedeutung, dass die Alpenregionen ihre Interessen langfristig und effizient umsetzen können. Dies wird am besten gelingen, wenn sie gemeinsame Wege innerhalb des Alpenraumes beschreiten anstatt individuelle Wege zu gehen und sich enger mit benachbarten Großstädten zusammenzuschließen. Befinden sich die einzelnen Regionen in einem Konkurrenzverhältnis, haben externe, monofunktionale Interessenten oftmals leichtes Spiel, dies geschah beispielsweise bei der Auswahl von Wasserkraftstandorten, aber auch im Bereich Verkehr. Die Konkurrenz zwischen Tirol, welches stets

einen forcierten Autobahnbau betrieb und der Schweiz, welche bevorzugt in den Bahnverkehr investierte, machten eine vernünftige und gemeinsame Stärke in punkto transpolitische Strategien unmöglich.

Sollte es jedoch gelingen, bei solch regions- und länderübergreifender Diskrepanzen eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und diese auch entschlossen nach außen hin zu vertreten, sind laut BÄTZING (2003) die Durchsetzungschancen recht gut, da die Alpen in vielen Bereichen eine Art Monopolposition in Europa besitzen. Hier kommt wiederum die Alpenkonvention ins Spiel, welche dafür Sorge zu tragen hat, dass ein Aufbau von gemeinsamen Positionen stattfinden und in ganz Europa vertreten werden kann. BÄTZING (2003) betont allerdings auch, dass keineswegs eine Art „Alpenstaat“ errichtet werden soll, da dies dem angestrebten Ziel nicht angemessen wäre und zudem eine Art „Abschottung“ hervorrufen könnte, was zur eigentlichen Idee kontraproduktiv wäre.

Es braucht demnach ein gemeinsames politisches Auftreten aller Mitglieder, da auf diese Art und Weise mehr erreicht werden kann als im Alleingang und genau an diesem Punkt soll die Alpenkonvention ansetzen. Als völkerrechtliche Rahmenvereinbarung hat sie es sich zum Ziel gesetzt, die Alpen als sozial und ökologisch höchst sensiblen Raum zu schützen und für die ansässige Bevölkerung lebenswert zu gestalten sowie gleichsam für nachfolgende Generationen zu erhalten.

Laut BÄTZING (2003) sind die inneralpinen Verhältnisse allerdings so unterschiedlich, dass gleiche Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Zielsetzungen negative Auswirkungen hätten oder aber so allgemein bleiben müssten, dass sie vollkommen unverbindlichen Charakter hätten. Dies bedeutet, dass neben der Einheitlichkeit nach außen die Alpenpolitik im Inneren durch räumlich unterschiedliche Zielsetzungen ausdifferenziert werden sollte, wobei sich die beiden Ebenen komplementär ergänzen müssen. Wie bereits in Kapitel 4.5 erläutert, sind die angemessenen räumlichen Ebenen in „Regionen“ beziehungsweise „Regionstypen“ unterteilt, Maßnahmen und Leitbilder haben demnach nur eine Chance, wenn sie ausdifferenziert und „regionsspezifisch“ umgesetzt werden. (vgl. BÄTZING, 2003: 342)

Mit der Verabschiedung der Alpenkonvention betraten die acht Alpenstaaten damals Neuland, da bislang Raumentwicklung und Raumordnung auf nationaler Ebene geregelt waren. Vor allem in den 1990er Jahren wurde klar, dass eine Regionalpolitik, die an den Landesgrenzen halt macht, für einen Gebirgsraum in seiner spezifischen ökologischen Situation und seiner eigenen Regionalökonomie nicht angemessen ist. (vgl. BORSDORF und LANGE, 2006: 21)

Die geeignete politische Handlungsebene laut Agenda 21 ist die Gemeinde. Sie ist am ehesten befähigt, die Protokolle der Alpenkonvention umzusetzen, denn auf kommunaler Ebene lassen sich Sachprobleme

in konkreter Form benennen und speziell angepasste Lösungsansätze den äußeren Umständen entsprechend finden und entwickeln. (vgl. PERLIK und KÜBLER, 1998: 82)

Die Alpenkonvention versucht einen moderaten Handlungsrahmen zu offerieren, innerhalb dessen allen Anrainerstaaten der Alpen auf gemeinsamer Basis eine individuell erwünschte Entwicklung ermöglicht wird.

6.5 Die Umsetzungsschienen der Alpenkonvention

Die Schaffung und Unterstützung von alpenspezifischen Netzwerken ist sehr wichtig für die erfolgreiche Umsetzung der Alpenkonvention. Für die Realisierung dieser Ziele und Maßnahmen haben sich eine Reihe wichtiger Aktivitäten herausgebildet, die die Umsetzung der in der Alpenkonvention und ihren Protokollen enthaltenen Verpflichtungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zum Ziel haben. Im Rahmen dieser Umsetzungsschienen sollen diverse Projekte für eine konkrete Realisierung sorgen.

Eine dieser Schienen ist das Netzwerk **„Allianz in den Alpen“**. Dieses Netzwerk besteht seit 1997 und ist ein Zusammenschluss von Regionen und über 270 Gemeinden aus 7 Staaten des Alpenraums. Die Mitglieder sind davon überzeugt, dass die Gemeinde die ideale Ebene für die Umsetzung nachhaltiger Projekte darstellt und sind stets bemüht, gemeinsam mit ihren BürgerInnen den alpinen Lebensraum zukunftsfähig zu entwickeln, "Austauschen – Anpacken – Umsetzen" ist dabei der Leitgedanke.

Einen weiteren Schritt in Richtung konkreter Umsetzung der Alpenkonvention ist das Netzwerk **„ALPARC“**, welches alle Kategorien von großflächigen Schutzgebieten im Einzugsgebiet der Alpenkonvention umfasst. Seit dem Jahr 1995 ermöglicht dieses Netzwerk einen intensiven Austausch zwischen den alpinen Nationalparks, Naturschutzgebieten, Biosphärenreservaten, Ruhezeiten und anderen Schutzformen, mit der Beteiligung von anderen Naturschutzeinrichtungen, lokalen Akteuren, der Bevölkerung und Wissenschaftlern. Zusammengefasst ist das Hauptziel von ALPARC die konkrete Umsetzung des Artikels "Naturschutz und Landschaftspflege" der Alpenkonvention.

Die folgende Abbildung zeigt diese Schutzgebiete im Alpenraum.

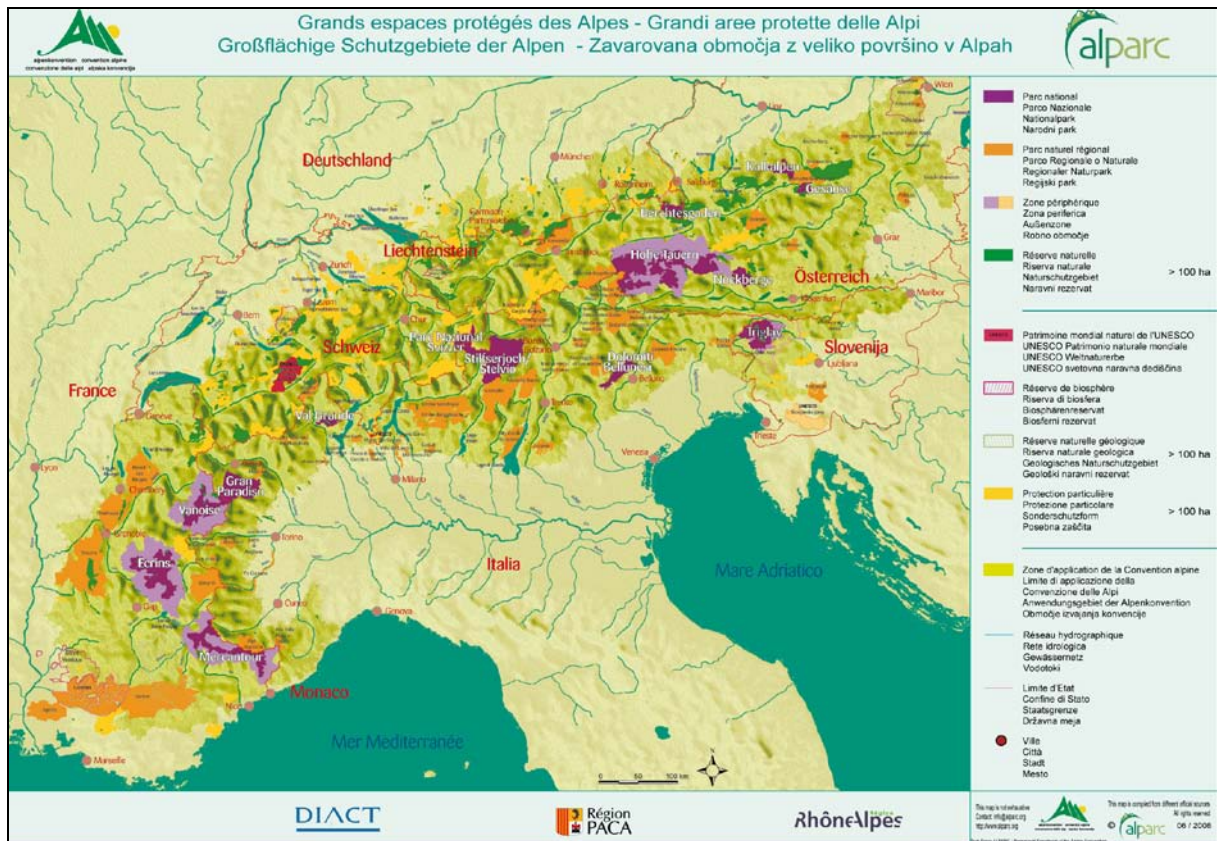


Abb. 3: Großflächige Schutzgebiete in den Alpen im Einzugsgebiet der Alpenkonvention

(Quelle: <http://de.alparc.org/>)

Die dritte Schiene für die Umsetzung der Alpenkonvention und Hauptuntersuchungsobjekt der vorliegenden Arbeit bildet die Initiative „**Alpenstadt des Jahres**“, welche in Kapitel 7 näher erläutert wird.

6.6 Interne Organisation der Alpenkonvention

→ Alpenkonferenz

Diese institutionalisierte Konferenz der Vertragsparteien findet alle zwei Jahre statt. Die zuständigen Umweltminister der Alpenstaaten kommen jeweils an einem anderen Tagungsort zusammen. Es werden Protokolle unterzeichnet, neue Protokolle erarbeitet und beschlossen, inhaltliche Veränderungen diskutiert sowie der Vorsitz der Alpenkonvention und politische Vorgaben festgelegt. Der Vorsitz eines Landes wechselt nach jeder ordentlichen Sitzung. Als externe Beobachter können auch UNO-Organisationen, der Europarat, Nichtregierungsorganisationen und jeder andere außeralpine europäische Staat teilnehmen.

→ Ständiger Ausschuss

Der Ständige Ausschuss ist das ausführende Organ der Alpenkonvention, bestehend aus hohen Beamtendelegationen der Vertragsparteien. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, Vorarbeiten

für die jährliche Alpenkonferenz zu leisten sowie Unterlagen zur Durchführung der Protokolle zu bewerten, auszuarbeiten und zu prüfen. Er ist zudem befugt, Arbeitsgruppen einzuberufen und zu delegieren.

→ *Ständiges Sekretariat*

Seit 2002 hat das Ständige Sekretariat seinen Sitz im Haus des Goldenen Dachls in Innsbruck mit einer Außenstelle in Bozen. Es fungiert als Stabstelle der Alpenkonferenz, des Ständigen Ausschusses, des Vorsitzes sowie der einzelnen Vertragsparteien und ist zuständig für Koordination, Information und Öffentlichkeitsarbeit. Das Sekretariat soll die Akteure in fachlichen, logistischen und administrativen Belangen bestmöglich unterstützen und als Vermittler zwischen den Mitgliedern dienen.

Die folgende Graphik zeigt den internen Aufbau der Alpenkonvention schematisch.

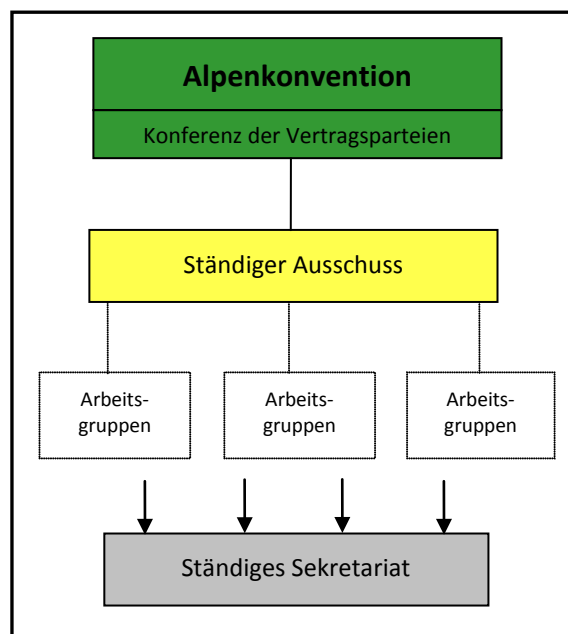


Abb. 4: Organisatorischer Aufbau der Alpenkonvention

(Quelle: VADEMECUM Alpenkonvention, 2002; eigene Bearbeitung)

6.7 Fachliche Inhalte

6.7.1 Rahmenkonvention

Da die Alpenkonvention ein äußerst komplexes Vertragswerk darstellt, werden die Ziele und Spielregeln in einem Rahmenvertrag festgelegt. Die Rahmenkonvention formuliert die Hauptziele und regelt die interne Organisation und Zusammenarbeit. Nach einer einleitenden Präambel, in der die Alpen als

„größter zusammenhängender Naturraum Europas sowie vielfältiger Natur-, Kultur-, Wirtschafts- und Erholungsraum“ bezeichnet wird, folgen 14 einzelne Artikel. In diesen werden Punkte wie Forschung, Zusammenarbeit und Organisation erläutert.

Die Rahmenkonvention ist am 06. März 1995 in Kraft getreten.

6.7.2 Durchführungsprotokolle

Sie bilden das Herzstück der Alpenkonvention und wurden in der Rahmenkonvention zur Durchführung einzelner Maßnahmen vereinbart. Auch als Ausführungs- oder Sachprotokolle bezeichnet, bestehen sie aus einer Präambel und fünf standardisierten, protokollspezifischen Abschnitten:

Kapitel I – Allgemeine Bestimmungen

Kapitel II – Spezifische Maßnahmen

Kapitel III – Forschung, Bildung und Information

Kapitel IV – Durchführung, Kontrolle und Bewertung

Kapitel V – Schlussbestimmungen

Die Erstellung der Protokolle erfolgt in zwei Phasen. Zuerst wird unter der Führung eines Alpenstaates eine internationale Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern von Verwaltungs- und Nichtregierungsorganisationen gebildet, welche einen Protokollentwurf produzieren. In Phase zwei wird dieser Entwurf allen Vertragspartnern vorgelegt und bei Abnahme auf der Alpenkonferenz von den Umweltministern unterschrieben. Nach Vollzug der Ratifizierung durch mindestens drei Staaten tritt das Protokoll, ein völkerrechtlicher Vertrag, in Kraft.

Grundsätzlich muss gesagt werden, dass die Konvention nur einen gemeinsamen Handlungsrahmen vorgibt. Den Vertragsparteien bleibt ein großer Handlungsspielraum, der den Ländern und Regionen bei der konkreten Ausgestaltung weitgehend freie Hand lässt. Die Einhaltung der Verpflichtungen ist juristisch kaum überprüfbar und die gewählten Formulierungen gelten laut NORER (2002) aufgrund ihrer Allgemeinheit und Unverbindlichkeit oft als „soft law“, zwar einem Gesetz, aber bei Nichteinhaltung sanktionslos. (vgl. NORER, 2002: 24)

Im folgenden Abschnitt sollen die einzelnen Protokolle und ihre Ziele inhaltlich kurz umrissen werden. (vgl. Vademecum Alpenkonvention, 2002)

Fachprotokoll Berglandwirtschaft

Das Protokoll Berglandwirtschaft bestimmt Maßnahmen auf internationaler Ebene, um eine standortgerechte und umweltverträgliche Berglandwirtschaft zu fördern und zu erhalten. Die Besiedelung der Ge-

biete soll aufrecht erhalten und eine nachhaltige Bewirtschaftung gewährleistet werden, vor allem durch die Erzeugung typischer Qualitätsprodukte zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Abgesehen davon sollen weitere Vorkehrungen und Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren getroffen werden, damit Schönheit und Erholungswert der Natur- und Kulturlandschaft im Alpenraum dauerhaft anerkannt und gewährleistet wird.

Fachprotokoll Bergwald

Ziel des Bergwald-Protokolls ist die Erhaltung des Bergwaldes als naturnahen Lebensraum und diesen erforderlichenfalls zu entwickeln, zu vermehren oder seine Stabilität zu verbessern. Hierzu ist laut Alpenkonvention eine pflegliche, naturnahe und nachhaltig betriebene Berglandwirtschaft erforderlich. Die Vertragsparteien verpflichten sich laut diesem Protokoll unter anderem dafür Sorge zu tragen, dass natürliche Waldverjüngungsverfahren angewendet werden, ein gut strukturierter und stufiger Bestandsaufbau mit standortgerechten Baumarten durchgeführt wird sowie Bodenerosionen und -verdichtungen durch schonende Verfahren vermieden werden.

Fachprotokoll Bodenschutz

In diesem Fachprotokoll geht es primär um die Anerkennung sowohl der natürlichen wie auch der natur- und kulturgeschichtlichen Funktionen des Bodens. Besonders die ökologischen Bodenfunktionen sollen als wesentlicher Bestandteil des Naturhaushaltes langfristig qualitativ und quantitativ sichergestellt und erhalten werden. Des Weiteren ist eine Wiederherstellung bereits beeinträchtigter Böden anzustreben. Voraussetzung hierfür sind beispielsweise eine standortgerechte Bodennutzung, ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Flächen sowie eine Minimierung der Einträge bodenbelastender Stoffe. Vor allem die im Alpenraum typische Vielfalt der Böden und charakteristische Standorte sollen bewahrt und gefördert werden.

Fachprotokoll Energie

Dem Vertragsprotokoll Energie entsprechend verpflichten sich die Parteien, im räumlichen Bereich der Alpenkonvention passende Rahmenbedingungen zu schaffen und konkrete Maßnahmen zu setzen um eine dem Alpenraum zuträgliche Entwicklung zu gestalten. Es sollen energiebedingte Umweltbelastungen durch eine Optimierung der Energiedienstleistungen für die Endverbraucher vermieden werden. Dies bedeutet eine Harmonisierung der energiewirtschaftlichen Planung mit der allgemeinen Raumplanung in den Alpen, was dieses Protokoll und die gesamte Thematik „Energie“ aus alpenraumpolitischer Sicht sehr komplex und schwierig macht.

Fachprotokoll Naturschutz und Landschaftspflege

Ziel des Naturschutz- und Landschaftspflege-Protokolls ist es, unter Berücksichtigung der Interessen der ansässigen Bevölkerung, internationale Regelungen zu vereinbaren um Natur und Landschaft zu schüt-

zen, zu pflegen und wenn notwendig wieder herzustellen. Im Vordergrund stehen die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, die einzelnen Landschaftselemente und die Erhaltung wildlebender Tier- und Pflanzenarten einschließlich ihrer natürlichen Lebensräume.

Fachprotokoll Raumplanung und nachhaltige Entwicklung

Das Fachprotokoll Raumplanung und nachhaltige Entwicklung wird oftmals als Königsdisziplin der Alpenkonventionsumsetzung bezeichnet, da nur hier der Weg einer rechtlichen Umsetzung in positiver, vorausschauender und planvoller und Weise beschritten werden kann. (vgl. HASSLACHER, 2004: 14) Dieser Bereich benötigt nämlich, die Ausrichtung von Maßnahmen an den Vorgaben der Durchführungsprotokolle betreffend, den weitaus größten Argumentationsaufwand.

Einige der Hauptziele dieses Protokolls sind die Anerkennung der besonderen Erfordernisse im Rahmen nationaler und europäischer Politiken sowie der spezifischen Interessen der Bevölkerung im Alpenraum. Hier geht es vorwiegend um soziale Komponente wie die Chancengleichheit im Bereich der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Ein weiteres Ziel im Raumplanungs-Protokoll ist die Wahrung der regionalen Identitäten (vgl. Kap. 4.6.2) und kulturellen Besonderheiten.

Fachprotokoll Tourismus

Das Fachprotokoll Tourismus setzt Ziele und Maßnahmen fest, einen im Rahmen der geltenden staatlichen Ordnung umweltverträglichen Tourismus zu gestalten. Es geht um die Aufwertung grenzübergreifender Räume, einer Koordination umweltverträglicher Tourismus- und Freizeittätigkeiten sowie eine vermehrte internationale Zusammenarbeit der einzelnen Gebietskörperschaften.

Ein wesentlicher Punkt ist zudem, dass die Vertragsparteien verpflichtet sind, die Ziele des Tourismusprotokolls auch in anderen Politikbereichen zu berücksichtigen, da gerade die Thematik Tourismus eher interdisziplinär gehandhabt werden muss, um eine nachhaltige Entwicklung möglich zu machen.

Fachprotokoll Verkehr

Das wohl brisanteste Protokoll der Alpenkonvention ist das Verkehrsprotokoll, auf welches später gesondert eingegangen wird. (vgl. Kap. 6.8)

Grundsätzlich liegt das Hauptziel in der Schaffung einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Dies ist natürlich leichter gesagt als getan, kaum ein anderes Thema birgt so viel Konfliktpotential wie der Straßenverkehr, sowohl auf staatlicher Ebene als auch über die Ländergrenzen hinweg.

Belastungen und Risiken sollen im inneralpinen und alpenquerenden Verkehr auf ein erträgliches Maß gesenkt und eine abgestimmte Verkehrspolitik aller Verkehrsparteien unter fairen Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden.

Protokoll zur Streitbeilegung

Dieses Protokoll dient dem Bestreben, ein wirksames Konsultations- und Streitbeilegungsverfahren für die Alpenkonvention und ihre Protokolle auszuarbeiten.

Grundsätzlich wird eine Beilegung mittels des Konsultationsweges angestrebt. Wird eine Streitigkeit innerhalb von 6 Monaten nach dem schriftlichen Antrag einer beteiligten Partei nicht beigelegt, kann ein Schiedsverfahren nach festgelegten Kriterien zur Streitbeilegung eingeleitet werden.

6.7.3 Ministerdeklarationen

Zusätzlich zu den Protokollen wurden im November 2006 zwei Ministerdeklarationen zu unterschiedlichen Themen verabschiedet.

Deklaration Bevölkerung und Kultur

Die federführenden Akteure sowie einige der Mitglieder beklagten mehrmals und über Jahre hinweg, dass es kein eigenes Protokoll für den Bereich Bevölkerung gibt.

„Die Vielfalt des Alpenbogens ist gar nicht besser darzustellen als über die Kultur!“

(Gerhard LEEB, Gründer des Vereins „Alpenstadt des Jahres“, 2010)

Mit dieser Deklaration anerkennen die Alpenstaaten den vielfältigen Wert des Alpenraums und verpflichten sich, diesen nach bestem Wissen und Gewissen zu erhalten und zu fördern. Zwischen den Kulturen sollen Brücken geschlagen sowie der Dialog zwischen ihnen gefördert werden. Weitere Ziele der Deklaration sind die Förderung des Gemeinschaftsbewusstseins, die Erhaltung der Lebensqualität oder die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Deklaration zum Klimawandel

Mit der Deklaration zum Klimawandel stellen die Vertreter der Alpenkonvention klar, dass sie den Problemen der globalen Erwärmung sowie ihren Folgen gesonderte Beachtung schenken und dass ein Bewusstsein über weitreichende Veränderungen besteht.

Es wird mit Nachdruck die weltweite Umsetzung des Kyoto-Protokolls sowie die Festlegung ambitionierter Treibhausgas-Reduktionsziele gefordert. Jedoch müssen für den Alpenraum eigene Strategien und Aktivitäten zur Anpassung an Klimaveränderungen erarbeitet werden.

Die zwei Stichworte der Deklaration lauten Vermeidung und Anpassung, worauf die Alpenkonferenz mit zwei längerfristigen Initiativen antwortet. Zum einen mit einer Plattform für Naturgefahren, zum anderen mit einem mehrjährigen Arbeitsprogramm auf Basis einer von ISCAR (International Scientific

Committee on Research in the Alps) ausgearbeiteten Forschungsagenda. (www.alpenkonvention.org; Declaration on Climate Change, 2006)

6.8 Exkurs – Das ewige Problemkind Verkehr

Im Zuge einer qualitativen Erhebung zu der vorliegenden Arbeit wurden Experteninterviews durchgeführt und da fast alle befragten Probanden das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention als zentralstes Thema einstufen, sollen die damit in Zusammenhang stehenden Problematiken nun etwas durchleuchtet werden.

Das Verkehrsprotokoll ist nicht nur von den Inhalten her sondern auch den Anwendungsbereich betreffend sehr umfangreich. Es bietet integrative Lösungsansätze für den gesamten Alpenraum auf allen Ebenen- international, national und regional. Das gegenwärtige europäische Verkehrsregime kann bei weitem nicht als nachhaltig betrachtet werden, sondern in hohem Maße als unwirtschaftlich und ineffizient. (vgl. „Freie Fahrt für die AK?“, 2003: 8)

„Die Vertragsparteien verpflichten sich zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik, die (1) Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Maß sinkt, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich ist (...).“

(Vademecum Alpenkonvention, Protokoll Verkehr; Kapitel 1, Artikel 1, Ziele)

Wie man an dem oben zitierten Ausschnitt aus dem Verkehrsprotokoll erkennen kann, entwirft die Alpenkonvention ein umfassendes Konzept für eine „nachhaltige Mobilität“. Bestehende Transportbedürfnisse werden erfüllt, ohne dabei das Leben und die Lebensgrundlage des Menschen zu zerstören. Laut Andreas WEISSEN (ehemaliger Präsident CIPRA International) steht das Konzept somit in klarem Kontrast zum neo-liberalen Slogan und EU-Grundprinzip „Freie Fahrt für Güter und Personen“. Die Bezeichnung „freie Fahrt“ kann generell als unmöglich eingestuft werden, da kaum ein anderer Lebensbereich des Menschen so stark reglementiert ist wie der Straßenverkehr.

Die Alpenkonvention versucht hier nicht Unmögliches möglich zu machen, sondern klare Zielvorgaben zu geben, um Belastungen und Risiken des alpenquerenden Verkehrs auf ein erträgliches Maß zu senken. Doch wo Ziele gesetzt werden, wachsen auch Erwartungen und davon haben die Alpenbewohner genügend. Von Lärmverringerung über Abgassenkung bis zu weniger Unfällen reichen die Wünsche. Die Messlatte liegt demnach hoch, Qualitätsziele sind deutlich formuliert, der Handlungsbedarf enorm und eine Trendwende nur ansatzweise in Sicht. (vgl. KARRE, 2003: 7)

Die Thematik „Verkehr“ hat im Alpenkonventionsprozess insgesamt immer einen wesentlichen Punkt dargestellt, da es von den Anrainerstaaten naturgemäß aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet wird. Ein Prozessergebnis des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ wäre dennoch im Interesse aller anzustreben.

6.9 Fazit – Die Alpenkonvention als „Papiertiger ohne Biss“?

Die Anwendung der Alpenkonvention geht in den einzelnen Staaten weder problem- noch lückenlos von Statten, dennoch wurde schon viel erreicht und die Alpenstaaten befinden sich alles in allem auf einem positiven Umsetzungsweg.

Es steht jedoch außer Frage, dass die rechtliche Umsetzung eines Vertragswerkes nur so weit reichen kann, wie ein entsprechender politischer Wille dazu vorhanden ist. Solange die Alpenkonvention in den Köpfen der Menschen als Verhinderungsinstrument wahrgenommen wird, wird sie politisch auch negativ bewertet werden.

Laut Norbert WEIXLBAUMER (Jurymitglied des Vereins „Alpenstadt des Jahres“) fehlt es in Bezug auf die Alpenkonvention immer noch an einer flächendeckenden Umsetzung. Eine Systemkorrektur und der politische Wille gingen dem Tun voraus. Die Gründe für das Nichthandeln teilt WEIXLBAUMER in drei Ebenen ein – „Wirtschaft“, „Politik“ und „Mensch“.

- Zur Ebene **Wirtschaft** gehört beispielsweise die Wirtschaftsform der freien Marktwirtschaft, durch deren bedingungsloses Wachstum die Welt noch weniger nachhaltig würde und dieser Entwicklung viele der Alpenkonventionsgrundsätze entgegenstehen.
- Zur Ebene **Politik** ist zu sagen, dass ein oftmals parteipolitisches Kurzzeitdenken zu gravierenden Handlungshemmnissen führt und die Parteien selbst eher eine laissez-faire-Haltung bevorzugen und sich zunehmend der aktiver Gestaltung entziehen. WEIXLBAUMER nennt auch Trägheit, Anonymität und Nichttransparenz großer politischer Einheiten als Gründe für eine schwache Umsetzungskraft der Konvention.
- Auf der Ebene **Mensch** sieht er ein Hauptproblem darin, dass die „innere Kosten-Nutzen-Rechnung“ für viele Leute nicht aufgeht, sodass für entscheidende Lobbies eine Systemänderung keinen erkennbaren Vorteil ergibt. Er nennt weiters den Fetisch zum eigenen Automobil als identifikationsstiftendes Symbol oder auch die Frage des Leidensdrucks, ob dieser gar noch zu gering sei um aktiv etwas verändern zu wollen. (vgl. KARRE, 2003: 13ff)

Auch laut NORER (2002) fehlt der Gesamtzusammenhang einer umfassenden Umsetzungspolitik. Die Umsetzung verliere sich in Einzelprojekten, Prioritätensetzung gäbe es kaum. Falls doch, werde nur dann

umgesetzt, wenn und wo es opportun erscheint, was dem integralen Ansatz der Alpenkonvention nicht entspricht. NORER (2002) vertritt die Ansicht, dass eine Aufwertung der Rahmenkonvention Abhilfe verschaffen könnte, unter anderem durch den Einbau von Elementen der Protokolle Raumplanung und Naturschutz sowie die verpflichtende Vorschreibung von UVP-Verfahren und Strategischen Umweltprüfungen. Weiters sollen sich Politik, Administration und Interessensvertretungen intensiver und vor allem grenzüberschreitend mit alpinen Problemstellungen befassen.

Allgemein herrscht Einigkeit darüber, dass die Bevölkerung mehr einbezogen und informiert werden müsse, um ein „Alpenbewusstsein“ auszubilden oder zu stärken. (vgl. NORER, 2002: 25ff)

Genau dies ist auch ein Ziel der Initiative „Alpenstadt des Jahres“, auf die nun im folgenden Kapitel eingegangen werden soll.

7. Die Initiative „Alpenstadt des Jahres“

7.1 Gründungsidee

Die Idee zur Gründung der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ stammt von dem Villacher Gerhard LEEB, seines Zeichens Umweltaktivist und Journalist. LEEBs Hauptmotivation war es, nachhaltige Modelle zu schaffen, welche die einzigartige Naturlandschaft der Alpen, die wirtschaftliche Tätigkeit und das städtische Leben in Einklang bringen.

Die Idee orientierte sich zudem am Vorbild des Wettbewerbes "Kulturhauptstadt Europas", die von den Kulturministern der Staaten der Europäischen Union durchgeführt wird. Inhaltliche Absicht war es, die gemeinsamen Interessen der Gemeinden und Städte in der europäischen Großregion Alpen zum Ausdruck zu bringen. Als politisches Leitbild dienten dabei die Ziele und Inhalte der Alpenkonvention, welche konkret in die Praxis umgesetzt werden sollen. Ein weiteres Ziel war es, möglichst viele Akteure von unterschiedlichen Ebenen, Politiker wie Bürger, für eine nachhaltige Entwicklung ihres Lebensraumes zu sensibilisieren.

7.2 Entstehungsgeschichte

Gerhard LEEB hat 1995 die Initiative ergriffen und mit Unterstützung der CIPRA (vgl. Kap. 7.3) und Pro Vita Alpina, einer Initiative für die Förderung von gesellschaftspolitischen und kulturellen Entwicklungen in ländlichen Regionen, im darauffolgenden Jahr den Verein „Alpenstädte des Jahres“ gegründet.



Abb. 5: Logo des Vereins „Alpenstadt des Jahres“

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/infoservice/downloads>)

Der Titel wurde zu Beginn zwei Jahre an die Stadt Villach verliehen, welche für die darauffolgenden Jahre die Trägerschaft für die Alpenstädte inne hatte. Im Jahr 2003 wurde dann aufgrund der immer größeren Anzahl von Aufgaben die Interessensgemeinschaft „Alpenstadt des Jahres“ gegründet, womit die

Arbeiten professionalisiert wurden. Eine weiterführende Entwicklung war aus rechtlichen Gründen die Bildung des Vereins, also der Zusammenschluss aller titeltragenden Alpenstädte. Die Hauptaufgaben des Vereins sind die begleitende Unterstützung der jeweiligen „Alpenstadt des Jahres“, sowohl bei der Projektentwicklung als auch der Ausgestaltung oder der Informations- und Bildungsarbeit über die Zielsetzungen der Alpenkonvention. Es sollen zudem der Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Alpenstädten sowie Kooperationsprojekte gefördert werden.

7.3 Die Alpenschutzkommission „CIPRA“

Die „Commission Internationale pour la Protection des Alpes“, kurz CIPRA, setzt sich seit mehr als einem halben Jahrhundert für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen ein. Sie sucht nach Wegen, wie sich Umwelt, Soziales und Wirtschaft in Einklang bringen lassen. Obwohl diese Auffassung dem Drei-Säulen-Modell entspricht, steht die CIPRA den neueren Nachhaltigkeitsansätzen sehr offen gegenüber und versucht diese laut Serena RAUZI (Projektmitarbeiterin „Alpenstadt des Jahres“, CIPRA Hauptquartier in Schaan, FL) auch mit einzubeziehen. (vgl. Kap. 3.7)

Das Engagement der CIPRA gilt sowohl dem Lebensraum in den Alpen, als auch seinen BewohnerInnen. Sie ist – mit der Ausnahme Monaco – in allen Alpenländern vertreten und versteht sich als nichtstaatliche Dachorganisation und moderne Drehscheibe für Informationen. Neben der Sammlung und Verwaltung verschiedenster Daten zu den Themen Klima, Verkehr, Raumentwicklung, Berglandwirtschaft und vielen mehr, bereitet sie die Daten auf und stellt sie interessierten Menschen auf verschiedensten Wegen zur Verfügung. Ein Beispiel hierfür wäre der alpMedia-Newsletter, welcher in zweiwöchigem Intervall über die neuesten Entwicklungen und Publikationen informiert.

(<http://www.cipra.org/de/alpmedia>)

Die meisten veröffentlichten Publikationen erscheinen in den Alpensprachen Deutsch, Italienisch, Französisch und Slowenisch, teilweise auch auf Englisch. Besonders erwähnenswert ist an dieser Stelle der mittlerweile zum dritten Mal erschienene „Alpenreport“. Diese Werke bündeln internationales Fachwissen und verstehen sich als Barometer aktueller Entwicklungen, da sie vor allem zukunftsweisende Modelle präsentieren.

Einer der Schwerpunkte der CIPRA ist die politische Arbeit, die sie verrichtet. Sie hat viel zum Entstehen der Alpenkonvention beigetragen und besitzt für diese auch einen „Beobachterstatus“, ist also stets bemüht die Umsetzung der Vertragsinhalte voranzutreiben. (vgl. DAX und WIESINGER, 2008: 37)

Die CIPRA hat die Geschäftsstelle des Vereins „Alpenstadt des Jahres“ inne und ist mit ihren engagierten MitarbeiterInnen gefordert, Schnittstelle und Sprachrohr für Anliegen aller Art zu sein.

7.4 Organisation des Vereins „Alpenstadt des Jahres“

7.4.1 Der Vorstand

Der Vorstand des Vereins besteht aus drei bis fünf Personen, wobei aus jeder Alpenstadt höchstens eine Person vertreten sein darf. Er setzt sich zusammen aus dem/der ersten Vorsitzenden, seinem/seiner StellvertreterIn sowie den BeisitzerInnen und wird auf zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Seine Aufgabe ist die Abwicklung der laufenden Geschäfte des Vereins.

Der Vorstand ist momentan wie folgt zusammengesetzt: (Stand März 2010)

Colette Patron, 1. Vorsitzende

Vize-Bürgermeisterin und Tourismusbeauftragte, Gap (F)

Hubert Buhl, 2. Vorsitzender

1. Bürgermeister der Gemeinde Sonthofen (D)

Alberto Pacher, Beisitzer

Bürgermeister der Stadt Trient (I)

7.4.2 Die Jury

Die Jury des Vereins besteht aus drei Personen, welche von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Sie sind Vertreter verschiedener alpenweit tätiger fachkundiger Organisationen und schlagen aus den zur Wahl angetretenen Alpenstädten die nächste „Alpenstadt des Jahres“ vor. Eine weitere Aufgabe der Jury ist die Überprüfung des Jahresprogrammes der ausgewählten „Alpenstadt des Jahres“ und berät diese bei inhaltlichen Fragen.

Aktuell setzt sich die Jury aus folgenden Vertretern zusammen: (Stand März 2010)

Antonio Zambon

Gemeindenetzwerk „Allianz in den Alpen“

Norbert Weixlbaumer

CIPRA International

Gerhard Leeb

Pro vita alpina international

Pro vita alpina Österreich und Südtirol

Zudem wird von jeder „Alpenstadt des Jahres“ ein/e KonsulentIn bestellt. Diese/r ist zuständig für die konkrete Umsetzung für die Ziele und Grundätze der Alpenstadt-Idee sowie für die Zusammenarbeit der Alpenstädte untereinander. Sie stehen in engem Kontakt zur Geschäftsstelle und nehmen an der Mitgliederversammlung teil.

7.4.3 Die Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle des Vereins ist zuständig für die Umsetzung der Beschlüsse und besorgt die laufenden Geschäfte. In einem zweimonatigen Zyklus bringt sie zudem einen Newsletter heraus, der über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten der Alpenstädte berichtet.

Führende Mitarbeiter der Geschäftsstelle sind (Stand März 2010):

Andreas Götz

Geschäftsführer

CIPRA International, Schaan (FL)

Serena Rauzi

Projektmitarbeiterin „Alpenstadt des Jahres“

CIPRA International, Schaan (FL)

7.5 Inhalte und Ziele des Vereins

Das Herzstück des gesamten Vereins „Alpenstadt des Jahres“ sind fünf essenzielle Ziele, die sich wie ein roter Faden durch alle Projekte ziehen sollen. All jenen Projekten ist außerdem gemein, stets die Grundsätze der Alpenkonvention als Rahmenvorgabe zu sehen und umzusetzen.

→ ***Alpenbewusstsein stärken***

Die Alpenstädte sind Teil der Alpen und spielen für diese auch eine nicht unbeachtliche Rolle. Sie nehmen somit teil an diesem wertvollen Lebens-, Kultur- und Naturraum im Herzen Europas, daher ist es dem Verein ein besonderes Anliegen, das kulturelle und natürliche Erbe dieser Region in den Köpfen der Menschen zu bewahren und zu festigen.

→ ***Bevölkerung beteiligen***

Es ist ein wichtiges Bestreben während des gesamten Alpenstadtprozesses, alle interessierten Personen und Vereinigungen, etwa aus Gewerbe, Kunst und Ökologie, mit einzubeziehen. Bestenfalls sollen sie mit eigenen Ideen und Projekten mitwirken. Auch Kinder und Jugendliche werden sensibilisiert und motiviert, ihnen gilt gesondertes Interesse. Die Aktivitäten und Anlässe, welche im Rahmen der „Alpenstadt des Jahres“ abgehalten werden sind öffentlich, was eine größtmögliche Beteiligung von allen Seiten gewährleisten soll.

→ ***Brücken zu Regionen festigen***

Während dem gesamten Zeitraum des Alpenstadtjahres sind die Alpenstädte dazu angehalten, sowohl die umliegenden Regionen mit einbeziehen, als auch Brücken zu den entfernteren Gebieten außerhalb der Alpen schlagen. Die Alpenstadt soll demnach ihre Funktionen und Wech-

selbeziehungen mit den Regionen ausbauen und vertiefen, weiters nach konkreten Möglichkeiten einer zukunftssträchtigen Partnerschaft zwischen Stadt und Land suchen.

→ ***Zukunft nachhaltig gestalten***

Auf den Begriff der Nachhaltigkeit sowie die Grundsätze der Alpenkonvention wurde in der vorliegenden Arbeit bereits ausführlich eingegangen. Die jeweilige Alpenstadt kennt diese festgehaltenen Nachhaltigkeitsprinzipien an und verpflichtet sich, die zwölf Bereiche (vgl. Kap. 6.7.2) durch möglichst konkrete und innovative Schritte umzusetzen, sprich mit entsprechenden Projekten und Maßnahmen.

→ ***Zusammenarbeit ausbauen***

Die Alpenstädte müssen sowohl im Jahr der Titelverleihung, als auch danach stets bemüht sein, enge Kontakte zu anderen Städten in den Alpen zu pflegen. Erfahrungen sollen ausgetauscht und gemeinsame Interessen ausgearbeitet werden. Im Folgejahr nach dem Titelerwerb wäre es wünschenswert, dass sie besondere Akzente in ihren Partnerstädten setzen.

7.6 Der Weg zur „Alpenstadt des Jahres“

Grundsätzlich kann jede der über 200 Städte im Anwendungsbereich der Alpenkonvention „Alpenstadt des Jahres“ werden. Diese muss die Bereitschaft haben, die Protokolle der Konvention in die Tat umzusetzen und versuchen die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales beziehungsweise Kultur in einer zukunftsfähigen Weise zu verbinden.

Zunächst ist ein Bewerbungsformular auszufüllen, wo allerlei Informationen über die Stadt sowie ihre Motive, Intentionen und Vorstellungen erläutert werden müssen. Dieser Bewerbungsbogen wird an die Geschäftsstelle der „Alpenstadt des Jahres“ übermittelt. Die Jury wählt dann einen der Kandidaten aus und überreicht den Titel bei einer offiziellen Veranstaltung in der neu gewählten Alpenstadt, wo kulturelle und netzwerkfördernde Veranstaltungen abgehalten werden. Jede der neuen titeltragenden Städte tritt dem Verein bei und untersteht damit der festgelegten Satzung, in welcher Rechte und Pflichten der Mitglieder, aller Organe sowie deren Aufgaben geregelt sind. Von allen Mitgliedern wird ein Beitrag eingehoben, welcher von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgesetzt wird.

Laut Gerhard LEEB, dem Gründervater des Vereins, muss zunächst Interesse und Initiative von der Stadt selbst kommen, woraufhin dann „sehr viel Arbeit folgt“. Es sollte aber nicht nur Engagement bezüglich Festen und Veranstaltungen vorhanden sein, welche als vorrangiges Ziel die Stadtvermarktung haben. Konkrete Ziele, Schritte und Umsetzungsstrategien seien laut LEEB in noch größerem Ausmaß gefragt.

Das Hauptanliegen der Alpenstadt-Idee sei der Wunsch, der breiten Bevölkerung den harschen Zusammenprall von Natur und Kultur, von Ökonomie und Ökologie darzulegen und ihr klar zu machen, dass genügend Potential vorhanden ist, welches entdeckt werden will.

In der nachstehenden Tabelle sind alle bisherigen „Alpenstädte des Jahres“ chronologisch aufgelistet.

Jahr	Ort	Alpenstaat
1997/98	Villach	Österreich
1999	Belluno	Italien
2000	Maribor	Slowenien
2001	Bad Reichenhall	Deutschland
2002	Gap	Frankreich
2003	Herisau	Schweiz
2004	Trient	Italien
2005	Sonthofen	Deutschland
2006	Chambéry	Frankreich
2007	Sondrio	Italien
2008	Brig-Glis	Schweiz
2009	Bozen	Italien
2010	Bad Aussee	Österreich
2011	Idrija	Slowenien
2012	?	?

Tabelle 2: Chronologie der bisherigen „Alpenstädte des Jahres“

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/>)

8. Betrachtung von fünf „Alpenstädten des Jahres“

Im vorliegenden Kapitel sollen einige Städte, welche den Titel „Alpenstadt des Jahres“ erhalten haben vorgestellt, sowie einige der Projekte erläutert werden. Es werden Schnittstellen zu den Umsetzungsprotokollen der Alpenkonvention hergestellt und zudem die verschiedenen Meinungen der befragten Akteure einfließen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die vorliegenden Untersuchungen ausschließlich auf Textrecherchen und Interviews basieren und keine Bewertung, Evaluierung oder Analyse darstellen, da dies den Rahmen einer Diplomarbeit sprengen würde. Aufgrund der begrenzten Datenlage und des beschränkten Umfangs der Arbeit konnte nicht auf jede der bisher gekürten Alpenstädte eingegangen werden, nichts desto trotz wird versucht, ein möglichst umfassendes Bild zu liefern.

Weitere Informationen zu den Städten und ihren Projekten sind unter www.alpenstaedte.org nachzulesen.

8.1 Villach - Alpenstadt der Jahre 1997 und 1998

Land	Österreich
Bundesland	Kärnten
Fläche	134,85 km ²
Bevölkerung	57 612

Tabelle 3: Steckbrief Villach

(Quelle : <http://www.austria14.com/2007/10/16/villach-gallery/>)



Abb. 6: Fußgängerzone Villach

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/206/>)

Wie bereits oben erwähnt hat die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ ihren Ursprung in Villach und wurde vom ortsansässigen Journalisten Gerhard LEEB nach einer spontanen Idee entwickelt.

Da Kärnten neben den Bundesländern Vorarlberg und Tirol ebenfalls zur Gänze im Anwendungsbereich der Alpenkonvention liegt, spielt der Vertrag seit seinem Abschluss im Jahr 1991 sowohl für Politik als auch für Verwaltung eine wichtige Rolle. Kärnten hatte von jeher ein sehr stark ausgeprägtes Alpenbewusstsein, was sich in der vergleichsweise frühen Errichtung des Nationalparks Hohe Tauern im Jahr 1981 auf Kärntner Boden widerspiegelt, Salzburg folgte 1984 und Tirol 1992.

Im Jahr 1997 wurde Villach dann für zwei Jahre als erste „Alpenstadt des Jahres“ ausgerufen.

Laut Josef NEUGEBAUER, damaliger Projektleiter, hat Villach eine ideale Lage in den Alpen. Es bestehen keine groben Verkehrs- und Industrieprobleme, weshalb das Hauptaugenmerk bei der Umsetzung der Alpenkonvention nicht wie so oft beim Thema „Verkehr“ lag, sondern eher im Bereich „Kultur, Mensch, Tourismus“. Aus diesem Grund kann die Errichtung des „Naturparks Dobratsch“ als Best Practice-Beispiel angesehen werden wenn es darum geht, diese drei Aspekte zu vereinen.

Auf die Frage, ob die Projekte mit der Finanzierung stehen und fallen, gibt NEUGEBAUER (2010) an, dass bereits im Vorfeld und während der Planungsphase Bedingungen geschaffen werden müssen, damit die Projekte nach Finanzierungsende weiterlaufen. Man müsse sich zeitgerecht gewisse Fragen stellen, etwa wie man ein Projekt überhaupt fördert, wie es ohne Förderung gehen kann, ob es einen Markt für das Projekt gibt oder ob nicht schon bestehende Strukturen genutzt und ausgebaut werden können.

Auch den Austausch innerhalb der Alpenstädte sieht NEUGEBAUER (2010) als sehr positiv und voranschreitend. Das Netzwerk werde immer besser, hauptsächlich wegen diverser Projekte, welche mit mehreren Städten gemeinsam aufgezogen wurden.

Auch eine internationale Anpreisung hält NEUGEBAUER (2010) nicht für sinnvoll, da es sich bei der „Alpenstadt des Jahres“ um eine andere Größenordnung handle, als beispielsweise bei der „Kulturhauptstadt“. Je offizieller der gesamte Prozess wird, desto eher werde man vereinnahmt. Inoffiziell und innerhalb der Alpenstädte sollte mehr passieren, die Akteure in der eigenen Stadt müssen zusammengeführt und zu einem Ideenaustausch bei gezielt organisierten Festivitäten animiert werden.

„Wen interessiert in Mariazell, dass Villach oder Bad Aussee „Alpenstädte des Jahres“ sind? Niemanden, was hätte es auch für einen Nutzen?“

(NEUGEBAUER, 2010)

Da Villach die erste „Alpenstadt des Jahres“ überhaupt war, kommt ihr eine besondere Bedeutung zu, vor allem zusammenfassende Aussagen und Schlussfolgerungen betreffend. Trotz fehlender Erfahrungswerte, keiner Vergleichbarkeit und geringem Entwicklungszeitraum kann festgehalten werden, dass das Alpenstadtjahr in Villach ein voller Erfolg war und bis heute nachhaltige Aspekte wahrzunehmen sind. Eine Bewusstseinsweiterung fand nicht nur unter den Mitwirkenden, sondern allen voran auch bei der Bevölkerung statt, die sich selbst als „Alpenstadt“ sieht und identifiziert.

„Es wurde stets versucht, den Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass sie ein Teil dieses ganzen Prozesses sind und nicht bloß passive Zuseher ohne Mitspracherecht.“

(NEUGEBAUER, 2010)

8.1.2 Projekte im Alpenstadtjahr

→ **Protokoll Naturschutz - Naturpark Dobratsch**

„Ein Naturpark ist ein geschützter Landschaftsraum, der aus dem Zusammenwirken von Mensch und Natur entstanden ist.“

(http://www.naturparke.at/de/VNOe/Was_ist_ein_Naturpark)

Ein Naturpark ist eine Modellregion für nachhaltige Entwicklung, wo ein gleichrangiges Miteinander von Bildung, Erholung, Tourismus, Regionalentwicklung und Wirtschaft herrschen soll. Der Schutz von Natur- und Kulturlandschaft haben oberste Priorität. Der „Naturpark Dobratsch“ besteht aus den Natur- und Landschaftsschutzgebieten Dobratsch, Schütt und Warmbad Villach.

Im Zuge der Errichtung des Naturparks wurden aus dem Gebiet bestehende Liftanlagen entfernt, die Wasservorkommen durch die Vermeidung von Chemikalien geschützt, die Karstlandschaft somit aufgewertet sowie die dort vorkommende und einzigartige Flora und Fauna gerettet.

Die vier Säulen „Bildung“, „Erholung“, „Regionalentwicklung“ und „Schutz“ sind das zentrale Anliegen des gesamten Projekts und versuchen mittels verschiedenster Umsetzungsformen eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

→ **Protokoll Raumplanung - Regionalmanagement für überregionale Kooperationen**

Der größte Erfolg, den Villach in seinem Alpenstadtjahr verzeichnen kann, ist der starke Ausbau der Stadt-Umland-Kooperationen, welche auf lokaler Ebene stark vertieft wurden. Eine funktionierende interkommunale Zusammenarbeit entscheidet langfristig darüber, ob und in wie weit ein nachhaltiger Strukturwandel sozial- und umweltverträglich ausgestaltet werden kann.

Ziele des geschaffenen Regionalmanagements waren vor allem

- eine Attraktivitätssteigerung der Region
- die Sicherstellung und der Ausbau der ökologischen Qualitäten der Region
- die Stärkung nach außen durch Positionierung des Standortes als verkehrsgünstigen, umweltfreundlichen, modernen Industriestandort
- ein gemeinsamer Auftritt nach außen
- u.A.

(Quelle: http://www.verwaltung.ktn.gv.at/43421_DE-LEADER-Region_Villach-Hermagor-Stadt-Umland_Regionaloperation_Villach)

„Das geschaffene Regionalmanagement entstand aus einem der zu Beginn gegründeten Arbeitskreise für überregionale Kooperationen und Zusammenarbeit und ist bis heute sehr aktiv und erfolgreich.“

(NEUGEBAUER, 2010)

Villach hatte den Vorteil, finanziell gut gerüstet in das Alpenstadtjahr zu starten und konnte daher

„... aus dem Vollen schöpfen“.

(NEUGEBAUER, 2010)

Essenziell bei einem Ausblick für künftige Entwicklungen ist laut NEUGEBAUER (2010) der Faktor Zeit. Es ginge nicht primär um Verbesserung, sondern eher um Entwicklung, wie und in welche Richtung könne ohnehin niemand vorhersagen.

Grundsätzlich wurden in Villach alle fünf Ziele (vgl. Kap. 7.5), welche vom Verein gesetzt wurden erreicht. Natürlich nicht absolut, dennoch fand eine starke Annäherung an jedes davon statt. Viele Entwicklungen und Projekte von damals bestehen noch heute, das zentrale Kriterium der Nachhaltigkeit kann somit als erfüllt betrachtet werden.

8.2 Trient - Alpenstadt des Jahres 2004

Land	Italien
Provinz	Trient/Südtirol
Fläche	154,00 km ²
Bevölkerung	106 088

Tabelle 4: Steckbrief Trient

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/209>)

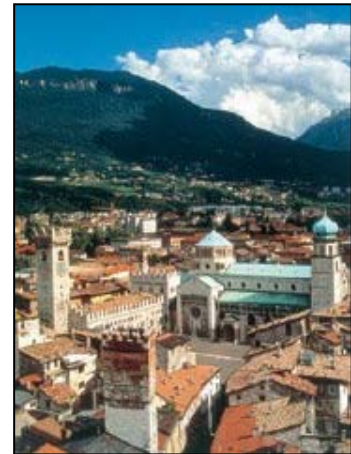


Abb. 7: Altstadt von Trient

(Quelle : <http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/209>)

„Noch nie ist der Jury der Entscheid, eine „Alpenstadt des Jahres“ zu küren so leicht gefallen wie im Falle der Stadt Trento.“

(Andreas WEISSEN, ehem. Jurymitglied, 2003)

Trient ist die Hauptstadt der Provinz Trentino und das politische Verwaltungszentrum der Region. Aufgrund ihres reichen kulturellen Erbes beeindruckt die Stadt Trient vor allem durch ihre Baukultur und wird oftmals auch „Renaissancestadt der Alpen“ genannt. Sie bietet aber nicht nur Kunst und Kultur, sondern auch ein großes Spektrum an Freizeit- und Unterhaltungsmöglichkeiten.

Trient spielte schon vor ihrem Alpenstadtjahr eine wichtige Rolle in Sachen alpenweite Zusammenarbeit, kaum eine andere Stadt hat diesbezüglich so viele Impulse gesetzt. Ein Beispiel hierfür wäre das jährliche und seit über fünfzig Jahren stattfindende internationale Filmfestival „Montagna – Esplorazione, Avventura“. Dieses Ereignis begeistert nicht nur Bergliebhaber über die Grenzen hinaus, sondern auch Cineasten aus aller Welt. Es erlaubt einmalige Einblicke in fremde Bergregionen und schafft Verständnis für Sorgen und Nöte von Menschen anderer Kulturkreise.

„Auch das ansässige Sekretariat der „Arbeitsgemeinschaft der Alpenstädte“ hat einen großen Beitrag dazu geleistet, dass fruchtbare Beziehungen zustande kamen und bis heute bestehen.“

(WEISSEN, 2010)

8.2.1 Hauptprojekt im Alpenstadtjahr

→ **Protokoll Tourismus und Freizeit - Die „Trento Card“ als Vorzeigeprojekt**

Die Trento-Card ist eine vielseitige Karte mit diversen Funktionen. Sie gilt für einen Erwachsenen und ein Kind bis 12 Jahre für entweder 24 oder 48 Stunden in der gesamten Stadt. Enthalten sind Eintritte in Museen von Trento, Führungen durch Weinkeller, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, ein Fahrrad-Verleih oder eine Fahrt mit der Seilbahn Trento-Sardagna. All diese Möglichkeiten gewährleistet die Trento-Card und ist daher sowohl für Einheimische als auch Touristen attraktiv. Die Stadtverwaltung will auf diese Weise den Kulturtourismus in der Stadt fördern und bewirken, dass Touristen länger in der Stadt bleiben und Einheimische für die diversen Möglichkeiten in „ihrer“ Stadt sensibilisiert werden.

Ein weiterer positiver Effekt der Karte ist die Erfassung statistischer Daten, da die Besucherzahl pro Museum gemessen werden kann und jedes Museum mit einem Einlesegerät ausgestattet ist.

Die Trento-Card ist eindeutig als Best-Practice Beispiel einzustufen wenn es um die Umsetzung der Alpenkonventionsprotokolle geht. Im Mittelpunkt steht das Tourismus-Protokoll, aber auch Raumplanung und nachhaltige Entwicklung sind von hoher Relevanz, da eine vermehrte Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu besserer Luftqualität und weniger Verkehrsaufkommen sorgt.

Auch ist die Trento-Card eine beispielhafte Maßnahme, wie das Marketingpotential in einer Alpenstadt für den Tourismus ausgeschöpft werden kann. Dieses wird nämlich laut dem Gründervater des Vereins „Alpenstadt des Jahres“, Gerhard LEEB, nicht zur Gänze genutzt. (LEEB, 2010)

8.3 Sonthofen - Alpenstadt des Jahres 2005

Land	Deutschland
Bundesland	Bayern
Fläche	46,60 km ²
Bevölkerung	21 207

Tabelle 5 : Steckbrief Sonthofen

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/212>)



Abb. 8 : Blick auf Sonthofen

(Quelle : www.sonthofen.de)

Sonthofen ist eine äußerst geschichtsträchtige Kreisstadt im südlichen Oberallgäu des deutschen Bundeslandes Bayern. Sie ist Knotenpunkt der gesamten Region, sowohl die Wirtschaft als auch den Fremdenverkehr betreffend.

Ähnlich wie in Trient waren in Sonthofen bereits vor dem Alpenstadtjahr 2005 einige Maßnahmen und Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit im Gange. Beispiele hierfür wären die autofreie Innenstadt, der städtische und regionale Verkehrsverbund oder die ökologische Gestaltung seines Kurparks.

Die Titelvergabe honorierte demnach bereits zahlreiche erbrachte Leistungen und sollte die Stadt gleichsam dazu einladen, sich während des Alpenstadtjahres vermehrt mit ihrer „doppelten Identität“, also der städtischen und der alpinen, auseinanderzusetzen. Wie bei allen Städten lag das Hauptaugenmerk auf der Umsetzung der Alpenkonventionsprotokolle.

8.3.1 Projekte im Alpenstadtjahr

→ **Protokoll Bevölkerung und Kultur**

Wie bereits oben erwähnt, waren in Sonthofen schon vor dem Alpenstadtjahr einige Projekte im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens in Gange. Eines davon ist das Projekt „Zukunft Sonthofen“, welches 1996 gegründet wurde und bis heute besteht. Die Stadt Sonthofen erarbeitete damals ein Leitbild mit Entwicklungslinien, welche im Zuge des Alpenstadtjahres aktualisiert und auf die Ziele der Alpenkonvention abgestimmt worden sind.

Kernpunkt bei diesem Projekt war die Partizipation der BürgerInnen der Stadt, die stets dazu aufgefordert wurden, sich aktiv an den laufenden Prozessen zu beteiligen und mitzubestimmen. Der Stadtrat

setzte sich somit zum Ziel, gemeinsam mit der Bevölkerung in einem dynamischen und partizipativen Prozess ein zukunftsweisendes Konzept für eine ganzheitliche und nachhaltige Stadtentwicklung zu erarbeiten. (<http://www.sonthofen.de/stadt/zukunft/zukunft.php3>)

Es bestehen mehrere Projektgruppen mit jeweils verschiedenen Aufgabenbereichen, welche für die konkrete Umsetzung und Durchführung verantwortlich sind. Das Projekt „Zukunft Sonthofen“ ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Projekte und Maßnahmen, die während des Alpenstadthjahres ins Leben gerufen werden besonders gut funktionieren, wenn bestehende Strukturen genutzt und ausgebaut werden.

→ **Protokoll Energie**

Sonthofen besitzt schon seit Jahrzehnten das Prädikat „Luftkurort“. Nach der Durchführung von lufthygienischen Messungen unternahm die Stadt Maßnahmen, um eine erneut verbesserte Luftqualität zu erzielen. Sie errichtete zur alternativen Energiegewinnung ein Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk, welches noch im Alpenstadthjahr in Betrieb genommen werden konnte. Der produzierte Strom des Kraftwerks reicht für über 800 Haushalte.

Da Holz ein nachwachsender Rohstoff ist, gewährleistet seine Nutzung eine nachhaltige und gepflegte Natur- und Kulturlandschaft. Die Wertschöpfung bleibt in der Region, da alle Ausgaben für die Energieerzeugung den ortsansässigen Waldbesitzern und Firmen zukommen.

→ **Protokoll Tourismus und Freizeit**

Um Synergien bestmöglich zu nutzen und Ressourcen zu sparen führte die Stadt Sonthofen viele gemeinsame Projekte mit anderen Tourismusgemeinden durch und ging mit ihnen Kooperationen ein, beispielsweise mit der Touristendestination Alpsee-Grünten. (<http://www.alpsee-gruenten.de/>)

Eine weitere Erfüllung des Protokolls „Tourismus und Freizeit“ ist die Errichtung des „Erlebniswegs Alpenstadt“, welcher noch im Alpenjahr selbst eröffnet werden konnte. Der Weg verbindet den städtischen Raum mit einem alpinen Naturschutzgebiet und verläuft von der Stadtmitte bis auf den höchsten Punkt des Stadtgebiets. Das Motto lautet „Der Weg ist das Ziel“, weshalb man entlang des Weges informativ und spielerisch Verständnis für die Belange der Natur bekommt und Erlebnis und Erholung miteinander verknüpfen soll.

Um Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit zu gewährleisten, wird bis heute durch den Einbau neuer Attraktionen immer wieder versucht, Interesse bei Einheimischen und Besuchern zu wecken.

Insgesamt fanden im Alpenstadtjahr 2005 in Sonthofen 126 Veranstaltungen und 19 Ausstellungen statt, Sonthofen kann ihr Alpenstadtjahr demnach getrost als erfolgreich bezeichnen.

„Wir haben das Alpenstadtjahr sehr genutzt und führen unsere Projekte bis heute im Sinne der Nachhaltigkeit weiter.“

(Hubert BUHL, 1.Bürgermeister von Sonthofen, 2010)

8.4 Brig-Glis – Alpenstadt des Jahres 2008

Land	Schweiz
Kanton	Wallis
Fläche	38,06 km ²
Bevölkerung	15 000

Tabelle 6 : Steckbrief Brig-Glis

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/215>)



Abb. 9 : Stockalperschloss in Brig-Glis

(Quelle: <http://www.brig.ch/>)

„Brig“ leitet sich aus dem walliserdeutschen Wort „Brigga“ ab, was so viel wie „Brücke“ bedeutet. Brückenschläge über die Flüsse Rhone und Saltina erlaubten schon vor Jahrhunderten den Zugang zur übrigen Schweiz und auch nach Italien. Nach der Fusion mit dem kirchlichen Zentrum „Glis“ trägt die Stadt heute den offiziellen Namen „Brig-Glis“.

« Les Alpes n'existent plus! » Dieser geschichtsträchtige Satz stammt von Napoleons leitendem Ingenieur aus dem Jahr 1805 und bedeutet „Die Alpen existieren nicht mehr!“. Napoleon ließ nämlich über den 2000m hoch gelegenen Simplon Pass die erste Passstraße der Westalpen errichten. Ähnlich euphorisch waren vermutlich auch die Bauleute hundert Jahre später, die mit dem Simplontunnel den längsten Eisenbahntunnel durch die Alpen schufen.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts drohte Brig-Glis viel von seiner internationalen Ausstrahlung zu verlieren und in eine provinzielle Bedeutungslosigkeit zu versinken. Dem muss man jedoch entgegenhalten, dass die Stadt eine geradezu prädestinierte geographische Lage hat und es eine vergebene Chance wäre, wirtschaftliche, kulturelle und politische Brücken zu den französisch und italienisch sprechenden Nachbarn nicht zu nutzen oder auszubauen.

In den Jahren vor der Titelübergabe zur „Alpenstadt des Jahres“ erkannten die Behörden bereits in zunehmendem Maße das Potential ihrer Stadt. Mit der Grenzstadt Domodossola im benachbarten Piemont wurde beispielsweise eine Kooperation in unterschiedlichen Bereichen angestrebt. Zudem hat es sich die Stadt Brig-Glis zum Ziel gesetzt, alte Rivalitäten mit Nachbargemeinden zugunsten gemeinsamer Projekte aufzugeben.

Nachhaltigkeit und ihre konkrete Umsetzung stehen dabei immer an oberster Stelle, wobei vermehrt auf die Themen „Energie“ und „Verkehr“ eingegangen wurde. Auch die Entstehung neuer Schutzgebiete, welche eine besondere Chance für den naturnahen Tourismus bieten sollen, versuchen den Alpenkonventionsprotokollen gerecht zu werden.

8.4.1 Projekte im Alpenstadtjahr

→ **Protokoll „Tourismus“**

Im Mai 2008 wurde die Pilotphase zum Projekt „Alpmove“ gestartet, einer Internetplattform mit vielerlei geographischen Informationen zur Region. Es werden Sommer- und Winterwege unterschiedlichen Schwierigkeitsgrades beschrieben, Sehenswürdigkeiten erläutert, Ausflugstipps sowie Informationen zu Geschichte, Wirtschaft und Technik gegeben. Weiters können Satellitenbilder des Gebiets abgerufen werden und mittels einer Webcam wird es dem Nutzer ermöglicht, sich ein aktuelles Bild der Region zu machen.

Zielgruppen der Plattform sind sowohl Einheimische als auch Tages- und Feriengäste und sie sollte die wichtigste Website in diesem Bereich des Kantons Wallis werden. Quantitative Informationen werden durch qualitative erweitert und von fachkundigen Leuten regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Die ursprünglichen Hauptanliegen dieses Projektes wurden bei weitem übertroffen, es kann als Best-Practice-Beispiel eingestuft werden, da sowohl touristische als auch nachhaltige Anforderungen erfüllt werden und die Inhalte der Plattform bis heute bestehen und laufend angepasst werden. (www.alpmove.ch)

→ **Protokoll „Energie“**

Das Alpenkonventionsprotokoll „Energie“ erfüllt die Stadt Brig-Glis in besonderem Maße. Das Qualitätslabel „Energistadt“, welches die Stadt inne hat, muss alle drei Jahre neu beantragt werden und honoriert Schweizer Städte mit einem besonderen Leistungsausweis. Im Jahr 2003 erreichte die Stadt bereits 64% der möglichen Punkte, muss jedoch für die Beibehaltung des Labels konstant neue Anstrengungen in den Bereichen Siedlungsplanung, öffentliche Bauten, Ver- und Entsorgung oder Mobilität unternehmen. Zu diesem Zweck werden die BewohnerInnen von Brig-Glis regelmäßig zum Energiesparen und zur Überprüfung ihres Stromverbrauchs aufgerufen.

Ein weiterer Erfolg in Sachen Energie ist der Einsatz von Holzschnitzelfeuerungen. Nach der Realisierung der ersten Anlage im Jahr 1994 folgten weitere in öffentlichen Gebäuden, eine davon beispielsweise als Fernheizsystem für das öffentliche Schwimmbad.

Das Thema Energie spielt in Brig-Glis schon sehr lange eine zentrale Rolle und war auch ein wesentliches Kriterium für die Kürung zur „Alpenstadt des Jahres 2008“. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Stadt auch weiterhin keine Mühen scheuen wird, an ihrem „Masterplan Energie“ dranzubleiben und ihn umzusetzen.

Die Auszeichnung war für die Stadt Brig-Glis gleichsam eine Herausforderung, als auch eine Chance zur Weiterentwicklung. Die Stadt war aufgrund einiger privater Sponsoren in der glücklichen Lage, überdurchschnittlich viele monetäre Mittel zur Verfügung zu haben. Dieser Umstand ließ viele Projekte und einen großen Handlungs- und Gestaltungsrahmen zu, den die Stadt auch nutzte.

Das Alpenstadtjahr erlaubte einen Prozess, die Arbeit in Projekten und den Aufbau der erforderlichen Spannung, welche für jeden Wandel notwendig ist. Es haben rund 2 500 Menschen bei der Planung und Umsetzung mitgewirkt, weiters auch eine hohe Anzahl an freiwilligen Helfern. Dies ist als wesentlichster Erfolg anzusehen, da es von sehr viel Bereitschaft und Engagement zeigt, was bestenfalls zu einer wachsenden Identifikation der Menschen mit ihrer Alpenstadt führt. (vgl. Abschlussbericht Brig-Glis, 2008)

8.5 Bozen - Alpenstadt des Jahres 2009

Land	Italien
Provinz	Bozen/Südtirol
Fläche	52,40 km ²
Bevölkerung	100 629

Tabelle 7: Steckbrief Bozen

(Quelle: <http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/218>)



Abb. 10: Blick auf Bozen

(Quelle : <http://www.superfly.fm/new/uploads/pics/bozen.jpg>)

Mit über 100 000 Einwohnern zählt Bozen gemeinsam mit Trient zu den größten „Alpenstädten des Jahres“. Sie ist eine bedeutende Handels- und Messestadt an der wichtigsten Verkehrsachse über die Alpen, dem Brenner. Sowohl Bahnschienen als auch die Autobahn führen direkt am Stadtzentrum vorbei, was sowohl positive wie negative Seiten hat. Einerseits ist Bozen durch seine Lage an das internationale Verkehrsnetz angeschlossen, andererseits aus genau diesem Grund starken Umweltbelastungen ausgesetzt. Die noch dazu ungünstige topographische Situation des Talkessels führt bei meteorologisch ungünstigen Bedingungen zu Inversionslagen, was der Stadt oft katastrophale Luftschadstoffwerte beschert. Dies nahm Bozen zum Anlass, eine Studie mit konkreten Reduktionsmaßnahmen zu verfassen. (vgl. Kap. 8.5.1, Protokoll „Energie“)

In einem strategischen Entwicklungsplan für das Alpenstadtjahr nennt sich die Stadt außerdem „Stadt des Berge“ und „Tor zu den Dolomiten“ und hat es sich zum Ziel gesetzt, die Beziehungen zwischen der Stadt und den umliegenden Berggebieten aufzuwerten und auszubauen. Dies entspricht auch einem der Alpenstadtziele, nämlich die Beziehungen zum Umland zu verbessern und Stadt-Umland-Kooperationen zu fördern. (<http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/218>)

8.5.1 Hauptprojekt im Alpenstadtjahr

→ **Protokoll „Energie“**

Die prekäre Luftsituation und die damit in Zusammenhang stehenden Probleme haben die Stadt dazu veranlasst sich das ehrgeizige Ziel zu setzen, innerhalb der nächsten zehn Jahre klimaneutral zu werden. Dies bedeutet, dass nur mehr so viel CO² produziert werden darf, wie im Stadtbereich durch natürliche Vorgänge gebunden werden kann. (<http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/218>)

Im Alpenstadtjahr hat Bozen eine Studie verfasst, in der Untersuchungen und Maßnahmen beschrieben sind, um die Stadt klimaneutral werden zu lassen. Es ist den Mitwirkenden gelungen, ein wissenschaftlich fundiertes Konzept zu erarbeiten, welches die CO²-Emissionen untersucht und mögliche Reduktionsszenarien aufzeigt. (vgl. Bozen, Die Energiequelle, 2009)

Die Gemeinde Bozen hat die Notwendigkeit für einen Wandel frühzeitig erkannt und entsprechende Schwerpunkte im Bereich Mobilität, aber auch auf Gebäude und Infrastrukturen gesetzt. Zwar liegt der Schwerpunkt der Analyse auf dem Protokoll „Energie“, doch auch dem „Verkehr“ wurde ein eigenes Kapitel gewidmet. In der Analyse wurde untersucht, wie hoch die gesamten CO²-Emissionen der Stadt sind, welche die Hauptemissionsquellen darstellen oder durch welche Maßnahmen diese langfristig reduziert werden können.

Die Ergebnisse der durchgeführten Studie zeigen erwartungsgemäß, dass ein entscheidender Teil des Verbrauchs und der Emissionen dem Autoverkehr zuzuordnen sind. Als Maßnahme zur Verringerung der CO²-Emissionen setzt die Stadt demnach auf eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel, vor allem Züge. Es wurden fiktive Zukunftsszenarien errechnet, nach deren Einhaltung der Emissionsausstoß von 2,7 Tonnen auf 0,8 Tonnen zurückgehen könnte. (vgl. Bozen, „Die Energiequelle“, 2009: 5; 17)

Helmuth MORODER (2010), Gemeinderatsmitglied und Vertreter der Grünen fasst die Bemühungen in Sachen Klimapolitik im Alpenstadtjahr wie folgt zusammen:

„Die Frage lautet nicht, wie viel die Stabilisierung des Klimas kostet, sondern wie lange wir es uns noch leisten wollen, den Klimawandel zu finanzieren!“

(MORODER, 2010)

Er sieht das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Gemeinde als zentral an, die Belastung für die Gemeinde darf nicht zu groß werden. Neben den Promotoren sollten auch stets die Unternehmen mit eingebunden werden, in wirtschaftlichen Krisenzeiten müssen Chancen von allen Seiten erkannt und genutzt werden.

Als sehr wichtig schätzt MORODER (2010) auch das Netzwerk ein, in welches Bozen und jede andere „Alpenstadt des Jahres“ eingebettet ist.

„Das Problem ist, dass die Früchte eines Netzwerks nicht sofort zu ernten sind, sondern manchmal erst nach Jahrzehnten. Man darf sich nicht zu schnell Ergebnisse erwarten.“

(MORODER, 2010)

Bozen hat sich im Alpenstadtjahr 2009 die erarbeitete Klima-Studie als zentrales Element gesetzt. Mit diesem ausführlichen und arbeitsintensiven Werk ist es Bozen gelungen, ein detailliertes und übertragbares Konzept zu entwerfen und als Best-Practice-Beispiel eine Vorbildwirkung für andere Alpenstädte zu bekommen.

„Man wird bei Initiativen und Veranstaltungen wie der „Alpenstadt des Jahres“ aus politischer Sicht gezwungen, sich aus der konservativen Ecke heraus zutrauen und seine Horizonte zu erweitern.“

(MORODER, 2010)

Es bleibt zu hoffen, dass die genannten Maßnahmen und Schritte künftig tatsächlich umgesetzt werden.

9. Fazit

9.1 Die Zukunft der Alpen

Rund zehn Milliarden Menschen werden die Welt um 2050 bevölkern, und dies bei schwindenden Ressourcen. Von solchen Entwicklungen und globalen Umwälzungen werden auch die Alpen nicht verschont bleiben.

Prägnant zusammengefasst führte die industrielle Revolution zu einer Entwertung der alpinen Ressourcen sowie einem kurzfristigen Wirtschaften ohne Rücksicht auf die Umwelt. Dieser Umstand bringt es letztendlich mit sich, dass die Alpen ihren Charakter als spezifischer Lebens- und Wirtschaftsraum in Europa verlieren werden. (vgl. BÄTZING, 2010: 18ff)

„Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ist dies als eine gigantische Fehlentwicklung zu bewerten: Das moderne Wirtschaften zerstört seine eigenen kulturellen und ökologischen Voraussetzungen, indem es die kurzfristige Konkurrenzfähigkeit absolut setzt, und die extremen räumlichen Gegensätze – hier Intensivnutzung und Verstädterung, dort Brache und Entsiedlung – schaffen extrem fragile Raumstrukturen, die nicht dauerhaft-langfristig existieren können. Die Alpen machen diese Fehlentwicklung aufgrund ihres extremen Reliefs, ihrer schwierigen Umwelt und der kleinräumigen Verzahnung von Gunst- und Ungunstflächen ganz besonders deutlich.“
(BÄTZING, 2010: 18)

Kommt es zu keiner Änderung der globalen und europäischen Rahmenbedingungen, wird sich der seit den 1980er Jahren fortlaufende Entwicklungstrend auch weiterhin durchsetzen. Dies bedeutet, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in Europa noch stärker als bisher auf die Global Cities, also die großen Metropolen konzentrieren wird, was beispielsweise den Prozess der Vervorstädterung der Alpenstädte noch verstärken wird. Die Großstädte am Alpenrand, wie etwa Wien oder Zürich, werden weiter wachsen, was zu einer noch stärkeren Umstrukturierung der benachbarten Alpenräume hin zu städtischen Ergänzungsräumen führen wird.

Bei näherer Betrachtung der Alpen und ihrer Bewohner kommt man beim Gedanken an künftige Entwicklungen außerdem nicht umhin, sich Fragen über verödete und fast ausgestorbene Gebiete oder Orte zu stellen. Gerlind WEBER (2010) sieht diesbezüglich einen

„... gestalteten Rückzug als neue Aufgabe der Raumplanung“.
(SZENE ALPEN 93/2010: 17).

Trotz unübersehbarer Trends und Missstände setzen viele strukturschwache Gebiete im Alpenraum auf Wachstum, anstatt eine schrumpfungsgerechte Planung in die Hand zu nehmen. Raumplanung und Regionalentwicklung verfolgen unbeirrt Wachstumsziele, anstatt sich in angemessener Weise auf eine aktive und zukunftssträchtige Gestaltung der vor Ort ablaufenden Schrumpfungsprozesse zu konzentrieren.

Es sollte nicht um quantitative Angleichungen an Wachstumsregionen gehen, sondern um die Suche nach einer regionalen Lebensqualität, die es der dort verbleibenden und meist älteren Bevölkerung ermöglicht, fernab von wachsenden Agglomerationsräumen ein lebenswertes Leben zu führen. Die Raumplanung könnte hier als Vermittlerin auftreten. Eine Außenentwicklung, also eine Ausweitung des Siedlungsgebietes beispielsweise ist zu unterbinden, stattdessen sollten ungenutzte oder unternutzte Gebäude reaktiviert werden. Auch für die Überkapazität an Infrastruktur braucht es eine Lösung – aufgrund all dieser Aspekte bedarf es laut WEBER (2010) einer Anpassung des Instrumentariums für die Raumplanung. Der Begleitung von Schrumpfungsprozessen geht jedoch ein politischer Wille voraus, welcher in diesen Belangen schwer zu finden ist, da die betroffenen Menschen und ihre emotionale Verbundenheit mit den Gebieten zu leicht übersehen werden. (vgl. SZENE ALPEN 93/2010: 18)

Ein weiterer wichtiger Aspekt die Zukunft der Alpen betreffend ist der Tourismus. Bestenfalls verbleibt er auf dem Status quo, er wird jedoch eher rückläufig werden und sich immer stärker auf die großen Tourismuszentren konzentrieren, welche laut BÄTZING (2010) eine starke Verstädterung durchlaufen werden. Bestehende Subventionen für die Landwirtschaft beziehungsweise die Aufrechterhaltung und Unterstützung peripherer Infrastrukturen dünn besiedelter Gebieten werden zurückgehen oder ganz wegfallen, was für einige wenig erschlossene und wirtschaftsschwache Gebiete in den Alpen das Aus bedeuten würde.

Kommt es tatsächlich zu all den genannten Entwicklungen, zerfallen die Alpen bis zum Jahr 2025 in zwei gegensätzliche Teile. Zum einen in verstädterte Einflussgebiete europäischer Metropolen und zum anderen in große Entsiedlungsräume fernab urbanisierter Regionen. Damit wären die Alpen als ein spezifischer Lebens- und Wirtschaftsraum endgültig verschwunden. (vgl. BÄTZING, 2010: 19)

9.2 Die Zukunft der Alpenstädte

Das Thema „Städte in den Alpen“ ist komplex und sehr vielschichtig. Allgemeingültige Regeln oder Schlussfolgerungen sind kaum formulierbar, zu viele Aspekte auf verschiedenen Ebenen unterscheiden die Städte und machen Vergleiche fast unmöglich. Dennoch sollen ein paar allgemein gültige Punkte festgehalten werden, die nach der Untersuchung der Alpenstädte sowie den geführten Interviews hervortraten.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der europäische Strukturwandel die Alpen voll erfasst hat, weshalb vor allem Städte und Gemeinden in Tallagen wachsen und Agglomerationsbänder bilden. Umgekehrt veröden die ländlichen Gemeinden und die Zahl ländlicher Regionen nimmt ab. (vgl. PERLIK, 1997: 42)

"(...) wird man umdenken müssen. Völlig neu denken: Ökologisch angepasste Bewirtschaftungs- und Betriebsweisen, neue Formen des Zusammen-Arbeitens und Zusammen-Wirtschaftens, der Abbau von physischen Grenzen und die Überwindung von ideologischen Hürden."

(DONATSCH, 2010: 29)

Der stark vom Dienstleistungssektor sowie von äußeren Einflüssen geprägte Alpenraum muss sich bemühen, Innovationen und Entwicklungen von innen heraus, also vom Alpenraum selbst zu forcieren. Dieses allgemeine Grundprinzip gilt nicht nur für die Alpen, sondern für die gesamte europäische Entwicklung. Eine ökologische und sozio-kulturelle Reproduktion kann nur auf regionaler Ebene gewährleistet werden, da ansonsten ein spezifisch europäisches Charakteristikum vom Nebeneinander vielfältiger Kulturen gefährdet wäre. Tourismus, Wasserkraftnutzung, moderne Industrie- und Dienstleistungsbetriebe müssen in die Regionalwirtschaft eingebunden werden, damit sie keinen ökonomischen oder kulturellen "Fremdkörper" bilden und die Multifunktionalität des Alpenraums nicht gefährden. (vgl. BÄTZING in FRANZ, 1994: 43f)

Das oben genannte endogene Potential des Alpenraums ist eng mit dem Thema „Wirtschaft“ verknüpft. Die Städte sollten in dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen ein Klima schaffen, in dem die Bewohner ihre wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnisse befriedigen können. Ebenso wichtig ist es, ein Wirtschaftssystem zu entwickeln, das den Bewohnern ein Gefühl von Ortszugehörigkeit und Eigentum verschafft. Dies wird letzten Endes zu einem stärkeren Engagement der Bürger und gemeinschaftlichen Zusammenhalt führen.

Bei der Untersuchung der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ war auch klar ersichtlich, dass der wirtschaftliche Wohlstand einer Gemeinde vor allem deshalb wichtig ist, weil Initiativen die Nachhaltigkeit betreffend sowohl auf öffentliche wie auf private Sponsoren angewiesen sind.

Kleinstädte müssen sich stets der möglichen Hindernisse bewusst sein, die sie im Alltag und auf dem Weg zu einer Veränderung behindern können. Es bedarf genauer Überlegung und Planung, wenn es um die Finanzierung nachhaltiger Projekte und Initiativen geht. Finanzielle und administrative Ressourcen sind meist begrenzt und erlauben keine allzu großen Investitionen.

Hier kommen die in Kapitel 4.6.4 beschriebenen Kooperationen und Netzwerke zu tragen, da sie bei jeglichem Wissenstransfer zwischen den Städten helfen und diese voneinander lernen können. Teure externe Berater, Studien oder Gutachter können somit gespart werden. Wie auch von Beteiligten der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ bekräftigt, stehen und fallen Projekte häufig mit so genannten „Zugpferden“, also den Promotoren, die ein Projekt ins Leben rufen und federführend betreuen. Oft sind Kleinstädte in der glücklichen Lage, mit solchen Personen in Form von interessierten Bürgern und lokalen Geschäftsleuten aufwarten zu können, die für „ihre“ Stadt etwas tun wollen. Es gilt hier, diese wertvolle Art von Humankapital zu erkennen, zu schätzen und zielführend einzusetzen. (vgl. KNOX und MAYER, 2009: 178)

All diese genannten Aspekte spielten auch bei der Untersuchung der „Alpenstädte des Jahres“ eine wichtige Rolle. Immer wieder standen hier engagierte Einzelpersonen im Vordergrund, die sich mit vollem Einsatz an der Umsetzung diverser Projekte beteiligten. Kooperationen und Netzwerke waren ebenfalls wichtige Aspekte, sowohl vor als auch nach Projektablauf.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ ein sinnvolles und zukunftssträchtiges Werkzeug für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum darstellt. Sie hat nach ein paar Startschwierigkeiten einen sehr positiven Entwicklungsprozess hinter sich und die Akteure sind stets bemüht, auf allen Ebenen an einem Strang zu ziehen. Es gilt, diesen Konsens weiterzuführen, sich entwickeln zu lassen und durch gezielte Kommunikation möglichst viele Menschen für die Idee zu begeistern.

9.3 Beantwortung der Forschungsfragen

Als Abrundung für das Fazit sollen nun die zu Beginn der Arbeit gestellten Forschungsfragen eingehend behandelt werden.

→ Was sind die Schlüsselfaktoren für eine effiziente Regionalentwicklung speziell bei länderübergreifenden Initiativen?

Unter den „Top 3“ aller Schlüsselfaktoren innerhalb jeglicher regionalpolitischer Prozesse finden sich immer die **Promotoren**. Seien es Privatpersonen, Unternehmer, Vereinsmitglieder oder sonstige interessierte Bürger – durch ihr Engagement, ihre Lernbereitschaft sowie ihren Wunsch zur Veränderung werden Projekte ins Leben gerufen, durchgeführt und bestenfalls am Laufen gehalten. Diese Schlüsselpersonen werden auch oftmals von mächtigeren Personen, zumeist aus der Politik akzeptiert, da sie es eher schaffen, weitere Leute zu motivieren. (vgl. GASSNER, 2009)

Auch Klaus LADINSER, seines Zeichens Stadtrat für Verkehr, Wirtschaft und Umwelt in Bozen meinte:

„Es sollte so wenig politischer Einfluss wie möglich kommen, sobald man über Parteien zu diskutieren beginnt kann man sich sicher sein, dass einige Leute skeptisch werden und nicht mehr teilnehmen wollen.“

(LADINSER, 2010)

Das rege Interesse und Engagement der Promotoren sollte im Idealfall auch zum nächsten Erfolgsfaktor führen, der **Beteiligung der Öffentlichkeit**. Diese kann sich aber nur dann beteiligen, wenn sie auch informiert wird. Ein Kernpunkt dieses Erfolgsfaktors ist demnach die breite und transparente **Kommunikation**, die den „einfachen Bürger“ erreichen und motivieren soll. Helmuth MORODER von den Grünen in Bozen meinte diesbezüglich:

„Es ist immer schwierig eine Stadt zu motivieren etwas zusätzlich zu tun, zu dem was sie eh schon tut. Politiker wie Beamte sind meist so schon überfordert.“

(MORODER, 2010)

Dennoch „zwingt“ eine Auszeichnung wie die der „Alpenstadt des Jahres“ eine Stadt quasi dazu, aktiv zu werden und fordert die Bewohner dazu auf, etwas zu tun und sich darüber klar zu werden, dass sie bei der Gestaltung ihrer Stadt sehr wohl ein Mitsprache- und Gestaltungsrecht haben. Eine besondere Bedeutung an diese Stelle kommt den lokalen Medien und Journalisten zu. Ihre Aufgabe ist es, die Akzeptanz und Kooperation der Bevölkerung zu gewinnen. Gerhard LEEB, Gründervater des Vereins „Alpenstadt des Jahres“ meint hier aber:

„Kein Mensch liest nur eine Annonce, dass es eine Alpenstadt des Jahres gibt, es muss eine Geschichte dahinter sein!“

(LEE, 2010)

Kreativität und Vielseitigkeit sind demnach unerlässlich wenn es darum geht, die Leute für etwas zu begeistern, was ihnen unmittelbar keinen Nutzen bringt.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Analyse von Erfolgsfaktoren ist das **regionale Potential**, welches jede Region in unterschiedlicher Form aufzuweisen hat. (vgl. GASSNER, 2009)

Wirtschaftlich ausgedrückt sollte jede Region einen USP haben, eine „Unique Selling Proposition“, also ein Alleinstellungsmerkmal, das sie einzigartig und attraktiv macht. Ansonsten ist es schwierig, eine regionale Identität zu schaffen beziehungsweise Vorzüge klar und nachvollziehbar zu kommunizieren. Ohne diesem „einmaligen Verkaufsargument“ ist es für das Regionalmanagement nicht einfach, das Beste aus der Region herauszuholen.

Das angesprochene Potential kann unterschiedlicher Art sein, sei es auf die vorhandene Natur bezogen, das wirtschaftliche Potential betreffend oder auch die soziale Komponente, durch die sich eine Region auszeichnen kann. Von diesen Besonderheiten, die wiederum von Region zu Region variieren können, gibt es noch viele mehr. Die Herausforderung liegt darin, sie zu finden, aufzuwerten und verständlich nach außen hin zu kommunizieren.

Ein weiterer von den beteiligten Akteuren der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ immer wieder genannter Schlüsselfaktor ist der **Wissensaustausch**. Dieser geht Hand in Hand mit der Bildung von **Netzwerken und Kooperationen**. Regionen setzen sich aus vielen vernetzten Strukturen zusammen, woraus sich eine hoch komplexe Struktur ergibt, in der sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen unterschiedlicher Komplexität und Größe miteinander interagieren. Bündnisse und Kooperationen sind vor allem deshalb wichtig, da die Entscheidungsmöglichkeiten der Gemeinden immer beschränkter werden, es erfolgt eine Kompetenzverlagerung zu Gunsten von Land, Bund oder EU. Eine Abgrenzung auf allen Ebenen kann keine Zukunft haben, in einer so dynamischen Welt wie der heutigen müssen Kräfte gebündelt und Know-how ausgetauscht werden, um gemeinsam aber dennoch jeder für sich überleben zu können. Gemeindekooperationen haben viele Vorteile, beispielsweise die Einsparung von Kosten, etwa durch die gemeinsame Nutzung von Maschinen oder Großeinkäufen mit Mengenrabatt bei genügend Beteiligung. Auch können größere Investitionen getätigt werden, von denen alle Gemeinden und bestenfalls die ganze Region Vorteile hat. Weg vom „Kirchturmdenken“, hin zu einer vorausschauenden und effizienten Politik lautet demnach die Devise, wenn es um eine nachhaltige Regionalentwicklung geht. (vgl. GASSNER, 2009)

→ **Lässt sich ein Nachhaltigkeitsmodell beschreiben, welches auf alle Alpenstädte angewendet werden kann?**

Nein. Ein allgemeingültiges Nachhaltigkeitsmodell für die Alpenstädte ist weder möglich noch sinnvoll, zu unterschiedlich und individuell sind Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik als dass man ein einheitliches Modell beschreiben könnte. Diese Verschiedenartigkeit darf jedoch nicht als Hindernis oder gar Störung empfunden, sondern sollte als Kulturerbe und europäisches Charakteristikum betrachtet werden.

„Das wäre wie ein Qualitätsmanagement in einem Unternehmen, nach dem sich alle ständig richten müssten, ich erachte das als wenig sinnvoll. Man muss solche Sachen offen lassen, gerade die Mixtur macht die ganze Bewegung ja interessant!“

(NEUGEBAUER, 2010)

Wie man dem genannten Zitat entnehmen kann, ist Josef NEUGEBAUER (2010) gegen eine Eingliederung in ein allgemeingültiges Modell, die laut ihm einen negativen Effekt auf die Stadtentwicklung hätte, da man sich permanent in das eigene Leitbild einfügen müsste und dies sowohl Kreativität als auch Motivation bremsen würde.

Die Alpenstädte müssen länderspezifisch und jeweils in ihrem **regionalen Kontext** gesehen und behandelt werden. Die Städte „starten“ zudem von unterschiedlichen Niveaus, partizipative Prozesse sind beispielsweise in den romanisch-sprachigen Ländern aufgrund ihrer zentralistischen Struktur nicht so verbreitet, wie Serena RAUZI (Projektmitarbeiterin „Alpenstadt des Jahres“) erklärt:

„Wenn man in der eigenen Region nicht sehr viel zu sagen und entscheiden hat, kommt es weniger zur Partizipation!“

(RAUZI, 2010)

Raumplanungsprozesse weisen also innerhalb der einzelnen Alpenstaaten signifikante Unterschiede auf, was ein allgemeingültiges Nachhaltigkeitsmodell schier unmöglich macht.

→ **Werden die Protokolle der Alpenkonvention im Rahmen der Initiative „Alpenstadt des Jahres“ tatsächlich umgesetzt?**

Die Antwort ist ein eindeutiges „Ja“. Schon während des Bewerbungszeitraums müssen die Anwärterstädte einen sehr detaillierten Fragebogen ausfüllen und werden schon im Vorfeld mit aller Klarheit darauf aufmerksam gemacht, dass den Alpenkonventionsprotokollen stets Rechnung getragen werden muss und sämtliche Entscheidungen bezüglich Maßnahmen und Projekten immer in Anlehnung an die Inhalte dieses Vertrages zu treffen sind.

Aufgrund aktueller Umstände und Problembereiche liegt das Hauptaugenmerk auf den Protokollen „Verkehr“, „Energie“, „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“, „Tourismus“ sowie der gemeinsamen Deklaration „Bevölkerung und Kultur“. Konkrete Umsetzungsbeispiele hierfür finden sich in Kapitel 8 bei der Beschreibung der einzelnen „Alpenstädte des Jahres“.

→ **Welche Handlungsempfehlungen können im Hinblick auf künftige Nachhaltigkeitsstrategien im Alpenraum gegeben werden?**

Die folgenden Handlungsanweisungen entstammen den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchungen zur „Alpenstadt des Jahres“ und dazu gesammelten Informationen sowie der Arbeit von KNOX und MAYER (2009: 178), die in ihrem Fazit „Was funktioniert (und was nicht)“ am Ende ebenfalls Handlungsanweisungen für Kleinstädte geben.

9.4 Allgemeine Handlungsanweisungen für Kleinstädte

- **Wirtschaftlicher Wohlstand** im weitesten Sinn ist für Nachhaltigkeitsansätze zwar nicht essenziell aber dennoch sehr wichtig, da Initiativen und Projekte die Nachhaltigkeit betreffend oft auf öffentliche und private Gelder angewiesen sind.
- Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind ein laissez-faire-Denken sowie wirtschaftsliberale Ansätze der nachhaltigen Entwicklung einer Kleinstadt nicht zuträglich. Es sollten politische Möglichkeiten genutzt werden, den Nachhaltigkeitsprozess in kleinen bis mittelgroßen Städten zu stärken. Ein Beispiel wäre hier etwa die Verpflichtung, Güter und Dienstleistungen vor Ort zu beschaffen oder zumindest einen Mindestprozentsatz davon, nach dem Motto „**Fahr nicht fort, kauf im Ort**“. Auch eine Reduzierung der Grundsteuer für unabhängige lokale Einzelhändler, sowie die Begrenzung des Marktanteils großer Einzelhändler ist anzustreben, um einen Missbrauch der Marktmacht zu verhindern.
- Eine Kleinstadt sollte stets **lokale Wettbewerbsvorteile** nutzen und ihre wirtschaftlichen Kompetenzen identifizieren (z.B. Arbeitserfahrung, Fähigkeiten, „Unternehmergeist“, kulturelle und kreative Kompetenzen, etc.)
- Einem **umweltfreundlichen Verhalten** (z.B. Kompostierung, Recycling, etc.) gepaart mit Investitionen in erneuerbare Energien muss eine hohe Priorität zugewiesen werden.
- Durch die Vermarktung **regionaler Produkte** und so genannten „**Nischenprodukten**“ kann die **regionale Identität** gestärkt werden.
- Städte und Gemeinden sollten einen Schwerpunkt auf langfristige Investitionen in soziale, wirtschaftliche und ökologische **Infrastruktur** legen.
- **Freie Flächen und Plätze** innerhalb der Stadt sind als „Orte der Begegnung und der Kommunikation“ zu bewahren und zu fördern.
- Das individuell vorhandene **Erbe einer Kleinstadt**, sei es natürlicher oder kultureller Art, muss gepflegt werden. Die Konzentration und Vermarktung darf nicht nur auf Neuem liegen, das „Alte“ soll geschätzt, gefördert und bewahrt werden.

9.5 Handlungsanweisungen für die Initiative „Alpenstadt des Jahres“

- Eine **aktive Vorbereitung** sowie eine **öffentliche Präsentation** im Vorjahr des Alpenstadtjahres beziehungsweise vor Beginn der Alpenstadt-Aktivitäten sind wesentliche Schritte für eine erfolgreiche Umsetzung.
- Eine Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung zu komplexen Themen wie „Nachhaltigkeit“, „Regionalentwicklung“ oder auch Projekten und Initiativen wie der „Alpenstadt des Jahres“ kann nur durch **gezielten** und **verständlichen Informationstransfer** erfolgreich sein.
- Alle **betroffenen Akteure** wie etwa politische Entscheidungsträger, Vereine, Verbände, Behörden oder Einzelpersonen müssen rechtzeitig informiert und einbezogen werden.

- Es sollte stets das Bemühen vorhanden sein, von den Vorgänger-Städten zu lernen und sich mit ihnen **auszutauschen**.
- Die **fünf Vereinsziele** müssen bei allen Beteiligten im Vordergrund stehen und die Ausgangsbasis für alle Aktivitäten bilden.
- Ressourcenknappheit macht erfinderisch – kreative **Finanzierungsmodelle** müssen gefunden und zugelassen werden.
- Trotz der oftmaligen Abhängigkeit von politischen Entscheidungsträgern sollte der **politische Einfluss** auf Projekte aller Art so gering wie möglich sein. Zu schnell kann es zu Interessenskonflikten auf einer Ebene kommen, die vom Nachhaltigkeits- oder Gemeinschaftsgedanken zu weit entfernt ist.
- Ein rein technisch-ökonomisches Denken sowie ein permanenter Optimierungsgedanke sind bei Nachhaltigkeitsstrategien nicht zielführend, da Ergebnisse nicht unmittelbar ersichtlich sind und es manchmal Jahre braucht, um die „Früchte“ eines Projekts oder einer Maßnahme zu ernten. Es bedarf diesbezüglich viel **Geduld, Ausdauer und Idealismus**.
- Bei den durchgeführten Projekten im Rahmen des Alpenstadttjahres sollte stets das **Bewusstsein** bei den Menschen geschaffen werden, dass es ein „Alpenstadtprojekt“ war und assoziativ mit diesem in Verbindung gebracht werden.
- Eine Aufrechterhaltung und **Pflege des Netzwerks** sowie die **Schaffung von Kooperationen** sind für den Erfolg auf allen Ebenen unumgänglich. Regelmäßige Treffen, Konferenzen oder Workshops sollen Akteure verschiedenster Ebenen und Kulturen einander näher bringen.
- Sowohl **internes Marketing** (z.B. Info-Veranstaltungen, Bewusstseinsbildung, Medienkampagnen, Einbindung von Schulen, Lobbyarbeit, etc.) sowie auch **externes Marketing** (z.B. Imagekataloge, „Special-Interest“-Angebote, etc.) sollten vor und während dem Alpenstadttjahr stattfinden.
- Ein **gemeinsames Marketing** der europäischen Alpenstädte wäre tourismustechnisch gesehen sinnvoll und würde einer Identitätsbildung sehr zuträglich sein.
- Eine **begleitende Erfolgskontrolle**, ein **Monitoring** sowie eine **jährliche Evaluation** könnten einige Abläufe und Prozesse effizienter gestalten und optimieren.
- Die Umsetzung der **Alpenkonventionsprotokolle** hat oberste Priorität.

Die Ausführungen in 9.4 und 9.5 erheben selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versuchen die Kernaspekte herauszuheben und Anhaltspunkte für eine mögliche Umsetzung zu geben.

10. Schlusswort

Die Alpen stehen eindeutig in einem Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Beharren und Vision sowie Peripherie und Urbanität. Lange Zeit wurden Fragen die Alpen betreffend nur sektoriell erörtert, hier Wirtschaft, da Kultur, hier Politik, da Umwelt. Für eine zeitgemäße Entwicklungsstrategie bringt diese zunehmende Spezialisierung der einzelnen Fachgebiete allerdings wenig. Es sollen vielmehr Fachleute und PolitikerInnen aktuelle Fragen unter einer vernetzenden Betrachtungsweise angehen, und zwar dort, wo konkrete Probleme auftreten. (vgl. GLAUSER und SIEGRIST, 1997: 24)

In Europa herrscht ein ungebrochen starker Glaube an permanenten Fortschritt, jegliche tiefgreifenden Rückschläge des 20. Jahrhunderts wie Weltkriege, Revolutionen oder der Mauerfall werden gekonnt verdrängt. Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 hat jedoch deutlich gemacht, wie realitätsfern dieser Fortschrittsgedanke eigentlich ist. Trends, Entwicklungen und Veränderungen sind daher ständig zu hinterfragen und auf ihren langfristigen Einfluss auf das komplexe System „Alpen“ zu prüfen. (vgl. BÄTZING, 2010: 19)

„Die Zukunft der Alpen (Alpen und Almen) hängt von der Zukunft der Beziehungen ab, die der Mensch zu diesen Räumen hat und diese von der Zukunft der Gesellschaft. Es wird darum gehen, Altes und Neues zu verbinden, Anderes auszuprobieren und offen zu sein.“

(DONATSCH, 2010: 29)

Um eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum zu gewährleisten dürfen auch die Städte samt ihrer Bevölkerung nicht außer Acht gelassen werden. Sie sind Drehscheibe für Wirtschaft und Kultur einer ganzen Region und sollten sich dieser Verantwortung stets bewusst sowie um eine aktive Weiterentwicklung bemüht sein.

Es gilt bis heute, trotz der erreichten Fortschritte, mit der Fragilität alpiner Systeme auf allen Ebenen zu rechnen und ihr gerecht zu werden. Die Initiative „Alpenstadt des Jahres“ versucht zu diesem Prozess einen aktiven Beitrag zu leisten.

11. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Das Drei-Säulen-Modell	18
(Quelle: http://www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/nachhaltigkeit/grundlagen/saulenmodell/); Stand April 2010	
Abbildung 2: Alpenbogen mit dem Einzugsgebiet der Alpenkonvention	45
(Quelle: http://www.alpenverein.at/naturschutz/Alpenkonvention/img/alpenkonventionsabgrenzung.jpg); Stand April 2010	
Abbildung 3: Großflächige Schutzgebiete in den Alpen im Einzugsgebiet der Alpenkonvention.....	51
(Quelle: http://de.alparc.org/); Stand 10.06.2010	
Abbildung 4: Organisatorischer Aufbau der Alpenkonvention	52
(Quelle: VADEMECUM Alpenkonvention, 2002; eigene Bearbeitung); Stand April 2010	
Abbildung 5: Logo des Vereins „Alpenstadt des Jahres“.....	60
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/infoservice/downloads); Stand April 2010	
Abbildung 6: Fußgängerzone Villach	67
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/2061) ; Stand April 2010	
Abbildung 7: Altstadt von Trient	71
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/209); Stand April 2010	
Abbildung 8: Blick auf Sonthofen	73
(Quelle : www.sonthofen.de); Stand April 2010	
Abbildung 9: Stockalperschloss in Brig-Glis.....	76
(Quelle: http://www.brig.ch/); Stand April 2010	
Abbildung 10: Blick auf Bozen	79
(Quelle: http://www.superfly.fm/new/uploads/pics/bozen.jpg); Stand April 2010	
Tabelle 1: Flächen- und Bevölkerungsanteil im Einzugsgebiet der Alpenkonvention	44
(Quelle: Alpenzustandsbericht 2007)	
Tabelle 2: Chronologie der bisherigen „Alpenstädte des Jahres“	65
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/); Stand April 2010	

Tabelle 3: Steckbrief Villach	67
(Quelle : http://www.austria14.com/2007/10/16/villach-gallery/)	
Tabelle 4: Steckbrief Trient	71
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/209)	
Tabelle 5: Steckbrief Sonthofen	73
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/212)	
Tabelle 6: Steckbrief Brig-Glis	76
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/215)	
Tabelle 7: Steckbrief Bozen	79
(Quelle: http://www.alpenstaedte.org/de/alpenstaedte-1/218)	

12. Quellenverzeichnis

12.1 Interviewpartner

BUHL, H. (2010): Interview zur „Alpenstadt des Jahres 2005“, Sonthofen; durchgeführt am 12.02.2010 in Bad Aussee (A)

LADINSER, K. (2010): Interview zur „Alpenstadt des Jahres 2009“, Bozen; durchgeführt am 12.02.2010 in Bad Aussee (A)

LEEB, G. (2010): Interview zur Initiative „Alpenstadt des Jahres“ aus Sicht des Gründervaters; durchgeführt am 13.02.2010 in Bad Aussee (A)

MORODER, H. (2010): Interview zur „Alpenstadt des Jahres 2009“, Bozen; durchgeführt am 12.02.2010 in Bad Aussee (A)

NEUGEBAUER, J. (2010): Interview zur „Alpenstadt des Jahres 1997/98“, Villach; durchgeführt am 12.02.2010 in Bad Aussee (A)

RAUZI, S. (2010): Interview zur Initiative „Alpenstadt des Jahres“ aus Sicht der Projektleitung; durchgeführt am 29.01.2010 in Schaan (FL)

WEISSEN, A. (2010): Interview zur Initiative Alpenstadt des Jahres aus Sicht eines ehemaligen Jurymitglieds; durchgeführt am 23.03.2010 in Wien (A)

12.2 Verwendete Literatur

ABSCHLUSSBERICHT Brig-Glis. Alpenstadt 2008.

BÄTZING, W. (1994): Nachhaltige Naturnutzung im Spannungsfeld zwischen komplexer Naturdynamik und gesellschaftlicher Komplexität. In: BÄTZING, W. und WANNER, H. (Hrsg.): Geographica Bernensia: Reihe P, Geographie für die Praxis, Nr. 30; Bern: Geographisches Institut der Universität.

BÄTZING, W. (2003): Tagung zum Jahr der Berge. In: Raumordnung im Alpenraum - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial ARL, Nr. 294; Hannover.

BÄTZING, W. (2003): Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft; München: Beck.

BÄTZING, W. und HANZIG-BÄTZING, E. (2005): Entgrenzte Welten. Die Verdrängung des Menschen; Zürich: Rotpunkt.

BÄTZING, W. (2010): Verschwinden die Alpen als menschlicher Lebensraum? In: BERG 2010-Jahrbuch des Österreichischen Alpenvereins; München, Innsbruck, Bozen.

BÖRZEL, T.A. (2003): How the European Union interacts with its member states. Institut für Höhere Studien (IHS); Wien.

BORSODORF, A. und PAAL, M. (2000): Die "alpine Stadt" zwischen lokaler Verankerung und globaler Vernetzung. Beiträge zur regionalen Stadtforschung im Alpenraum; Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

BORSODORF, A. und LANGE, S. (2006): Politische, kulturelle und wissenschaftliche Perspektiven der nachhaltigen Raumentwicklung in den Alpen. Erste Ergebnisse des an der LFU Innsbruck koordinierten EU-Projektes DIAMONT; Innsbruck: IUP - Innsbruck University Press.

BRASCHE, U. (2008): Europäische Integration. Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte; München und Wien: Oldenbourg.

CORRADO, F. (2010): Fragile areas in the Alpine region: a reading between innovation and marginality. In: Revue de géographie alpine/Journal of Alpine Research; Mélanges.

DAX, T. (2008): Soziale Nachhaltigkeit und Netzwerke im Alpenraum. In: DAX, T. und WIESINGER G. (Hrsg.): Bundesanstalt für Bergbauernfragen (= CIPRA, Zukunft in den Alpen); Wien.

DIEFENBACHER, H. (2001): Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie; Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

DONATSCH, P. (2010): Kühe, Käse – und die Zukunft? In: BERG 2010-Jahrbuch des Österreichischen Alpenvereins; München, Innsbruck, Bozen.

FAVRY, E. (2006): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. In: ÖROK Schriftenreihe, Nr. 171; Wien.

FRANZ, H. (1994): Gefährdung und Schutz der Alpen. In: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Veröffentlichungen der Kommission für Humanökologie, Nr. 5; Wien.

GASSNER, C. (2009): LEADER+ und Tourismus – Welche Perspektiven für ländliche Räume? Diplomarbeit, Universität Wien.

GISSER, B. (2001): Der Kulturweg Alpen. Ein Beitrag zu einer sanften, nachhaltigen Regionalentwicklung. Diplomarbeit, Universität Wien.

GLAUSER, P. und SIEGRIST, D. (1997): Schauplatz Alpen. Gratwanderung in eine europäische Zukunft; Zürich: Rotpunktverlag.

GÖTZ, A. (2007): Wir Alpen! Menschen gestalten Zukunft. In: Internationale Alpenschutzkommission CIPRA International (Hrsg.); 3. Alpenreport; Bern u.a.: Haupt.

GOLIAS, E. (2008): Umsetzung von Gemeinwohl als Facette der Nachhaltigkeit am Beispiel des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention. Diplomarbeit, Universität Wien.

HASSLACHER, P. (2000): Deutschland. Die Alpenkonvention - eine Dokumentation. In: Übereinkommen zum Schutz der Alpen, Fachbeiträge des Österreichischen Alpenvereins, Serie Alpine Raumordnung, Nr. 17; Österreichischer Alpenverein, Fachabteilung Raumplanung-Naturschutz (Hrsg.); Innsbruck.

HASSLACHER, P. (2002): Vademecum Alpenkonvention. Österreichischer Alpenverein (Hrsg.), Fachabteilung Raumplanung-Naturschutz; Innsbruck.

HASSLACHER, P. (2004) : Die Alpenkonvention - Markierungen für ihre Umsetzung in: Österreichischer Alpenverein, Fachabteilung Raumplanung-Naturschutz - Fachbeiträge des Österreichischen Alpenvereins, Serie: Alpine Raumordnung, Nr. 24; Innsbruck.

HAUFF, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht - Weltkommission für Umwelt und Entwicklung; Greven: Eggenkamp.

HUMMELBRUNNER, R., LUKESCH, R. et al., (2002): Systemische Instrumente für die Regionalentwicklung. In: ÖAR Endbericht; Graz.

IVANISIN, M. (2004): Nachhaltige Entwicklung als Identität. Ein kommunizierender Denkansatz für Regionen und Regionalentwicklung. Dissertation, Universität Wien.

IVANISIN, M. (2006): Regionalentwicklung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit und Identität; Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

KARRE, B. (2003): Freie Fahrt für die Alpenkonvention?! Umsetzung am Brennpunkt Verkehr. In: CIPRA Österreich; Tagungsband der CIPRA Nr. 21 - Jahresfachtagung 23. - 24. Oktober 2003; Salzburg.

KNOX, P. und MAYER, H. (2009): Kleinstädte und Nachhaltigkeit – Konzepte für Wirtschaft, Umwelt und soziales Leben; Basel: Birkhäuser.

LAFFERTY, W. M. und NARODOSLAWSKY, M. (2003): Regional Sustainable Development in Europe. The challenge of multi-level cooperative governance; Graz, Oslo.

NINCK, M. (1997): Zauberwort Nachhaltigkeit; Zürich: Vdf, Hochschul-Verlag an der ETH.

NORER, R. (2002): Die Alpenkonvention. Völkerrechtliches Vertragswerk für den Alpenraum. In: Diskussionspapier der Universität für Bodenkultur, Nr. 93-R-02; Wien.

PAECH, N. (2006): Nachhaltigkeit jenseits des Drei-Säulen-Modells. In: Natur und Kultur, Jg. 7/1; Wien.

PERLIK, M. (1999) : L'avenir des villes des Alpes en Europe. Die Zukunft der Alpenstädte in Europa ; Grenoble: Institut de Géographie Alpine und Bern: Geographisches Institut der Universität.

PERLIK, M. (2001): Alpenstädte. Zwischen Metropolisation und neuer Eigenständigkeit; Bern: Geographisches Institut der Universität.

PSENNER, R. und LACKNER, R. (2006): Die Alpen im Jahr 2020; Innsbruck: IUP-Innsbruck University Press.

PERLIK, M. (1998): Das Städtische und die Alpenkonvention. Dokumentation der Ergebnisse des Pilotprojekts "Alpenstadt des Jahres: Villach '97". Villach.

PÜTZ, M. (2004): Regional Governance. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München; München.

RADERMACHER, J. (2010): „...und zum Schluss werden wir noch panisch“. In: Wachstum auf Teufel komm raus? SZENE ALPEN 93/2010; Schaan.

SEGERT, A. und ZIERKE I. (2005): Regionale Ungleichheiten aus der Perspektive nachhaltiger Regionalentwicklung. Das Beispiel ländlicher Räume in Deutschland. In: Brandenburgische Umwelt-Berichte, Nr. 16; Potsdam: Universitäts-Verlag.

SPARBER, W., FEDRIZZI, R., et al. (2009): Bozen. Die Energiequelle; Stadtgemeinde Bozen.

STREICHER, G. (2001): Die Umsetzung der Alpenkonvention als mögliche Raumentwicklungsperspektive. Eine Untersuchung am Fallbeispiel der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs. Diplomarbeit, Universität Wien.

WEBER, G. (2010): Der gestaltete Rückzug als neue Aufgabe der Raumplanung – Schrumpfen als Planungsauftrag. In: Wachstum auf Teufel komm raus? SZENE ALPEN 93/2010; Schaan.

WERLEN, B. (1995): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen; Stuttgart: Steiner.

12.3 Internetquellen

www.alpine-space.org

<http://de.alparc.org>

www.alpenstaedte.org/de

www.alpenkonvention.org

www.cipra.org

<http://www.cipra.org/de/alpmedia>

www.alpmove.ch/

www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/nachhaltigkeit/grundlagen/saeulenmodell; Stand 26.04.2010

www.alpenverein.at/naturschutz/Alpenkonvention/img/alpenkonventionsabgrenzung.jpg; Stand 26.04.2010

<http://rga.revues.org/index1169.html>; Stand 09.06.2010

<http://www.euranet.eu/ger/Dossiers/UN-Klimakonferenz?gclid=CP-nsqrYlaICFQm7ZwodQHkkGw>; Stand 10.06.2010

<http://klimagipfel.greenpeace.de/>; Stand 10.06.2010

<http://www.sonthofen.de/stadt/zukunft/zukunft.php3>; Stand 17.06.2010

<http://www.alpsee-gruenten.de/>; Stand 17.06.2010

CURRICULUM VITAE



Persönliche Daten

Name: Sabrina BUCHL
Anschrift: 1230 Wien, Rudolf Zeller-Gasse 10/11
Tel.: 0043/676 97 66 777
E-Mail: sabrina.buchl@gmx.at
Geboren: 27.9.1983
Familienstand: ledig
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

1990-1994 Volksschule Alt Erlaa, A-1230 Wien
1994-2002 Gymnasium GRG XXIII
A-1230 Wien
Matura im Juni 2002
09/2003 - 2004 Studium der Rechtswissenschaften, Universität Wien
ab 09/2004 - 2010 Diplomstudium Geographie und Raumforschung, Universität Wien
Schwerpunkte: Raumordnung; Kartographie und Geoinformation
09/2005 zusätzliche Lehrveranstaltungen: Bakkalaureat Umwelt- und Bioressourcenmanagement, Universität für Bodenkultur Wien

Berufliche Erfahrung

Sommer 1999-2001 Ferialpraktikum Büroassistentin- Wr. Städtische Versicherung, A-1010 Wien
Nov.2000, Jan.2001 mehrfache Assistenz im Gästeservice
e-lisa Marketing und Vertrieb GmbH & Co KG, A- 1013 Wien
Sept. - Dez. 2002 Au pair Mädchen in London
Feb. - Juni 2003 Aufenthalt in Australien, Service in Hotellerie und Gastgewerbe
Juli 2003 Ferialpraktikum Bank Austria, A-1230 Wien
Juli 2004 Ferialpraktikum Anwaltskanzlei Dr. Mitsche, A-1010 Wien
Juli 2005 Landschaftsökologisches Praktikum im Rahmen des „Schweizer Landdienstes“
in Graubünden, Schweiz
April 2006 - April 2007 Mitarbeit beim ALUMNI-Absolventenverein der Universität für Bodenkultur;
Mitgliederverwaltung und Eventmanagement
Aug. - Sept. 2007 Praktikum PVM Oil Associates, Research, Bereich „Alternative Fuels“; Wollzeile
6-8, 1010 Wien
Juli 2008 Praktikum Amt der burgenländischen Landesregierung, Abteilung Raumord-
nung und GIS, 7000 Eisenstadt
Aug. 2008 - Feb. 2009 Projektmitarbeit Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission
für Migrationsforschung; Prof.Dr. Heinz Fassmann
Sept. 2008 - April 2009 Assistenz-Tätigkeit RegioPlan Consulting, A-1060 Wien
Aug. - Dez. 2009 Projektmitarbeit STRÖHLE Ziviltechniker GmbH, A-1230 Wien; Mitarbeit Was-
serrechtliche Bauaufsicht EVN Südschiene
Jan. - Mai 2010 Projektmitarbeit Kartenkonvertierung RIS-NIL; FREQUENTIS AG, A-1230 Wien

Sprachen

Deutsch, Englisch, Spanisch (jeweils in Wort und Schrift); Italienisch und Französisch (Grundkenntn.)

Zusätzliche Qualifikationen

Computerkenntnisse: MS Office (Word, Excel, Power Point), SPSS, ArcView, ArcGIS, AutoCAD

Hobbies

Meine größte Leidenschaft ist Reisen sowie das Kennenlernen anderer Sprachen und Kulturen. Nach meiner Matura im Jahr 2002 beschloss ich ein Jahr im Ausland (England und Australien) zu verbringen, was für mich eine sehr bereichernde Erfahrung war. Außerdem betreibe ich gerne Sport, wie schwimmen, laufen, Ski fahren oder Klettern. Auch Tanzen, Klavier und Gitarre spielen zählen zu meinen liebsten Freizeitaktivitäten.

Juni 2010